

# Magazin der Wirtschaft

★ EINE WOCHENSCHRIFT ★

Neue Folge / Herausgegeben von R. Bernfeld

★  
Inhalt

Am Ende der Vertrauenskrise? . . . . .	1105	Deutschlands Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 1931 . . . . .	1124
<i>Richard Flint</i> , Die Kunstseiden-Ver- ständigung . . . . .	1108	Das Wiener Haus Rothschild nimmt Kredit auf . . . . .	1124
<i>Dr. Gerhard Schacher</i> , Zollunion mit dem Südosten? . . . . .	1111	Ungarische Schatzscheinanleihe, Ungarische Kreditbank . . . . .	1125
<i>Peter Langhein</i> , Der Handel in unserer Zeit . . . . .	1114	Ein neues Abkommen im Uhrengewerbe	1126
Glossen		Die Otavi-Gesellschaft in der Depression	1126
Hoover-Plan und Reichsbahn-Finzen .	1120	Personalialia . . . . .	1126
Unklarheiten über die Finanzlage der Reichsbahn . . . . .	1120	Literatur . . . . .	1127
Neue Machtgruppierung in der Film- industrie . . . . .	1121	Briefe an den Herausgeber (Fehler der ländlichen Siedlungspolitik) . . . . .	1129
Streit um den Aktienrückkauf bei Schubert & Salzer . . . . .	1121	Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Waren- märkte / Die Effektenmärkte: Berlin, Frankfurt, Hamburg, London, New York)	1130
Die Verluste bei Nordwolle: 200 Millionen!	1122	Statistik (Juni-Ausweis der BIZ / Preu- rische Staatsfinzen im Mai / Die Reichs- finzen im Mai / Reichsbank-Ausweis / Ausweise der Privatnotenbanken / Wochen zahlen zu den Marktberichten / Berliner Börsenkurse) . . . . .	1134
Beginn des Abbaus im Linoleum-Konzern	1122		
Der Begriff „Unabdingbarkeit“ bei Tarif- verträgen . . . . .	1123		
Die Spartätigkeit der Arbeiter . . . . .	1123		

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRLICH 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131





# DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN

Aktienkapital 60 Millionen Reichsmark

Reserven 60 Millionen Reichsmark

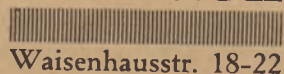
Zahlreiche Niederlassungen in allen Teilen Deutschlands

## Gebr. Arnhold

## B a n k h a u s

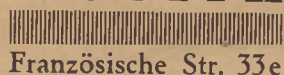
Gegründet 1864

### Dresden



Waisenhausstr. 18-22

### Berlin



Französische Str. 33e

New-Yorker Vertreter:

W. L. Schoenheimer, 11 Broadway New-York

## Über 105 Millionen Mark ausgezahlt!

Diese Summe ersetzen wir unseren Versicherten allein im Jahre 1930 für entstandene Schäden.

Wenn Sie etwas zu versichern haben, wenden Sie sich vertrauensvoll an unsere Mitarbeiter, die Ihnen gern kostenlos Auskunft erteilen.



ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN  
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GESELLSCHAFT

ALLIANZ UND STUTTGARTER  
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESELLSCHAFT

Maschinen- und Bohrgerätefabrik

# Alfred Wirth & Co. Erkelenz (Rheinland)

Abteilung:

## Bohrgeräte

Tiefbohrgeräte und Werkzeuge aller Art

Bohrkräne aller Systeme

Schöpfkräne Dampfmaschinen Pumpen

Schürftbohrmaschinen

Abteilung:

## Adjustage- und Werkzeugmaschinen

Rollenrichtmaschinen, Richtpressen / Friemelwalzwerke / Walzendrehbänke / Walzenschleifmaschinen  
Blechkantenhobelmaschinen / Kesselbohrmaschinen  
einfache und doppelte Rohrdrehbänke / Kaltsägen  
Kompressoren



### Am Ende der Vertrauenskrise?

*Deutschland ist in den letzten Wochen von einer überaus heftigen Vertrauenskrise heimgesucht worden. Auslandsgeld wurde in einem früher nicht gekannten Umfang abgezogen, inländisches Kapital ist in fremde Währungen geflüchtet. Es drohte die Gefahr, daß dem deutschen Kreditsystem eine schwere Erschütterung bevorstehe. Durch die restringierenden Maßnahmen der Reichsbank, durch die Inkraftsetzung des Hoover-Plans und durch das neue Projekt eines Garantie-Syndikats unter Leitung der Golddiskontbank scheint die Gefahr der Vertrauenskrise gebannt zu sein.*

#### I.

Wenn irgend etwas in den vergangenen Tagen dazu beigetragen hat, die wirtschaftliche Situation zu erschüttern, so waren es die Gerüchte, die über die Lage deutscher Banken umgingen. Zwei Fragen müssen gegenüber diesen Gerüchten scharf auseinandergehalten werden: das Problem der *Liquidität* und das der *Kapitalerhaltung*. Regelmäßig werden beide Probleme miteinander vermischt; bei reinlicher Scheidung erlauben sie es, ein ruhigeres und zuverlässigeres Urteil über die deutsche Banksituation auszusprechen.

Vorgänge, wie sie sich in den letzten Wochen abgespielt haben, erschüttern selbstverständlich auf das stärkste die Liquidität eines Bankwesens, das sich — ob vermeidlich oder unvermeidlich, bleibe dahingestellt — in großem Maße durch Aufnahme kurzfristiger Auslandskredite finanziert hat. Nur insoweit können Auslandskredite, wenn sie gekündigt werden, sofort zurückgezahlt werden, als die Banken selbst über entsprechende Guthaben im Ausland verfügen, oder die Reichsbank Devisen abzugeben vermag, oder schließlich neue Auslandskredite eingeräumt werden. Sind diese Kreditreserven erschöpft bzw. auf jenes Minimum herabgesetzt, ohne das der regelmäßige Geschäftsverkehr nicht auskommen kann, muß sich die Gesamtlage krisenhaft zuspitzen.

Gegenüber manchen in der Öffentlichkeit vertretenen Ansichten ist dabei mit aller Deutlichkeit festzustellen, daß ein Ausweg aus dieser kritischen Situation *nicht durch eine Kreditrestriktion* gefunden werden kann. In gewissem Umfang mag zwar eine Rückkehr ins Ausland geflossener Gelder durch eine Kreditrestriktion erzwungen werden; auch wird hier und dort ein Aufschub von Importen oder eine Forcierung des Exports unter dem Druck einer Kreditrestriktion erfolgen. Aber es ist völlig ausgeschlossen, auf diesem Wege einer Devisennachfrage von der Stärke der letzten Wochen zu begegnen. Man kann auf solche Weise — im besten Falle — einige hundert Millionen zusätzlich hervorlocken; eine Milliarden-Nachfrage läßt sich aber durch eine Kreditrestriktion *nicht* befriedigen.

Daß im Falle weitgehender Kündigungen von Auslandskrediten einmal der Zeitpunkt erreicht sein

müsse, in dem eine weitere Rückzahlung unmöglich wird und die ausländischen Gläubiger — wollen sie nicht den Zusammenbruch des deutschen Kreditsystems und damit den Verlust ihrer restlichen Geldanlagen verschulden — wohl oder übel ihre Kredite stehen lassen müssen, darüber hat sich kein Sachverständiger einer Illusion hingegeben. Ob die privaten Auslandsbanken zu einer solchen Maßnahme von selbst schreiten, ob ein Konsortium der internationalen Notenbanken für sie einspringt, oder ob schließlich der Einfluß der Notenbanken oder der staatlichen Organe ein Stillhalten gegenüber den deutschen Schuldner erreicht, ist prinzipiell ohne Bedeutung. Ebenso wenig spielt es eine Rolle, welche Kautelen im einzelnen vom Schuldner bzw. vom Schuldnerstaat verlangt werden.

Wie die individuelle Lage der einzelnen Institute auch sein mag, auf die Dauer vermögen die Banken einem Abzug zahlreicher Auslandskredite schwerlich standzuhalten. Zunächst können sie sich zwar für die entzogenen Gelder durch Rediskont von Wechseln bei der Reichsbank und durch Aufnahme von Darlehen bei anderen Kreditinstituten einen gewissen Ersatz beschaffen. Aber diese Wege reichen auf die Dauer keinesfalls aus. Denn infolge der Devisenabzüge muß die Reichsbank selbst bald in Deckungsschwierigkeiten kommen, und die anderen Banken, deren Status ebenfalls sehr angespannt ist, können die benötigten Mittel nicht zur Verfügung stellen. Die so entstehenden Liquiditätsschwierigkeiten der Bankwelt stellen aber keine unerwartete Krisenerscheinung dar, sondern sie sind die natürlichen und von jeher vorausgesehenen Folgen, die mit einem raschen und heftigen Abzug von Auslandsgeldern verknüpft sind.

Die Frage nach der *inneren Kraft*, der *Kapitalerhaltung* der einzelnen Banken, ist vom Liquiditätsproblem wohl zu unterscheiden. Selbstverständlich haben die Verwüstungen auf dem Effektenmarkt und die gewaltigen Verluste an einzelnen Debitoren die eigenen Mittel vieler Banken stark geschmälert. Aber es wäre müßig, das Ausmaß dieser Verluste genau berechnen zu wollen, da dem Außenstehenden jegliche Unterlagen für eine exakte Schätzung fehlen. Nicht jeder Verlust, der jetzt bekannt wird, bedeutet



in vollem Ausmaß eine Minderung des in den letzten Bilanzen ausgewiesenen Kapitals. Schon bei der letzten Bilanzanstellung haben die Banken — im einzelnen selbstverständlich in verschiedenem Umfang — erhebliche Rückstellungen auf ihre Debitoren vorgenommen, so daß die „neu“ in Erscheinung tretenden Verluste wenigstens zum Teil schon berücksichtigt sind. Wo jetzt ein Verlust, sei es auch in beträchtlicher Höhe, endgültig wird, ist die Belastung des Jahresertragnisses und des Eigenkapitals der Banken wesentlich geringer, als man bei Betrachtung der absoluten Verlustbeträge annehmen könnte.

Ferner muß man sich ins Gedächtnis zurückrufen, daß das wesentlichste Aktivum der Banken ihre *Verdienstkraft* ist. Allzu sehr ist man in der gegenwärtigen Krisenzeit dazu geneigt, diese Kraft zu unterschätzen. Tatsächlich könnte sie, wenn sich die Verhältnisse einigermaßen konsolidieren, ausreichen, um selbst so ungewöhnlich große Einbußen, wie sie in den Jahren 1930 und 1931 eingetreten sind, wieder auszugleichen. Solange sich das deutsche Wirtschaftssystem überhaupt hält — und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß es in sich gesund ist und daß international das stärkste Interesse an seiner Erhaltung besteht —, solange wird auch das deutsche Bankwesen als Ganzes intakt bleiben. Die Beunruhigung, die in Zeiten der Liquiditätsminderung und der politischen Nervosität nur allzu leicht entsteht, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Erschütterung des ganzen Kreditgebäudes nicht nur schädlich, sondern auch vermeidlich ist.

## II.

Die *Reichsbank* hat ihre Politik ganz darauf eingestellt, eine Erschütterung des deutschen Kreditgebäudes nach Möglichkeit zu verhindern. Ob alle Maßnahmen, die sie hierzu ergriffen hat, zweckmäßig waren, soll hier nicht kritisch untersucht werden. Wichtig ist nicht, jeden einzelnen Schritt unter die Lupe zu nehmen, sondern sich der ernsten, aber keineswegs verzweifelten Lage bewußt zu werden.

Der Generalrat der Reichsbank war zu einem höchst ungewöhnlichen Zeitpunkt: zum Sonntag, den 5. Juli, 8 Uhr abends, zusammengerufen.

„Dem Generalrat der Reichsbank wurde vom Reichsbankpräsidenten über die gegenwärtige Lage, über die getroffenen und die in Aussicht genommenen Maßnahmen berichtet. Der Generalrat hat den Bericht des Reichsbankpräsidenten zustimmend entgegengenommen. Anträge auf Herabsetzung der Notendeckungsgrenze lagen nicht vor“

so lautete das Kommuniké, das die Reichsbank nach der Sitzung herausgab. Dieser vorsichtig gefaßte Text ist offenbar ziemlich nichtssagend. Daß Generalrat und Reichsbankpräsident über die Grundzüge der Kreditpolitik einig seien, war von niemand bezweifelt worden. Das Neue des Kommunikés war nur, daß ein Antrag, eine Unterschreitung der Deckungsgrenze zu genehmigen, nicht vorgelegen hat; denn allgemein war angenommen worden, daß der Generalrat über einen solchen Antrag zu beschließen habe. Aber diesem Teil der Reichsbank-Erklärung kommt, wie

uns scheint, mehr eine formale oder eine psychologische als eine tatsächliche Bedeutung zu. Denn die Gefahr, daß die Normaldeckung der Reichsbanknoten (40 %) unterschritten werden muß, war am Sonntag abend kaum weniger groß als an anderen Tagen.

Denn der *Devisenabzug* bei der Reichsbank hat unvermindert angehalten. In der letzten Ausweiswoche vor dem Ultimo wurden der Reichsbank 112 Mill. RM Devisen abgezogen. Seither (bis einschließlich Donnerstag) mußte die Bank weiter fast 400 Mill. RM abgeben.

*Devisenabzug bei der Reichsbank (geschätzte Zahlen)*

Datum	Mill. RM	Datum	Mill. RM	Datum	Mill. RM
26. Juni	25	1. Juli	25	6. Juli	80
27. „	45	2. „	15	7. „	40
29. „	20	3. „	45	8. „	45
30. „	40	4. „	25	9. „	50

Durch diese Abzüge wäre die Normaldeckung der Noten längst unterschritten worden, hätte die Reichsbank nicht über *zwei bedeutende finanzielle Reserven* verfügt. Die erste dieser Reserven war der 100-Mill. \$-Kredit, den die Notenbanken in New York, London und Paris sowie die BIZ zur Überwindung der Ultimo-Schwierigkeiten einräumten. Um die Notendeckung aufrechtzuerhalten, sind bis zum Ultimo-Ausweis bereits 319 von diesen 420 Mill. RM in Anspruch genommen worden; der Rest mußte in den dann folgenden Tagen angefordert werden, weil die Devisenabzüge anhielten und die Gefahr entstand, daß der Ausweis vom 7. Juli — trotz des erwarteten Rückgangs des Notenumlaufs — eine Unterdeckung aufweisen würde.

Aus diesem Grunde mußte außerdem eine *zweite* Quelle erschlossen werden: der Bereitschaftskredit von 50 Mill. \$, den die *Deutsche Golddiskontbank* bei einem Konsortium New Yorker Banken (unter Führung der International Acceptance Bank) besitzt. Die Inanspruchnahme dieses Kredits geschah zweifellos nicht ganz ohne Bedenken. *Erstens* mußte die Reichsbank bei dieser Gelegenheit zugeben, daß sie in der Golddiskontbank durchaus nicht nur — wie das Gesetz es vorschreibt — eine Bank zur Finanzierung des Exports erblickt, sondern dieses ihr Tochterinstitut nach wie vor als eine Währungsbank betrachtet. So erfreulich es auch ist, daß die Golddiskontbank bei dieser Gelegenheit der deutschen Währung einen großen Dienst leisten konnte, so mißtrauisch muß man dieser Auffassung der Reichsbank grundsätzlich gegenüberstehen; denn die enge Verknüpfung der beiden Institute und die Undurchsichtigkeit der Golddiskontbank-Politik bringen die Gefahr, daß die Reichsbank durch ihre Tochtergesellschaft manche Geschäfte betreibt, über die sie der Öffentlichkeit keine Rechenschaft ablegen möchte.

*Zweitens* bestand am Ende der vergangenen Woche jenes wichtige Argument noch zu Recht, das vierzehn Tage vorher vom Reichsbankdirektorium gegen eine Inanspruchnahme des Golddiskontbank-Bereitschaftskredits geltend gemacht wurde, nämlich die Überlegung, daß die amerikanischen Banken in un-



gefähr demselben Umfang, in dem die Golddiskontbank ihren Kredit ausnutzte, ihrerseits Kredite bei deutschen Banken kündigen würden. Anscheinend hat die Reichsbank zwar durch Fühlungnahme mit ihren Geschäftsfreunden in Amerika dieser Gefahr vorzubeugen versucht, und man darf ruhig annehmen, daß ihr Versuch wenigstens teilweise Erfolg hatte. Aber eine Rückwirkung der Golddiskontbank-Transaktion auf die übrigen Kredite ist dennoch zweifellos eingetreten.

Für die Sorge um die Notendeckung am nächsten Ausweistag (7. Juli) waren diese Devisenabzüge allerdings ohne Bedeutung. Denn da zwischen Devisenverkauf und Devisenlieferung ein Zeitraum von zwei Tagen liegt, werden jene Devisen, die von der Reichsbank bereits am 6. Juli verkauft wurden, am 7. Juli noch in den Devisenbestand eingerechnet (nebenbei: diese Rechenmethode erscheint uns keineswegs als einwandfrei). Dadurch war die Notendeckung bereits am Montag gesichert, wenigstens soweit man die Devisenseite betrachtet. In bezug auf die andere Seite des Deckungsproblems hingegen, den *Notenumlauf*, war die Lage am Montag noch keineswegs geklärt. Eine Verminderung des Notenumlaufs ist nur in dem Maße durchführbar, in dem Preisniveau und Einkommensvolumen zurückgehen. Diskontpolitik und Kreditrationierung können deshalb den Notenumlauf nur wenig beeinflussen; ihre vorwiegende Bedeutung für die Verbesserung des Reichsbank-Status besteht in der Heranziehung von Geldern, die inländische Firmen im Ausland unterhalten und auf die mangels anderer Geldquellen zurückgegriffen werden muß. Die Politik der Reichsbank, deren ganzes Bestreben in den kritischen Tagen darauf gerichtet war, eine Unterschreitung der Deckungsgrenze nicht durch gewaltsame Verringerung des Notenumlaufs, sondern durch Vergrößerung ihres Devisenbestandes zu verhindern, verdient deshalb volle Anerkennung.

Wie man die Lage der deutschen Wirtschaft auch beurteilen mag, es ist sicher, daß die Reichsbank in ihrer Politik mit großer Vorsicht vorgehen mußte. Sie mußte darnach streben, den an sie herantretenden Forderungen voll gerecht zu werden, selbst auf die Gefahr hin, daß sie die *Normaldeckung nicht werde einhalten können*. Eine Unterschreitung der Deckungsgrenze ist der Reichsbank relativ leicht gemacht. Sie muß zwar in einem solchen Fall eine (eventuell sehr hohe) Steuer zahlen, sie muß den Diskontsatz auf mindestens 5 % halten und soll ihn sogar darüber hinaus in einer vom Gesetz genau vorgeschriebenen Staffel erhöhen; sie muß außerdem die Genehmigung ihres Generalrats einholen, der über die Deckungsunterschreitung einstimmig (bis auf eine Stimme) beschließt. Gewiß sind dies alles beträchtliche Erschwerungen, deren Sinn es ist, dafür zu sorgen, daß die Unterschreitung der Deckungsgrenze niemals leichtfertig erfolgt. Aber gegenüber der Regelung in anderen Ländern und gegenüber den Vorschriften des deutschen Bankgesetzes vor dem Kriege stellt diese Bestimmung eine wesentliche

*Erleichterung* dar; denn sie gestattet eine Deckungsunterschreitung ohne Änderung des Gesetzes! Wenn man bedenkt, mit welchen Schwierigkeiten eine zeitweilige Suspension des klassischen Währungsgesetzes Englands, der Peels-Akte, stets verbunden war — Schwierigkeiten, die übrigens von den Engländern jedesmal durch eine besonders feierliche und umständliche Prozedur bei der Suspension ausdrücklich betont wurden —, so erscheint eine Deckungsunterschreitung nach dem gegenwärtigen deutschen Gesetz geradezu als leicht durchführbar. Auch die ungünstigen psychologischen Wirkungen, die mit einem solchen Schritt verknüpft sind, brauchen nicht so groß zu sein, daß man sich vor ihnen allzu sehr scheuen müßte. Tatsächlich wäre eine Unterschreitung der Deckungsgrenze im gegenwärtigen Zeitpunkt nur ein äußeres Zeichen für die längst bekannte Gefahr der Lage, nicht aber selbst eine Gefahr. Auch wenn die Notendeckung z. B. um 6% % sinken würde, wodurch etwa 250 Mill. RM Devisen frei würden, wäre erst ein Niveau erreicht, das vor dem Krieg ganz allgemein und auch gegenwärtig noch in vielen bedeutenden Staaten als Norm betrachtet wird. Daß ein Run auf die Reichsbank-Kassen entstehen könnte, wenn dem Publikum gesagt wird: Eure Noten sind nicht mehr zu 40 %, sondern nur zu 33½ % durch Gold und Devisen gedeckt, ist ebenfalls kaum zu befürchten — zum mindesten dann nicht, wenn man das Publikum durch rechtzeitige Erläuterung der Deckungsbestimmungen aufklärt.

### III.

Die Reichsbank hat alle Anstrengungen gemacht, die Kreditkündigungen des Auslands und die inländische Markflucht zu stoppen; die Devisennachfrage wurde voll befriedigt; über den Hoover-Plan kam eine Einigung zwischen Paris und Washington zustande. Dennoch war eine Entlastung des Devisenmarktes zunächst nicht festzustellen; am Dienstag wurden noch einmal etliche 40 Mill. RM Devisen abgezogen. Da tauchte der Plan auf, die Lage durch eine große Aktion der Wirtschaft zu retten: Die ganze Wirtschaft sollte für eine Lösung aller finanzieller Schwierigkeiten eintreten. In überraschend kurzer Frist wurde der Plan entworfen und ausgeführt. Am Dienstag abend bereits hatte er sich zu einem Brief verdichtet, den zahllose Unternehmungen der deutschen Industrie- und Bankwelt, darunter wohl sämtliche bedeutenden Firmen, dem Reichsbankpräsidenten zusandten, — ein Brief, in dem die Wirtschaft die Bildung eines „Garantiensyndikats“ ankündigte, „das eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Mill. RM übernimmt, um durch diese Garantiemasse die Aktionskraft der Deutschen Golddiskontbank zu verstärken“; die Haftsumme soll nach einem bestimmten Verfahren auf die tausend größten deutschen Unternehmungen umgelegt werden.

Es wäre sinnlos, wollte man sich darüber einer Täuschung hingeben, daß dies Projekt nicht überall eine bedenkenlose Freude erweckt hat. Wie es bei entscheidenden Maßnahmen häufig zu geschehen pflegt, kämpfte auch hier die Hoffnung, daß dem



Plan ein voller Erfolg beschieden sein werde, mit der Einsicht, daß die Gesamtlage offenbar noch weit gespannter sei, als man zunächst angenommen hatte; denn anders war die Berechtigung zu einem derart ungewöhnlichen Schritt nicht zu ersehen. Außerdem tauchten Bedenken auf, ob das Eintreten „der“ Wirtschaft eine günstigere Lösung der akuten Probleme darstelle, als wenn das Reich seine Autorität eingesetzt hätte. Noch wichtiger war die Überlegung, daß die Kapitalkraft der einzelnen Unternehmungen möglicherweise durch die Übernahme einer so bedeutenden Bürgschaft beeinträchtigt werden könnte, — ein Gesichtspunkt, der vor allen Dingen an der Börse wiederholt geltend gemacht wurde. Eine gewisse Beunruhigung trat schließlich dadurch ein, daß die Einzelheiten des Plans bei seiner Verkündung noch nicht festgelegt waren, so daß manche wichtige Frage zunächst offenbleiben mußte.

Alle diese Faktoren waren geeignet, den Effekt des neuen Plans zu beeinträchtigen. Dennoch hat die Bereitwilligkeit der Wirtschaft, ein Garantiekapital für die Golddiskontbank zu schaffen, ihr Ziel keineswegs verfehlt. Der psychologische Eindruck, auf den die Urheber des Plans in erster Linie Wert gelegt hatten, konnte schon deshalb nicht ausbleiben, weil dem Projekt durchaus auch eine *reale Bedeutung* zukommen kann. Der Betrag von 500 Mill. RM mag auf den ersten Blick gering erscheinen, wenn man ihn mit den Milliardensummen vergleicht, die noch jetzt als kurzfristiges Auslands-

geld in Deutschland liegen und deren Abruf den Devisenbestand der Reichsbank bedroht. Aber es handelt sich bei diesen 500 Mill. RM lediglich um eine *Ausfallbürgschaft*, die es der Golddiskontbank ermöglichen soll, ausländische Gelder der deutschen Wirtschaft zu erhalten oder neu zuzuführen. Wenn ein ausländischer Gläubiger seinen Kredit in Deutschland kündigt, so geschieht es meistens nicht aus dem Grunde, daß er das Geld für andere Zwecke benötigt; er ruft vielmehr sein Geld zurück, weil er nicht mehr Vertrauen zum deutschen Schuldner besitzt. Die Kapitalkraft der Golddiskontbank, hinter der nunmehr fast die ganze deutsche Wirtschaft steht, soll in solchen Fällen bewirken, daß die Gläubiger ihr Geld, wenn auch nicht bei ihrem alten Schuldner, so doch wenigstens *in Deutschland* stehen lassen; man erhofft, daß sie den Kredit auf die deutsche Golddiskontbank übertragen. Sollten aber die Geldabzüge aus einzelnen Ländern trotzdem andauern, so muß es der Golddiskontbank vermöge des ausgezeichneten Rufs, den sie im Ausland genießt, und vermöge des starken Rückhalts, dessen sie sich nunmehr auch in Deutschland erfreut, gelingen, einen Ersatz für diese Beträge zu beschaffen. Der Erfolg ist inzwischen eingetreten; ausländische Kredite sind während der letzten Tage wieder in größerem Umfang prolongiert worden, und es besteht Anlaß zu der Hoffnung, daß Deutschland diese Krise — die schwerste vielleicht seit der Inflation — glücklich überstehen wird.

## Die Kunstseiden-Verständigung

Von Richard Flint

*Ohne die Bedeutung schmälern zu wollen, die dem Syndikatsvertrag über den Kunstseidenabsatz in und nach Deutschland zukommt, muß man sich doch klar darüber sein, daß dieses Abkommen nur einen ersten Schritt zur Sanierung des deutschen Markts bildet. Die Hauptarbeit ist noch zu leisten. Ihr Erfolg wird davon abhängen, ob es gelingt, das Verhältnis zwischen Syndikat und deutscher Abnehmerschaft zu regeln und eine alle Weltproduzenten umfassende Verständigung über Produktion und Absatz zu erzielen.*

Am 3. Juli wurden die Verträge über die gleichzeitige Errichtung der *Verkaufssyndikate für Viskose- und Kupferseide* unterzeichnet. Die offiziellen Mitteilungen über diese Ereignisse sind nach Umfang und Inhalt sehr dürftig. Man erfährt daraus die an dem Viskose-Abkommen beteiligten deutschen und ausländischen Herstellerfirmen in Holland, Italien und der Schweiz, daß das Viskose-Abkommen nur für den deutschen Markt gilt, daß im Gegensatz dazu das Kupferseide-Syndikat nur von den betreffenden drei deutschen Produzenten abgeschlossen wurde, aber internationalen Geltungsbereich habe, daß die Laufzeit der Verträge am 1. August d. J. beginne und auf zehn Jahre festgesetzt worden sei. Was darüber hinaus bisher in der Tagespresse zu lesen war, waren teilweise inspirierte Kommentare, die sich einer bei solchen Gelegenheiten scheinbar schon unvermeidbar gewordenen optimistischen Fassung befleißigten, über wichtige Kernpunkte der

ganzen Verständigungsfrage aber auch nicht mehr Licht verbreiteten als die betont zurückhaltende Erklärung der Vertragschließenden.

Schon vor Monaten haben ausländische, an den internationalen Besprechungen teilnehmende Persönlichkeiten sich deutlich dahin ausgesprochen, daß eine preispolitische Verständigung ein ebenso wichtiges Verhandlungsziel sei wie eine quotenmäßige Regelung der Deckung des deutschen Kunstseidenbedarfs. Über die *Preisfrage* geht das Kommuniqué hinweg, indirekt ist nur, und zwar schon vor der Syndikatsgründung, bekannt geworden, daß die gegenwärtigen Viskosepreise bis September unverändert gelassen werden sollen. Das ist bestenfalls eine interimistische Teillösung. Die erwartete generelle Aufstellung von Preisrichtlinien fehlt noch, mindestens weiß man bisher nichts darüber. Über die *quotenmäßige Aufteilung* der Verkäufe in und nach Deutschland hört man ebenfalls kein Wort. Vor-



läufig bleibt es unaufgeklärt, ob die Vertragsunterzeichnung auf Basis des schon seinerzeit aufgestellten Quotenschlüssels (AKU-Glanzstoff 50 %, I. G. Farbenindustrie 15 %, Italien 17,6 % und ein noch aufzuteilender — inzwischen vielleicht schon aufgeteilter? — Rest von 17,4 %) erfolgt ist, oder ob die Quotenanteile abgeändert wurden. Ohne genaue Kenntnis authentischer Zahlen läßt sich nicht beurteilen, ob Deutschland dabei günstig abschneidet oder nicht. Es wird auch keine Andeutung darüber gemacht, wie sich das Syndikat gegen die vielleicht stärker als früher drohende *Außenseiterkonkurrenz* aus Frankreich, Belgien, England und möglicherweise auch aus überseeischen Produktionsgebieten zu sichern gedenkt. Wenn die Außenseiterfrage auch sehr wichtig werden kann, so ist die Schweigsamkeit in dieser Hinsicht noch verständlich, da die Stellungnahme gegen den syndikatsfreien ausländischen Wettbewerb sich wahrscheinlich erst im Zuge der noch offenen Entwicklungen herausbilden wird. Weniger verständlich jedoch ist, daß auch die notwendige Regelung der Beziehungen zu der deutschen verarbeitenden Textilindustrie vollkommen im Dunkeln gelassen wird. Von der Erzielung glatter Verhältnisse zwischen Syndikat und Abnehmern hängt, solange das Syndikat nicht die einzige und alleinige Versorgungsmöglichkeit für die Verbraucher bildet, sein Bestand vollkommen ab, so daß man eine Andeutung über die hierfür vorhandenen Aussichten vermisst.

Da es sich bei dem *Verarbeiterproblem* um einen Faktor von entscheidender Bedeutung handelt, wäre es besser gewesen, offen zuzugeben, daß man in Produzentenkreisen die Wirkung der getroffenen Abmachungen auf die Kunstseideverarbeiter immer noch mit einer gewissen Skepsis betrachten muß, daß man sich aber natürlich alle Mühe geben will, mit den Verbrauchern zu einer befriedigenden Verständigung zu gelangen. Ein nach außen unentwegt zur Schau gestellter Optimismus ist eine zweischneidige Waffe im Wirtschaftskampf: er kann, indem er Entwicklungen im günstigen Sinne vorweg eskomptiert, stimulierend und die Ereignisse lenkend wirken; glückt dieser künstliche Konjunkturtrieb jedoch nicht, dann trifft der unausbleibliche Rückschlag um so schwerer. Keinesfalls darf übersehen werden, daß die nichtsyndizierte ausländische Konkurrenz gegebenenfalls nur durch entsprechende Preiszugeständnisse wird bekämpft werden können. Die Form dieser Zugeständnisse ist dabei nebensächlich.

In diesem Zusammenhang sei an das Projekt des *Umsatzbonus* erinnert, durch den die geltenden Preise, wenn es notwendig werden sollte, praktisch wieder außer Kraft gesetzt werden würden. Da dieser Bonus gestaffelt werden müßte und je nach der Gesamtabnahme des einzelnen Verbrauchers höher oder niedriger wäre, würde es ein heikles Unterfangen bedeuten, Anwendung und Ausmaß offen mit den Konsumenten zu erörtern. Man würde nur böses Blut machen, da der größere Abnehmer von vornherein günstiger gestellt wäre als der kleinere. Das System würde, wenn nicht alle Kunstseide verarbeitenden

Firmen dem Syndikat einen geschlossenen Block gegenüberstellen und ihren gesamten Bedarf durch eine einzige Zentralstelle eindecken, schon an der ersten Klippe scheitern, nämlich an der Fragestellung: bei welchem Mindestverbrauch beginnt die Würdigkeit, eines Umsatzbonus teilhaftig zu werden? Kein offizieller, irgendwie indirekt ermäßigter Preis ist auf die Dauer zu halten, wenn ein kleiner Konsument sich bei einem syndikatsfreien Garnerzeuger billiger eindecken kann als beim Syndikat selbst. Das Gegenteil, schon bei verhältnismäßig unbedeutenden Abnahmen einen Umsatzrabatt zu gewähren, wäre ein Schlag ins Wasser, da die Verallgemeinerung dieses Zugeständnisses eine prinzipielle Preisregelung illusorisch machen würde.

In Verarbeiterkreisen zweifelt man nicht an dem guten Willen der deutschen Kunstseidenindustrie, vorhandene Steine des Anstoßes nach Kräften aus dem Weg zu räumen, die Skepsis über die Art und Weise und noch mehr über das Gelingen ist jedoch auch dort vorherrschend. Man glaubt nämlich, besonders nach den Erfahrungen, die man schon früher bei den langwierigen und zum Schluß doch mißglückten Verhandlungen über den Kunstseidenpakt gemacht hat, daß es sehr schwierig sein wird, die natürlich gegebenen Interessengegensätze zwischen Erzeugern und Verbrauchern zu überbrücken. Die Produzenten weisen immer darauf hin, daß die Preise vielfach noch unzureichend sind und zum Schutz der herstellenden Industrie wenigstens so weit erhöht werden müßten, daß eine geringe Rentabilität der Fabrikation gesichert werden könnte. Versteckt tauchen dort auch wieder Wünsche nach verstärktem Zollschutz auf, anscheinend aber nur theoretisch und als Pressionsargument den Verarbeitern gegenüber gedacht. Diese sind darum begreiflicherweise sehr gespannt darauf, mit welchen positiven Vorschlägen das Syndikat an sie in der Preisfrage herantreten wird. Die internationale Regelung der deutschen Bedarfsdeckung wird als Fortschritt gewürdigt, die Textilindustrie wehrt sich aber mit Recht dagegen, die Kosten der Regelung allein zu tragen. Auch die Fiktion des Weltmarktpreises als Basis einer Preisstabilisierung spielt wieder eine Rolle. Anscheinend ist aber die Verwirrung hier gegenwärtig noch größer als früher, und es fehlt nicht an Stimmen aus dem Konsumentenlager, die sich schon jetzt gegen das Operieren mit spitzfindigen Begriffen wenden und verlangen, daß der für den Export arbeitende deutsche Textilwarenfabrikant nicht schlechter gestellt werde als sein ausländischer Konkurrent, weil er diesem gegenüber schon an sich, durch höhere Steuern, Sozillasten und Löhne, im Nachteil sei und mit größeren Selbstkosten zu rechnen habe.

Man muß immer wieder feststellen, daß nur eine vernünftige, die Interessen der Verarbeiter schonende Preispolitik zu einer Steigerung des Konsums führen kann. Der Wirkungsbereich einer solchen Politik erweitert sich immer mehr, da jetzt Artikel *mit* Kunstseide schon mehr im Vordergrund stehen, als *Fabrikate aus* Kunstseide, so daß es gegenwärtig kaum



mehr einen Zweig der Gewebeindustrie gibt, der nicht steigendes Interesse an der Verwendung von Kunstseide hätte. Bei der tiefgehenden Schrumpfung der Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten ist die Billigkeit bei gleichzeitiger Hochhaltung oder Verbesserung der Qualität bei allen Waren, die keinen ausgesprochenen Luxuscharakter haben, sondern Bedarfsartikel darstellen, für den Verkauf entscheidend. Das ist so wichtig, daß die Kunstseide verarbeitende Textilindustrie und der Textilhandel unbedingt darauf Rücksicht nehmen müssen. Die Verbrauchsstatistik zeigt auch deutlich, daß sich in kunstseidenen Waren der weitaus größte Teil des Umsatzes in billigen Artikeln vollzieht und daß er immer weiter wächst. Berücksichtigt man alle diese Fragen, so muß man feststellen, daß die Errichtung der Verkaufssyndikate im Rahmen der angestrebten Kunstseideverständigung zunächst nur einen halben, wenn auch entwicklungsfähigen Erfolg bedeutet.

Die Zurückhaltung des offiziellen Kommuniqués läßt sich nur verstehen, wenn man voraussetzt, daß noch bedeutende Schwierigkeiten vorhanden sind. Es wäre begreiflich, daß eine sofortige Bekanntgabe aller Einzelheiten einen Ausgleich noch bestehender, durch ihre Vielheit besonders verwickelter Sonderinteressen erschweren würde. Daß die Unklarheit aber Unruhe erzeugt, beweist die Stimmung in den Konsumentenkreisen. In großen Zügen zeichnen sich schon jetzt unerwünschte Folgen der bisher immer und im Fall der Syndikatsgründung erneut befolgten Geheimnispolitik der Kunstseidenindustrie ab. Gerüchte über eine angeblich vom 1. Juli an bevorstehende weitere Erhöhung der Preise um 10 bis 12 % (die kürzlich dementiert wurden) veranlaßten viele deutsche Textilindustrielle, von zahllosen, konkurrenzlos billigen Angeboten auf große Kunstseidenposten nicht nur aus Frankreich und Belgien, sondern teilweise auch aus Italien Gebrauch zu machen und angesichts der Unsicherheit in der Preisfrage von der günstigen Versorgungsmöglichkeit nach Kräften Vorteil zu ziehen. Tatsächlich haben sich auch viele Weber auf mehrere Monate mit ausländischer Kunstseide zu erstaunlich niedrigen Preisen eingedeckt. Die betreffenden Lieferanten hatten ein großes Interesse daran, ihren Export nach Deutschland mit allen Mitteln zu forcieren, um ihre Stellung auf dem deutschen Kunstseidenmarkt im Hinblick auf die bevorstehende Regelung der Bedarfdeckungsquoten so weit als möglich zu stärken. Es ist zu berücksichtigen, daß das bekannte Quotenschema nur ein zur Diskussion gestellter Vorschlag war, und man hat auch nichts davon gehört, daß der Syndikatsvertrag auf dieser Basis unterzeichnet wurde. Darüber jedoch noch später. Schon die Statistik über den deutschen Kunstseiden-Außenhandel für April und Mai zeigt ein ganz beträchtliches Anschwellen ausländischer Lieferungen nach Deutschland, und diese Entwicklung hat sich allem Anschein nach im Juni fortgesetzt. In ihr kommt die aus den angegebenen Gründen eingeschlagene Verkaufspolitik des Auslands deutlich zum Aus-

druck. Nimmt man an, daß der deutsche Kunstseidenimport im Juni sich ungefähr auf dem Niveau vom Mai bewegt hat, so sind die italienischen Verladungen nach Deutschland im letzten Quartal ganz wesentlich höher gewesen als die zugestandene Quote von 17,6 %, und die gesamte Kunstseidenausfuhr auf den deutschen Markt übersteigt sehr bedeutend den dem Ausland reservierten Anteil von 35 % an der deutschen Konsumbelieferung.

Man wird vielleicht nicht fehlgehen, wenn man diese Entwicklung als die direkte Ursache betrachtet, die zu dem plötzlichen und ganz überraschenden Abschluß der Syndikatsverhandlungen geführt hat; die deutsche Industrie mußte ein starkes Interesse daran haben, sich nicht durch eine weitere Forcierung der ausländischen Kunstseideverladungen in der Quotenfrage in eine vielleicht überhaupt nicht mehr haltbare Stellung drängen zu lassen. Falls dies richtig ist, liegt die Annahme nahe, daß die im Syndikatsvertrag endgültig festgelegte Quotenbemessung ganz anders und für Deutschland weniger günstig aussieht als der frühere Entwurf. Sollte das zutreffen, so wäre das Stillschweigen über diesen Punkt sehr begreiflich. Die deutsche Kunstseidenindustrie konnte vor der noch außerhalb der Abmachungen stehenden ausländischen Konkurrenz unmöglich alle Karten auf den Tisch legen.

Die Absichten der deutschen Kunstseidenindustrie gingen von Anfang an dahin, zunächst den deutschen Kunstseidenimport zu regeln und erst hierauf in Verhandlungen von universellem Charakter über eine Neuordnung von Angebot und Nachfrage auf dem Weltmarkt einzutreten. Dies letztere Ziel zu erreichen ist für Deutschland um so wichtiger, als jede Abdrängung ausländischer Kunstseide von dem eigenen Markt nach anderen Absatzgebieten unfehlbar zu einer scharfen, den deutschen Export nach diesen Gebieten schwer beeinträchtigenden Konkurrenz führen müßte. Deutschland würde also möglicherweise auf Umwegen verlieren, was in der einen Richtung gewonnen wurde, ein gefährliche Situation bei der großen Rolle, die dem Absatz nach ausländischen Märkten innerhalb des Gesamtverkaufs von deutscher Kunstseide zufällt.

Das Hauptproblem, um das es sich für Deutschland handelt, einen angemessenen Teil des heimischen Markts den eigenen Produzenten zu sichern, existiert in ähnlicher Form auch in anderen Ländern. Anscheinend ist es vielen Kunstseide erzeugenden Ländern nur möglich, sich auf dem eigenen Binnenmarkt zu behaupten, indem sie auf den Exportmärkten Konzessionen machen. Und hier liegt gleich eine der größten Schwierigkeiten, da in manchen Fällen, wie zum Beispiel Holland und Italien, der heimische Markt nicht aufnahmefähig genug ist, um den Produzenten eine entsprechende Beschäftigung zu geben, so daß für diese ein unverhältnismäßig großer Teil auf den Weltmärkten als Exportventil notwendig ist.

Die Schlußfolgerung liegt nahe und wird von der Entwicklung der letzten Jahre hinsichtlich Erzeugung und Verbrauch gestützt, daß der ganze Welt-



kunstseidenmarkt nicht groß genug ist, um bei den heutigen Produktions- und Absatzverhältnissen eine allen Erzeugern gerecht werdende Lösung der Schwierigkeiten zu gestatten. Theoretisch kann die Kunstseidenindustrie von folgenden Faktoren eine Sanierung der allgemeinen Situation erwarten: 1. von einer Verringerung der Erzeugungskapazität; 2. von einer großen Ausbreitung der Nachfrage; 3. von einer Spezialisierung in der Arbeit und Fabrikation.

Einschränkung der Produktion ist schon im Werk, wenn auch noch nicht überall in genügendem Ausmaß. Eine wirklich Wandel schaffende Belebung der Nachfrage ist unter den obwaltenden wirtschaftlichen Verhältnissen in naher Zukunft nicht zu erwarten. Aber eine weitgehende Spezialisierung ist ein möglicher Gesundungsfaktor, der noch nicht genügend Berücksichtigung gefunden zu haben scheint. Konzentration auf die Herstellung von speziellen Garn-

sorten hätte vielleicht der entstandenen Überproduktion vorgebeugt, schon deshalb, weil in diesem Fall der Spezialbedarf leichter zu übersehen und richtig abzuschätzen gewesen wäre; damit wäre es auch leichter gewesen, die Herstellung ihm anzupassen. Spezialisierung in der Fabrikation hätte eventuell auch zu einer vertikalen Form der Zusammenarbeit von Garnherstellern, Verarbeitern und Ausrüstern als allgemeinere Erscheinung führen können, wie sie in Japan schon lange und seit kurzem auch in England zu finden ist. Vielleicht ist die Kunstseidenindustrie endlich auf dem Weg, einzusehen, daß eines der besten Mittel gegen Konkurrenz darin besteht, sie zu vermeiden. Der Ausdruck „Kunstseide“ umfaßt eine so große und wachsende Anzahl von verschiedenen Fabrikaten, daß es durchaus nicht notwendig ist, daß der eine Produzent gerade die Artikel herstellt, die auch sein Konkurrent fabriziert.

## Zollunion mit dem Südosten?

Von Dr. Gerhard Schacher

*Bei der zunehmenden Erkenntnis von der Bedeutung der südosteuropäischen Absatzmärkte und ihrer Erschließung für die europäische Gesamtwirtschaft und insbesondere den deutschen Export ist die Problemstellung durch die Diskussion einer deutsch-österreichischen Zollunion und die anschließende Aufforderung an Dritte, ihr beizutreten, verwirrt worden. Eine Zollunion — selbst in wesentlich vollkommenerer Weise, als sie die Wiener Verträge vorsehen — kann niemals einen Ausweg aus den Südostnöten darstellen. Die Frage muß vielmehr nach wie vor lauten: „Meistbegünstigung oder Präferenz?“ und dieser Entscheidung werden die kommenden handelspolitischen Entschlüsse nicht mehr aus dem Wege gehen können.*

Die Wichtigkeit der südost-europäischen handelspolitischen und Absatzprobleme für die Besserung der deutschen Exportlage auf längere Sicht tritt immer deutlicher zutage. Der schwere Druck der Weltwirtschaftskrise und besonders der Zusammenbruch der Preise fast aller überseeischen Rohstoffe und Kolonialwaren, deren Läger heute zumeist auf Jahre hinaus hinreichen, um den ganzen Weltbedarf zu decken, zwingt die deutsche Wirtschaft immer mehr, ihre osteuropäischen Absatzmärkte auszubauen, besonders den Handel mit den Donau- und Balkanstaaten. Bei dem inneren Reichtum dieser Länder, deren wirtschaftliche Schätze noch bei weitem nicht aufgeschlossen sind, würden sich hier in Verbindung mit der günstigen geographischen Lage und den guten Transportverhältnissen wertvolle Möglichkeiten für den Absatz deutscher Industrieerzeugnisse ergeben.

Schon jetzt nimmt der Absatz unserer Fertigfabrikate nach dem Südosten im Rahmen unseres Außenhandels eine sehr bedeutende, vielfach stark unterschätzte Stellung ein. Der Wert unseres Südost-europa-Exportes betrug im vergangenen Jahre:

nach Österreich . . . . .	360,3	Millionen RM
„ Ungarn . . . . .	118,5	„ „
„ der Tschechoslowakei . . . . .	528,2	„ „
„ Rumänien . . . . .	157,5	„ „
„ Jugoslawien . . . . .	172,1	„ „
„ Bulgarien . . . . .	22,9	„ „
„ Griechenland . . . . .	56,5	„ „
Insgesamt . . . . .	1395,4	Millionen RM

Bedenkt man, daß nicht alle Länder in dieser Aufstellung enthalten sind und daß ein großer Teil des deutschen Warenverkehrs mit dem vorderen Orient in enger Verbindung mit diesem Südostexport steht, so dürfte der Gesamtbetrag unserer Ausfuhr nach dem südöstlichen Raum nicht allzu weit hinter einem Betrage von ein und einer halben Milliarde RM zurückbleiben. Er würde sich damit wesentlich höher stellen als unser gesamter Export nach Südamerika und auch den Betrag unserer Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten bedeutend übertreffen.

Über diese Größenverhältnisse muß man sich klar sein, wenn man die hohe Bedeutung, die man den südöstlichen Absatzmärkten jetzt im europäischen Wirtschaftsleben zumißt, verstehen will. Die großen Wirtschaftsprobleme dieser Länder liegen nun aber hauptsächlich auf dem Gebiete des *Getreideabsatzes*. Obwohl es sich bei der Ausfuhr des südosteuropäischen Getreides, besonders des ungarischen Weizens und des Mais und der Gerste aus Rumänien, nach Deutschland keineswegs um gewaltige Mengen, sondern nur um einen Bruchteil derjenigen Posten handelt, die wir aus den überseeischen Ländern beziehen, bestehen doch große Schwierigkeiten beim Absatz dieses Donaugetreides, die kaum anders behoben werden können, als wenn man diesen Staaten für gewisse Agrarerzeugnisse und für die bescheidenen Mengen, um die es sich handelt, *Vorzugszölle*



einräumt. In diesem Fall wäre der Südosten auch in weit höherem Maße als bisher in der Lage, Deutschland in erster Reihe an der Erschließung seiner wirtschaftlichen Kräfte, insbesondere seiner bergbaulichen Schätze, an den Elektrifizierungsarbeiten, dem Ausbau seiner Eisenbahnen usw., teilnehmen zu lassen. Gegen Einräumung der Getreidepräferenzen würde es auch möglich sein, den deutschen Industriefabrikaten Vorzugszölle beim Export nach Südosteuropa zu sichern, so daß sie einen bedeutenden Vorsprung vor anderen Fertigwaren, besonders den amerikanischen, haben würden.

Um welche Getreidemengen es sich hierbei handelt, läßt sich am besten auf dem Gebiet der Weizen- und Weizenmehleinfuhr unseres Erdteils aus den überseeischen Ländern feststellen. Von den wichtigsten europäischen Industriestaaten führten ein:

Deutschland . . . . .	205 000 Waggons
Italien . . . . .	166 800 "
Frankreich . . . . .	141 100 "
Schweiz . . . . .	42 450 "
Österreich . . . . .	6 500 "
Tschechoslowakei . . . . .	5 850 "
	<hr/>
	567 500 Waggons

Der gesamte Exportüberschuß der südöstlichen Getreidemärkte, also vor allem der Donauländer, beträgt nur etwa ein Fünftel dieser Mengen, nämlich ungefähr 115 000 Waggons Weizen und Weizenmehl. Von diesen 115 000 Waggons wird der weitaus größte Teil, nämlich annähernd 70 000 Waggons, schon jetzt ohne allzu große Schwierigkeiten in den europäischen Industriestaaten untergebracht. Der europäische Absatz des Südosteuropa-Getreides verteilt sich etwa folgendermaßen:

Tschechoslowakei . . . . .	27 000 Waggons
Österreich . . . . .	26 000 "
Italien . . . . .	9 721 "
Deutschland . . . . .	3 000 "
Frankreich . . . . .	1 870 "
Polen . . . . .	1 680 "
	<hr/>
	69 271 Waggons

Erst bei kritischer Betrachtung dieser Zahlen ist es möglich, die zumeist erheblich überschätzten Schwierigkeiten des Absatzes des südosteuropäischen Getreides nach Mittel- und Westeuropa auf ein richtiges Maß zurückzuführen, zumal hier der Weizen nur als ein besonders typisches Beispiel herangezogen wurde. Die Verhältnisse bei Gerste und Hafer, ja selbst beim Roggen, liegen ähnlich, und es zeigt sich in allen Fällen, daß es verhältnismäßig geringe Mengen sind, deren Aufnahme den europäischen Industriestaaten zugemutet wird. Vor allem fallen aber diese Getreidemengen gegenüber der gewaltigen Einfuhr aus Übersee überhaupt kaum ins Gewicht. Wenn daher im Rahmen der rumänischen Handelsvertragsverhandlungen von deutscher und neuerdings auch von französischer Seite die ersten Versuche mit der Zubilligung von Präferenzzöllen für das Südostgetreide gemacht worden sind, so ergibt das Studium der Zahlen, daß Gefahr und Bedeutung solcher Präferenzabkommen keinesfalls überschätzt werden dürfen.

Die Versuche, einer Lösung der südosteuropäischen Wirtschaftsfragen näher zu kommen, haben sich zu-

nächst auf der Linie der *Zollunion* bewegt. So wurde bei den Vorverträgen zum Abschluß der deutsch-österreichischen *Zollunion* der Gesichtspunkt, daß es auf diese Weise ermöglicht werden könnte, die Agrarnöte des Südostens zu lindern und damit ein wichtiges europäisches Problem zu lösen, in den Vordergrund gestellt. Bei dieser scharfen Betonung der *Zollunion* als des angeblich besten Auswegs aus der mittel- und südosteuropäischen Wirtschaftsnot erscheint es unbedingt notwendig, die sich auf diesem Wege eventuell bietenden Möglichkeiten zu überprüfen. Man muß sich darüber klar werden, ob dieses zunächst empfohlene Heilmittel für den Südosten zu einer wirklichen Besserung und damit zur Klärung eines für den ganzen Erdteil besonders wichtigen Problems führen kann. Der Beitritt anderer Staaten, und zwar offenbar zunächst Ungarns und der Tschechoslowakei, war in diesen Verträgen ausdrücklich offen gelassen worden. Es muß deshalb untersucht werden, ob ein solcher Pakt ohne weiteres oder mit nur geringen, den Verhältnissen entsprechenden Abänderungen nach Südosten ausgedehnt werden kann. Gerade wenn man für eine Beseitigung der Zollmauer, für Stärkung des wirtschaftlichen Solidaritätsgefühls in Europa und besonders im mitteleuropäischen Raum eintritt, muß man vor den Gefahren, die sich bei näherer Betrachtung für die Aufrechterhaltung einer solchen vergrößerten *Zollunion* zeigen, nachdrücklich warnen. Zunächst ist hier zu berücksichtigen, daß ein bis zum Überdruß wiederholter, auch von Bismarck schon scharf formulierter Erfahrungssatz, nach dem eine *Zollunion* nur zwischen wirtschaftlich, politisch und kulturell auf einem einigermaßen gleichen Niveau stehenden Ländern praktisch durchführbar ist, im mittel- und südosteuropäischen Raum geradezu ein Musterbeispiel findet. Jeder Kenner südosteuropäischer Verhältnisse weiß genau, daß die *wirtschaftsmoralische Einstellung* dieser Völker eine völlig andere ist und nach ihrer historischen Entwicklung auch nur sein kann, als etwa in Deutschland oder Österreich. Die Erweiterung des Gebiets der *Zollunion* auf die Balkanländer muß selbst bei ausgiebiger Anwendung der zur Verfügung stehenden technischen Hilfsmittel, wie etwa des Austausches der Grenzbeamten (nach früherem deutschen Beispiel) zwangsläufig zur Aufreißung gewaltiger *Zolllöcher* führen. Man braucht nur auf die von den südosteuropäischen Staaten selbst stets besonders betonte Gefahr der übermäßigen Einfuhr des russischen Getreides, die sich in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach gewiß nicht vermindern dürfte, hinzuweisen, um zu erkennen, in wie schwierige Verhältnisse die nordwestlichen Partner einer solchen *Zollunion* sehr bald gelangen müßten. Mit der Sicherung besonders des rumänischen Getreideabsatzes nach Deutschland und Österreich würden hier bald auch die letzten Hemmungen in dieser Beziehung fortfallen, und wer solchen Bedenken einfach mit dem Argument begegnen wollte, daß es schließlich gelingen müsse,



auch den Südosten zu einer Umstellung der Zoll- und Wirtschaftsmoral zu erziehen, trägt den wirklich vorhandenen und auf absehbare Zeit nicht zu ändernden Verhältnissen nicht Rechnung.

Noch schwieriger ist die Frage einer einheitlichen Handelspolitik dieser Staaten zu lösen. An und für sich kann man den Weg der *Einrichtung eines Zollparlaments* vom Begriff der Zollunion überhaupt schwer trennen. Wenn man bei den deutsch-österreichischen Verträgen von einer solchen Organisation abgesehen hat, so liegen hier die bekannten wichtigen Gründe politischer Natur vor, wie sie im Genfer Protokoll, das nun Gegenstand der Haager Entscheidungen sein wird, zum Ausdruck kommen, und es wäre bei der ganz besonderen Lage der deutsch-österreichischen Beziehungen vielleicht möglich, daß man durch die beim Zollpakt vorgesehenen komplizierten Methoden ein solches Parlament ausnahmsweise ersetzen könnte. *Ganz anders* liegen die Dinge aber in bezug auf den Südosten. Die politischen Hemmungen fallen hier zunächst weg, und es ist kaum anzunehmen, daß man sich etwa in Rumänien und Jugoslawien leicht dazu entschließen wird, auf ein *Zollparlament* zu verzichten. Die sich bei parlamentarischer Erledigung handelspolitischer Fragen in einem solchen Gremium ergebenden Schwierigkeiten brauchen nur oberflächlich angedeutet zu werden. Schon heute stellt man auf den großen Kongressen, besonders auf den mitteleuropäischen Tagungen in Wien, immer wieder fest, daß bei der nationalen und politischen Zerrissenheit der in Frage kommenden Länder die Mitglieder der einzelnen Delegationen gerade in den wichtigsten Fragen oft in schärfster Opposition zueinander stehen. Auf die heftigsten handelspolitischen Fehden, die zwischen Deutschen und Tschechen, als den Vertretern der Tschechoslowakei, bei solchen Gelegenheiten oft ausgetragen werden, sei nur als auf ein einzelnes Beispiel unter vielen verwiesen. Ohne Zweifel würde es in einem solchen Zollparlament schon sehr bald zur Bildung von Parteien und Gruppen kommen, die nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach sozialen, wirtschaftlichen und politischen Sonderinteressen gebildet werden, und mit der an und für sich in handelspolitischen Dingen kaum tragbaren Schwerfälligkeit der Arbeiten eines solchen Parlaments, durch das gerade die wichtigsten Entscheidungen leicht verzögert werden können, würde sich als weiterer großer Unsicherheitsfaktor die Planlosigkeit einer solchen Gruppenpolitik verbinden. Sollte, dem Beispiel der projektierten deutsch-österreichischen Zollunion entsprechend, wirklich die Möglichkeit bestehen, ohne ein solches Parlament auszukommen, so wären wichtige Entscheidungen in ähnlicher Weise, wie es auf dem Gebiet der Handelspolitik vor dem Weltkrieg zwischen Österreich und Ungarn der Fall war, von der Zustimmung der beteiligten Regierungen abhängig. Man müßte also in der Praxis einem jeden der Staaten das „Liberum Veto“ zuerkennen. Vertragsformen, die im früheren Verhältnis von Öster-

reich zu Ungarn und in den heutigen Beziehungen zwischen Wien und Berlin allenfalls als tragbar anerkannt werden könnten, würden in einer großen mittel- und südosteuropäischen Zollunion zu *geradezu unmöglichen Konsequenzen* führen. Bei allem Optimismus wird man mit einer grundlegenden Befriedigung der scharfen politischen Gegensätze der im Südosten bestehenden beiden Lager auf Jahre hinaus nicht rechnen können. Das Liberum Veto kann und wird fast immer das gegebene und bequemste Mittel politischen Einflusses außenstehender Mächte auf die Handelsvertrags-Politik einer solchen Zollunion darstellen. Weder die wirtschaftlichen noch die politischen Bedingungen, unter denen die einzelnen Völker im Südosten und die südlichen und nördlichen Nachbarn der Teilnehmer-Staaten einer solchen Zollunion vorläufig leben, scheinen die geringste Gewähr dafür zu geben, daß man von der Anwendung eines solchen Mittels aus ideellen Erwägungen absehen wird.

Die Frage, ob und wie es möglich sein wird, durch wirtschafts-, insbesondere handelspolitische Methoden das wichtige und ausbaufähige Absatzgebiet, das Europa noch im Südosten besitzt, aufzuschließen und besonders im Interesse einer Besserung der deutschen Wirtschaftslage und unserer Exportmöglichkeiten an uns heranzuziehen, bleibt also weiter offen. Diese Frage heißt nach wie vor: „*Meistbegünstigung oder Präferenz-System?*“ Das Prinzip der Meistbegünstigung ist, wie zugegeben werden muß, mehr als einmal durchbrochen worden, und es läßt sich nicht leugnen, daß gerade diejenigen, die für eine bedingungslose Durchführung der Klausel stets am nachdrücklichsten eintreten, wie besonders die Vereinigten Staaten und Großbritannien, in ihrer früheren und neuesten Geschichte die zahlreichsten Beispiele für die Durchbrechung der Klausel durch die Einräumung von Präferenzzöllen gegeben haben. Scheut man die Durchführung des Präferenzgedankens, so bleibt nur die Aufrechterhaltung der Meistbegünstigung und ihre Ergänzung durch entsprechende Kapitalbindungen, vor allem auf kreditpolitischem Gebiet, übrig. Daß es sich auch hierbei, wenn auch nicht formell, so doch in Wirklichkeit um eine Durchbrechung der Meistbegünstigung handelt, ist richtig. Immerhin spricht manches dafür, daß gerade Deutschland, das mit Rücksicht auf seine überseeischen Handelsbeziehungen auf diesem Gebiet eine besonders vorsichtige Politik treiben muß, eine solche Umgehung der Meistbegünstigung gegenüber der offenen Durchbrechung durch die Präferenz vorziehen könnte. Die Frage, ob Präferenz oder Meistbegünstigung, wird auch in Zukunft die handelspolitische Diskussion hinsichtlich der deutschen Beziehungen zum Südosten beherrschen, und es ist nicht zu leugnen, daß jede der beiden möglichen Lösungen neue und schwierige Probleme aufreißt. *Unmöglich* bleibt aber nach wie vor die Patentlösung der Zollunion, weil sie vom deutschen und vom mitteleuropäischen Standpunkt die Gefahren, in denen sich die wirtschaftliche Ent-



wicklung der beteiligten Länder heute befindet, nicht beseitigen, sondern stark vermehren müßte.

Im übrigen wäre es durchaus verfehlt, die Lösungsmöglichkeiten der schwierigen Südostfrage ausschließlich auf handelsvertragspolitischem Gebiet zu suchen. Bauernnot und Absatzschwierigkeiten des Südostens, die mangelnde Rationalisierung in der Rohstoffproduktion und im Handel sind ebenso wie die mannigfaltigen Nöte der Kraftversorgung und des Verkehrssystems Probleme, an die man *in erster Linie von der Kapitalseite* herantreten muß. Es wird viel darauf ankommen, daß Deutschlands Industrie und Außenhandel hier, also bei der Aufschließung der vorhandenen Naturschätze und damit bei der Vorbereitung der Aufnahmefähigkeit dieser Länder, rechtzeitig am Platze sind und nicht über zollpolitische Diskussionen und Theorien den immer weiter eindringenden amerikanischen und französischen Konzernen die Vorhand lassen. Vor allem aber berücksichtige man, daß es hier auch auf handelspolitischem Gebiet überhaupt keine „Patentlösungen“ wie die der Zollunion gibt, sondern daß man durch internationale Erörterungen eine Entscheidung zwischen Meistbegünstigung und Präferenz herbeiführen muß. Der gefährlichste Weg wäre jedenfalls, durch Aufrichtung noch höherer Zollmauern an den Grenzen eines neuen Uniongebiets, besonders gegen die Südost-Staaten, diese zum Beitritt zu zwingen. Selbst in dem kaum wahrscheinlichen Fall des Erfolgs wäre man auf diesem Weg nur ganz vorübergehend der schließlich doch

notwendigen Entscheidung zwischen den beiden allein hier in Frage kommenden Vertragssystemen enthoben und hätte statt einer Klärung nur den mittel- und südosteuropäischen Wirtschaftsraum mehr als je zum Spielball der wechselnden politischen und wirtschaftlichen Interessen großer dritter Mächte gemacht.

Von den überhaupt in Frage kommenden Wegen, die zu einer Lösung der südosteuropäischen Wirtschaftsprobleme führen sollen, nämlich der bedingungslosen Fortführung der *Meistbegünstigungsverträge*, der Ausgestaltung des immer deutlicher in den Vordergrund tretenden *Präferenzgedankens* und schließlich der durch die deutsch-österreichischen Verträge besonders eifrig propagierten *Zollunion* muß also wenigstens der zuletzt genannte, im Interesse Mittel- und Südosteuropas, dann aber vor allem auch in dem der *deutschen* Wirtschaft unbedingt ausscheiden. Erreicht wurde durch die Erörterungen des Zollunionsgedankens wenigstens auf dem Gebiet der Südost-Probleme insofern eine *Klärung der handelspolitischen Fragestellung*, als diese nunmehr deutlich auf die Alternative „Meistbegünstigung oder Präferenz?“ zurückgeführt wird. Hier dürfte die Entscheidung wahrscheinlich schneller fallen, als man noch vor einigen Monaten beim Abschluß der Vorverträge zu einer deutsch-österreichischen Zollunion annehmen konnte. Der deutsch-rumänische Handelsvertrag und die Erörterungen zwischen Deutschland und Ungarn scheinen anzudeuten, in welcher Richtung diese Entscheidung zu erwarten ist.

## Der Handel in unserer Zeit

Von Peter Langhein

*Durch die Zwangswirtschaft während des Krieges und die Wirren der Inflation, durch politische Propaganda und staatliche Zwangseingriffe sowie vor allem durch das Vorrücken der Produzenten hat der Handel während der letzten Jahrzehnte an wirtschaftlicher Macht und an Ansehen im Volke mancherlei eingebüßt. Wenn er sich aus dieser unglücklichen Lage befreien will, so bedarf es dazu einer starken Initiative, die seinen wirtschaftlichen Wert und seine Macht als Stand in die Erscheinung treten läßt. Gerade in der gegenwärtigen Lage, da Produktion und Konsum sich nicht finden, könnte der Handel seine Existenzberechtigung erweisen.*

### I.

Man hat der *Kriegswirtschaft* oft den Vorwurf gemacht, sie sei kompliziert aufgebaut gewesen. In Wirklichkeit war ihr Aufbau überraschend einfach, und nur die Handhabung des Mechanismus erfolgte — was in Anbetracht der Lage durchaus verständlich ist — unter Auftreten zahlreicher Reibungen und Hemmungen. Die *Kriegswirtschaft* kennt im wesentlichen nur einen Konsumenten: den Staat und seine Organe; und für den Staat hat die gesamte Produktion tätig zu sein. Zwischen Monopol-Verbraucher und Produzent schiebt sich der Handel, aber nicht in Erfüllung seiner eigentlichen (noch zu definierenden) Aufgaben, sondern eher als Einkaufs-Kommissionär, als quasi Beamter des Staates, der ihm für seine Tätigkeit einen „angemessenen

Gewinn“ sichert. Dieser Gewinn steht meist in fester Relation zum Warenpreis; je niedriger der „Handel“ einkauft, desto geringer ist sein Nutzen, mag auch die Eruierung der Ware im besonderen Falle unendlich viel größere Schwierigkeiten gekostet haben als die Besorgung eines hochpreisigen Objektes. Es ist gewiß kein Zufall, daß der „Händler“ während des Krieges in der Auffassung des Volkes und der Gerichte mehr und mehr zum „Schieber“ wird, der ohne nennenswerte Gegenleistung Zwischengewinne einsteckt und dadurch die Ware verteuert. Dabei macht das Volksempfinden zunächst kaum einen Unterschied zwischen Groß- und Kleinhandel; auch der Kleinhandel ist ja im Kriege zu einem unpersönlichen „Verteiler“ mit garantiertem Gewinn geworden.



Nun wäre diese Entwicklung innerhalb des doch kurzen Zeitraums von fünf Jahren unverstänlich, wäre sie nicht Strömungen entgegengekommen, die seit der Jahrhundertwende in der Literatur und in der Praxis in Erscheinung getreten waren. Die mächtig aufstrebende deutsche Industrie begann damals, sich vom Handel mehr und mehr zu emanzipieren und direkt mit den Verbrauchern im In- und Ausland in Verbindung zu treten. Von Verbraucherseite wurden diese Bemühungen freudig unterstützt, da man annahm, durch Ausschaltung eines Gliedes der Wirtschaftskette würden Kosten gespart. So entwickelte sich schon vor 1914 die Eliminierung der verschiedensten Formen des Handels: die Schuhfabrik verdrängte mit ihren Filialen den Kleinhändler ebenso wie den Großhändler. Aber die Fabrik für Schuhputzmittel konnte des Kleinhändlers beim Absatz ihrer Produkte nicht entbehren. In anderen Fällen warb der Fabrikant direkt beim Verbraucher, lieferte aber ab Lager des Großhändlers, so daß nur der Detaillist ausfiel. Wesentlich war nicht der Status, sondern die Tendenz: bei Produktion und Verbraucherschaft auf Ausschaltung des Handels hindeutend, beim Handel selbst durch reine Defensiv-Maßnahmen charakterisiert. Der Handel hat in Deutschland schon vor dem Kriege nicht mehr die Initiative aufzuweisen, die ihn seit dem Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert hinein auszeichnete.

Außerhalb Deutschlands liegen die Dinge wesentlich einfacher. Nirgends auf dem Kontinent ist die Industrie so stark entpersönlicht, verfügt sie aber gerade dadurch über so große Mittel der hinter ihr stehenden Banken wie in Deutschland; nirgends ist sie deshalb darauf erpicht, sich vom Handel zu „befreien“, den sie vielmehr gerade für die Finanzierung ihrer Produktion braucht. Auf den *englischen Inseln* waren zwar die alten Merchant-Häuser vorsichtiger geworden, als es sich mit dem Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung vertrag; aber nicht minder konservativ blieb die Industrie selbst in ihrer Anschauung, daß sich das gesamte Übersee-Geschäft — und „Übersee“ ist auch Kontinental-Europa — englischem Geschmack anzupassen habe; wo man sich etwa zu Konzessionen herbeiließ, orientierte man sich ausschließlich am Großhandel des eigenen Landes, der den gesamten Export dank der engen lokalen Verbundenheit mit der Industrie unter schärfster Qualitäts-Kontrolle hielt und noch heute hält. Von einer direkten Verbindung zwischen Industrie und Kleinhandel oder gar zwischen Industrie und Verbraucherschaft ist erst recht nicht die Rede. In den *Vereinigten Staaten* von Amerika schließlich hat sich ein eigener Großhandel, unabhängig von der Industrie bzw. deren Banken, überhaupt nur in geringem Umfang entwickelt; selbst der Kleinhandel kommt mehr und mehr unter die Kontrolle einiger weniger, gegen deren spinnwebhaft unentrinnbar das Land überziehende Chain-stores sich erst nach 1925 der sozidant selbständige Kleinhandel mit drastischen Mitteln zur Wehr setzt.

## II.

Das Ende des Krieges fand den deutschen Handel vernichtet, mindestens verarmt, und weitgehend entartet. Entartet war vor allem der *Kleinhandel*, der seine wichtigste Aufgabe, das Abwägen der verschiedenen an ihn herangebrachten Angebote daraufhin, welches gerade für seine Kundschaft das Richtige darstellt, völlig verlernt hatte. Inzwischen hat er sich zwar in Äußerlichkeiten wieder zu einem gewissen Grad „Kundendienst“ durchgerungen; die Basis seiner Existenz, der Vergleich der Angebote, ist ihm jedoch weitgehend durch die Preiskonventionen innerhalb Industrie und Handel entzogen. Der Kleinhandel büßt diese Entwicklung durch die allen Sondersteuern zum Trotz anhaltende Abwanderung des Publikums zu Genossenschafts-Verkaufsstellen und Warenhäusern; im ersten Falle ergibt sich die Auswahl der zu führenden Artikel und ihrer Qualitäten aus dem Kreis der Genossen; im anderen Falle ist die Zahl der zur Auswahl gestellten Produkte so groß, daß der Konsument selbst das für ihn Richtige (oder ihm richtig Erscheinende) heraussuchen kann.

Im *Großhandel* vollzog sich eine weitgehende gesinnungsmäßige Trennung der Binnenhandels- von der Außenhandelsgruppe. Der Außenhandel hatte während des Krieges durch Liquidationen im Ausland und erzwungene Untätigkeit erhebliche Kapitalverluste erlitten, die nur zum kleinsten Teil ausgeglichen wurden — beim Einfuhrhandel durch Betätigung in staatlichem Auftrag, beim Ausfuhrhandel durch Valutagewinne während der Inflation. Innerhalb der Außenhandelsgruppe herrschte das Bestreben, so schnell wie möglich zu einem so erheblichen Eigenkapital zu kommen, daß das durch das Kommissionsgeschäft zurückgedrängte Propre-Geschäft wieder ausgebaut werden könne. Aber in diesem Bestreben verkannten namentlich Exporthändler die Labilität überseeischer Positionen, oder sie unterschätzten die Spesen des eigenen Betriebs, vor allem die der Finanzierung. Zahlreiche Zusammenbrüche eliminierten zwischen 1926 und 1930 aus den Reihen des Ausfuhrhandels diejenigen Firmen, die in personeller oder finanzieller Hinsicht den Anforderungen der Gegenwart nicht gewachsen waren. Die verbleibenden Firmen tätigten ein reguläres, aber (soweit es sich um Ausfuhr handelte) von der Industrie und bei der Einfuhr außerdem durch staatliche Eingriffe bedrohtes Geschäft.

Der Ansturm der Industrie gegen den Exporthandel verlief zunächst in der schon vor dem Krieg eingeschlagenen Richtung: Als erste organisierten *die großen Konzerne* ihre eigenen Verkaufsstellen im Ausland und entzogen dadurch vielen Handelsbetrieben den sicheren Boden, auf dem sie sich früher Experimente hinsichtlich der Feststellung leisten konnten, ob ein Markt für neue Produkte aufnahmefähig war. Ihnen folgte auf dem Fuß die *Industrie der Produktionsmaschinen* unter Hinweis darauf, daß der Handel nicht in der Lage sei, die technische Seite des Auslandgeschäftes zu beherr-



schen. Die dritte Welle bestand aus *Industriebetrieben aller Branchen und Größen*, die den Drang in sich fühlten, unter eigener Firma auf dem Weltmarkt zu erscheinen, statt wie bisher durch die Händlermarke verdeckt zu sein. Wohl gelang auf diese Weise eine Steigerung der deutschen Ausfuhr; aber diese ist zweifellos zu einem erheblichen Teil auch darauf zurückzuführen, daß die Industrie auf der einen Seite Dumping-Export trieb (was beim Handel ebenfalls möglich ist, sich aber hier sehr schnell rächt), auf der anderen Seite sich dieses Dumpings nicht bewußt wurde, weil sie nur eine einheitliche Kalkulation für Produktion plus Ausfuhr aufstellte, in sehr vielen Fällen also aus dem Produktionsgewinn die Verluste bestritt, die ihr durch Übernahme der Handelstätigkeit entstanden.

Sind alle am Außenhandel beteiligten Kreise grundsätzlich an der Freiheit des Güteraustausches interessiert, so mußte dieses Interesse beim *Importhandel* um so stärker aufflammen, je mehr sich die deutsche Handelspolitik einem Agrarprotektionismus à outrance auslieferte. Das wesentliche Moment für den Handel war nicht der Rückgang der deutschen Einfuhr allgemein, sondern die durch Einfuhrkontingente festgelegte Umschaltung des Lebensmittel-Imports auf Länder, die ihrerseits dem deutschen Export im Rahmen von Kontingenten handelsvertragliche Zugeständnisse machten, und die Unterbindung der Einfuhr aus solchen namentlich überseeischen Ländern, deren Ausfuhrhandel durch frühzeitigen Aufkauf und durch Lagerung der Ernte maßgebenden Einfluß auf die Preisgestaltung ausübte. Demgegenüber ergab sich aus der Festlegung zollbegünstigter Kontingente ohne weiteres die Zentralisierung der Einfuhr zwecks Kontrolle, mit anderen Worten die *Bürokratisierung des Imports*, dessen Preise zudem im Interesse der begünstigten heimischen Kreise durch Eingriffe von hoher Hand, also nicht durch die natürliche Marktentwicklung, reguliert wurden. „Marktregulierungen“ wie die brasilianische Kaffee-Valorisation, wie die Eingriffe auf dem Kautschuk- und dem Zuckermarkt, wurden zur Regel. Selbst auf den Metallmärkten war der Handel nicht vor Eingriffen der durch mächtige Produzentengruppen interventionslustig gemachten Regierungen sicher.

In weitgehender Unkenntnis dieser Gefahren stürzt sich inzwischen die Industrie in das Geschäft, sammelt enorme Rohstofflager unter Ausschaltung des Handels und drängt auch den seriösesten Effektivhändler mehr und mehr in die Nur-Spekulation. Hier klafft einer der erheblichsten Unterschiede zwischen der deutschen und der nordamerikanischen Situation, ein Unterschied, der von der deutschen Industrie gern ignoriert wird. Zweifellos arbeitet die nordamerikanische Industrie in erheblichem Maße ohne den Handel; aber sie übernimmt dann die Handelsfunktionen in vollem Umfang, schafft also für den Fall einer Entwertung der Rohstofflager durch Hedgen eine gewisse Sicherung und balanciert so ihre eigene Position aus. In Deutschland ist die

den Rohstoff direkt kaufende Industrie in der Regel durch die Effektivware gegen Preissteigerungen, nicht jedoch gegen Preissenkungen geschützt; es besteht also für die Spekulation ein Anreiz, in das offene Engagement einzutreten. Auf diese Weise wird aber dem eigentlichen Importhandel das Mark entzogen; er muß seine Lagerhaltung auf ein Minimum beschränken, soll er nicht die Industrie-Engagements noch weiter erhöhen.

Die wichtigsten Aktiven des Binnenhandels bildeten auf der einen Seite die genaue Kenntnis der Detailkundschaft, ihrer Sonderwünsche und ihrer Bonität; auf der anderen Seite die Kenntnis von der technischen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Produzenten. Die Brücke vom einen zum anderen hatte die Kenntnis des Marktes und das intuitive Erfassen der keimenden Marktentwicklung zu bilden. Wie aber kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Binnen-Großhandel dieser Aufgaben gerecht werden? Nicht er, sondern die Industrie stellt das Fabrikationsprogramm auf; nicht er, sondern die Industrie wirbt beim Kleinhändler und beim Konsumenten; nicht er, sondern die Industrie übt die Lagerhaltung aus. Was bleibt, ist die nach dem Kriege mühsam und nach den verschiedensten Kriterien aufgebaute Absatz-Organisation, ist wohl auch die eine oder andere vertragliche Bindung eines Kleinhändlers — Aktiven, die die Produktion mit einer bescheidenen Umsatzprovision bewertet, wobei sie aber vom Großhändler meistens strenge Beschränkung auf ein geographisch abgegrenztes Arbeitsgebiet fordert. Eine wirtschaftlich selbständige Unternehmung stellt dieser Binnen-Großhandel notfalls noch formell, in sehr vielen Fällen aber materiell nicht mehr dar.

### III.

Auf diese Entwicklung reagierte die deutsche Öffentlichkeit rasch und nachdrücklich. Während des Krieges und der Inflation war im Volksbewußtsein aus dem „Händler“ der „Schieber“ geworden; danach entstand das terminologische Monstrum „Zwischenhandel“ (jeder Handel mittelt zwischen Produktion und Verbrauch) zur Kennzeichnung eines Berufes, der sich verteuern, d. h. mit durch Leistung nicht gerechtfertigten Ansprüchen auf einen Anteil am Gewinn, zwischen Produktion und Konsum drängte. Man kann zur Kennzeichnung dieser Entwicklung einer Skizzierung auch der *politischen Situation* nicht entraten. Aus dem Handel rekrutierte sich ursprünglich die bürgerliche Mitte, und zwar neigte der Großhandel zum Rechtsliberalismus, während der Detailhandel etwas links davon stand. Der selbständige Kleinhandel marschierte aber nach 1925 — nicht zum wenigsten aus Opposition gegen die Entwicklung der Genossenschaften und Warenhäuser — nach rechts ab, ohne sich aber mit dem Binnen-Großhandel zusammenzufinden, der mindestens des Versuches verdächtig war, einen Teil des verlorenen Groß-Geschäftes durch direkte Bearbeitung der Kundschaft zu kom-



pensieren. Vom Überseehandel schied beide Gruppen die Einstellung zur Frage der *Einfuhrzölle*: Der Binnenhandel blieb bestenfalls desinteressiert, wenn er sich nicht gar im Interesse seiner unmittelbaren Landkundschaft mit deren Zollwünschen identifizierte; der Überseehandel erhielt sich seine freihändlerische Einstellung, konnte sie aber praktisch nicht zur Geltung bringen. Auf diese Weise hoben sich die verschiedenen im Handel wirkenden Tendenzen gegeneinander auf; zu einem Vorstoß des Gesamthandels kam es nicht, höchstens gelegentlich zu der unbewiesenen Behauptung, der Handel sei „lebensfähig“ und „lebensnotwendig“, an der die skeptische Öffentlichkeit uninteressiert vorüberging. Inzwischen waren die Massen mehr und mehr zu den Parteien abmarschiert, die Rettung aus den Wirtschaftsnotén der Gegenwart nur durch sofortige Herbeiführung einer Planwirtschaft sahen, die den Handel in seiner gegenwärtigen Form überflüssig machen würde.

Die erste dieser politischen Gruppen, die *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei*, übernahm kritiklos alle gegen den Handel gerichteten Schlagworte, nach denen er nichts anderes sei als ein maßlose Zwischengewinn beanspruchender Schieber, ein Parasit der Volkswirtschaft. Gestand man Ausnahmen von dieser allgemeinen Kennzeichnung zu, dann betrafen sie bestenfalls den Einzelhandel in Form des kleinen, vorzugsweise als Familien-Unternehmen betriebenen Ladengeschäfts. Insbesondere auf dem Lande versuchte man mit Erfolg, den Produzenten gegen den Händler auszuspielen, direkte Verbindungen zwischen Produzent und Verbraucher durch Ausschaltung des Handels anzuknüpfen — während die gegen die Warenhäuser gerichtete Propaganda meist am berechtigten Eigennutz des Bauern, in diesem Falle des Konsumenten, scheiterte. Die Agitation gegen den Handel ließ sich zweckmäßig mit der allgemeinen antisemitischen Agitation verbinden, wobei ohne Beweis unterstellt wurde, daß der Großteil der angeblich nutzlosen Händler aus dem Judentum hervorgegangen sei. Die Reichstagsanträge der Partei auf teilweise Vermögens-Konfiskation für „Bank- und Börsenfürsten“ fanden zustimmendes Echo vor allem da, wo — wie in den Gebieten mit Großgrundbesitz — der Zusammenhang zwischen Merchant und Banker noch nicht in Vergessenheit geraten war, wo noch vereinzelt die kleinen Privatbankiers bestanden, deren Rückhalt der Kornhandel und mit ihm eine lebhaft betätigte an den Warenbörsen bildete. Zwar war der größte Teil dieser Merchant-Bankers von Großbanken aufgesogen oder während des Jahrzehnts von 1914 bis 1924 zu Grunde gegangen; zwar waren ihre Geschäfte zum anderen Teil durch Banken der öffentlichen Hand übernommen. Aber als Agitationsbeispiele ließen sich die wenigen verbliebenen Institute notfalls verwenden, wenn man nur darauf hinwies, daß hier in „müheloser“ Büroarbeit Vermögen verdient werden konnten, die dem in Wetter und Wind arbeitenden Landmann einerseits, dem darben den Städter andererseits „entrafft“ worden waren.

Ungleich tiefer gegründet ist die Handels-Gegner-schaft der sozialistischen Parteien, insbesondere der *Kommunisten*. Hatten die Nationalsozialisten den vergeblichen Versuch gemacht, Privateigentum mit Privatinitiative einer- und Planwirtschaft andererseits unter einen Hut zu bringen, so lehrt der Sozialismus in sich folgerichtig, daß Planwirtschaft und Privateigentum auf die Dauer nicht gleichzeitig bestehen können. Er befindet sich dabei in der vorteilhaften Lage, auf zwei praktisch durchgeführte Beispiele einer Planwirtschaft exemplifizieren zu können: auf das Beispiel der deutschen Kriegswirtschaft und auf Rußland. Daß in der Praxis lediglich das letztgenannte zu Demonstrationen herangezogen wird, ergibt sich aus politischen Erwägungen. An sich war auch die deutsche Kriegswirtschaft Planwirtschaft. Eine Instanz, der Staat, bestimmte, was zu produzieren sei und wieviel von der Produktion jedem einzelnen Staatsbürger zugute kommen solle. Die Sowjet-Union hat dieses System lediglich insofern ausgebaut, als sie bestrebt ist, eine bestimmte Quote der Produktion dem Inlandskonsum zu entziehen und dem Außenhandel zur Verfügung zu stellen.

Innerhalb der Planwirtschaft ist tatsächlich für einen Handel *als Stand* kein Raum. Sowohl die Groß- wie die Kleinhandelsfunktionen werden vom Staat übernommen; mag er sich auch bestehender Handelsbetriebe dazu bedienen, ihre schnellstmögliche Beseitigung bleibt das Ziel. Erst recht gilt der Kampf jeder händlerischen Initiative, soweit sie zu einer Durchbrechung der Marktbeherrschung durch den Staat, also der Planwirtschaft, führen könnte. Aber gerade in der Sowjet-Union zeigt sich deutlich das Bestreben, von Staats wegen händlerische Initiative zu entfalten und zwar an der einzigen Stelle, an der sie einzusetzen überhaupt möglich ist: im Außenhandel. Der Käufer auf dem Binnenmarkt muß froh sein, wenn er einmal Ware bekommt; es liegt im Wesen der Planwirtschaft, daß sie den Bedarf nur ganz knapp befriedigt, da es andernfalls zu einem Überangebot käme; widerspricht ein solches an sich dem Wesen der Planwirtschaft, die ja Überangebot (allerdings nach Möglichkeit auch zu geringes Angebot) unmöglich machen will, so widerspricht es insbesondere dem Wesen einer kommunistischen Planwirtschaft; denn im Überangebot schlummert die Möglichkeit vorübergehender Preissenkungen mit der Chance ihrer Ausnutzung durch einzelne Individuen. Im Außenhandel aber sind solche Bedenken so lange nicht am Platz, wie es eine Weltplanwirtschaft nicht gibt: und tatsächlich entwickelt der sowjetische Beamte in den Handelsdelegationen typisch händlerische Qualitäten, die sich übrigens auch der in den Behördenmechanismus der deutschen Kriegswirtschaft eingespannte Kaufmann ungeachtet aller Neigung zur Verbürokratisierung erhalten hatte. Der geschlossene, planwirtschaftlich verwaltete Staat kann also wohl der Handelsfunktion entraten, muß dieses aber durch Verzicht der Konsumenten auf Kaufinitiative nach Menge und Qualität erkaufen; aber jede Lockerung des Abschlusses dieses Staates von der



nicht planwirtschaftlich verwalteten Welt läßt, wenn nicht den Handel als Stand, so den Handel als Funktion sofort wieder in Erscheinung treten. Damit ist das Kardinalproblem für den deutschen Handel der Gegenwart umrissen: Ist die Zurückdrängung der Bedeutung des Handels auf einen Abbau der Handelsfunktion oder nur des Handelsstandes zurückzuführen? Und wer hat, im letzteren Falle, die durch den Stand aufgegebenen Funktionen übernommen?

#### IV.

Handel treiben heißt *Mittler* sein zwischen Produktion und Konsum. In dieser einfachsten Form ist die Definition der Handelsfunktion unbestritten; bestritten wird jedoch die aus ihr in der Praxis abzuleitende Konsequenz. Zu abstrahieren ist zunächst von den in der kapitalistischen Wirtschaft seltenen Fällen, in denen der Produzent selbst den Weg zum Konsumenten findet. Es bleibt dann als Aufgabe des Händlers, entweder für die Unterbringung einer produzierten Ware oder für die Befriedigung einer entstandenen oder zu erweckenden Nachfrage nach Waren zu sorgen. In ihrer reinsten Form ist die Tätigkeit des Händlers *einmalig*; kein Geschäft gleicht dem anderen, stets knüpft der Händler die Fäden, die er in seiner Hand hält und die zum Produzenten und zum Konsumenten (bzw. zu deren Agenten) führen, verschieden. Der Zwischengewinn des Händlers ergibt sich in diesen Fällen zwanglos im Verlauf jeder Transaktion. Wie aber, wenn Produzent und Verbraucher, dank der Mittlertätigkeit des Handels, allmählich in direkte Beziehungen zu einander treten? Bleibt dann dem Händler ein Vermittlungsmonopol vorbehalten? Das entspräche wohl einem Gebot der Billigkeit, läßt sich aber im privatwirtschaftlichen Wettbewerb nicht vertreten. Der Handel, namentlich der Ausfuhrgroßhandel, hat denn auch versucht, seine Position dadurch zu erhalten, daß er den direkten Kontakt zwischen Produzenten und dem Auslandskäufer (Konsumenten oder auch nur Großhändler) mit allen Mitteln unmöglich zu machen suchte; alle seine Versuche sind aber auf die Dauer erfolglos geblieben. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Großhandel *neue Betätigungszweige* gesucht, durch die er seine Kontrahenten auch dann an sich zu fesseln hoffte, wenn sie einander bekannt waren, des Handels i. e. S. also entraten konnten; in der Übernahme der *Spedition* oder der *Finanzierung* glaubte der Handel solche neuen Betätigungszweige zu finden, und er hat eine Zeit lang z. B. mit Emphase betont, er überlasse die Kundenwerbung durchaus der Produktion, wenn ihm nur die Finanzierung der Bestellungen übertragen würde. Nicht deutlicher könnte ein ausgesprochener Gegner des Handels dessen Todesurteil verkünden.

Gibt der Handel, speziell der Großhandel, sich selbst auf, so vertritt er dadurch die Ansicht, die Wirtschaft brauche heute keinen Mittler mehr zwischen Produktion und Konsum; die Wege, die von einem zum anderen führen, seien nicht nur gewiesen, sondern eingefahren. Eine solche Auffassung er-

scheint a priori *bedenklich*, denn sie geht von einer Statik des Wirtschaftslebens aus, die im Widerspruch zu allem stünde, was die Wirtschaftsgeschichte der Jahrtausende lehrt. Die Auffassung wirkt aber wahrhaft *grotesk* bei einer Betrachtung der Gegenverhältnisse, deren Charakteristikum die fehlende Verbindung zwischen Produktion und Konsum ist, gekennzeichnet durch ein riesiges Warenangebot auf der einen Seite, durch riesige Warennachfrage auf der anderen Seite. Wenn es je der Funktion des Handels bedurft hat, dann unter den Verhältnissen der Gegenwart. Es wäre unnatürlich, hätte sich nicht an Stelle des resignierenden, und teilweise — sehr zum eigenen Schaden — zur Produktion abschwenkenden Handelsstandes die Produktion bestimmter ursprünglich dem Handel obliegender Aufgaben bemächtigt. In so weit übt sie Handelsfunktionen aus; aber sie tut es verständlicherweise erst in zweiter Linie, nach Erfüllung ihrer Hauptaufgabe, der Produktion.

Nun bleibt es müßig, zu untersuchen, ob sich die Industrie auch heute noch aus Machthunger in die Handelsposition hineindrängt, oder ob sie einfach in das Vakuum hineingezogen wird, das sich als Folge der Zurückhaltung des Handelsstandes ergibt. Wesentlich ist allein, daß die Handelsfunktion heute außerhalb der planwirtschaftlichen Sphäre unentbehrlicher ist denn je — und daß diese Funktion teilweise von der Produktion übernommen wurde, die sich eigene Handelsabteilungen schuf, unbeschadet der außerdem bestehenden Bindungen an den Großhandel. Diese Handelsabteilungen der Industrie arbeiten zum größten Teil nach wesentlich anderen Methoden als der berufsmäßige Handel. Besonders in Deutschland hat die Neigung zur kartellmäßigen Bindung, die für die deutsche Produktion charakteristisch ist, auch auf ihre Handelsabteilungen Einfluß gewonnen: man strebt danach, den Abnehmer durch Kontraktbindungen für absehbare Zeit auf bestimmte Bedingungen festzulegen und errichtet auf der Basis dieser Abmachungen eine Organisation, die weit weniger beweglich ist als der eigentliche Händler. Das wird im Binnenhandel nur ausnahmsweise empfunden; hier hat sich die Schematisierung, die man irrigerweise als Fortschritt bezeichnet, teilweise schon bis zum letzten Abnehmer durchgesetzt, der es kaum mehr wagt, vom Kleinhändler die Vorlage einer Reihe von Modellen zu verlangen, sondern mit dem vorlieb nimmt, was das reduzierte Lager hergibt. Anders im Auslandgeschäft. Hier muß man sich den immer wieder veränderten Wünschen des Käufers in bezug auf die Ware, deren Lieferbedingungen und Aufmachung anpassen. Diesen Wünschen gegenüber versagt häufig die Handelsabteilung der Industrie; aber es versagt auch der Handel, weil er sich unter dem doppelten Druck der wirtschaftlichen Gegebenheiten und der Mißachtung, der er begegnete, der Produktionsmentalität weitgehend angepaßt hat. Das aber mußte den Grad seiner Ausschaltung noch erhöhen, und so ergab sich der für den Handel verderbliche Kreislauf: Geschäftsminderung als Kriegsfolge (eigenes Verschulden oder Expansionsdrang der In-



dustrie); daraus resultierend Minderung des Ansehens im Volke (der „unproduktive“ Handel) und bei der Produktion (weitergetriebene Ausschaltung); als Folge dessen Beziehen einer reinen Defensivposition in der inneren und der Handelspolitik (Verzicht auf aktiven Kampf gegen den Protektionismus) und teilweise Abkehr von der Handelsbetätigung durch Erwerb von Produktionsbetrieben; schließlich erneute Geschäftsminderung, erneute Attacke der Öffentlichkeit und der Industrie; erneute Droßlung der Geschäfte durch Eingriffe des Staates; erneute Abkehr vom Handel zwangsweise, durch Konkurs oder Liquidation, oder freiwillig, durch Abwicklung und in deren Gefolge durch Abwanderung.

## V.

Nirgends spiegelt sich diese Entwicklung deutlicher als in der *Einstellung der Jugend*. Kaum faßlich ist ihr heute die — von *Jastrow* bei der Eröffnung der Berliner Handelshochschule erwähnte — Tatsache, daß noch am Ausgang des 18. Jahrhunderts der Handel das *jus connubii* gegenüber dem gewöhnlichen Adel besaß. Mythisch wurde der „Königliche Kaufmann“; Ziel höchsten Strebens ist es, ein Fabrikationsunternehmen zu errichten, nicht aber den Erzeugnissen eines fremden Betriebes Absatz, neuen Märkten Versorgung zu schaffen. Generaldirektor eines Produktionsbetriebes zu sein, steht höher im Kurse als simpler Firmeninhaber eines Handelshauses. Diese Einstellung entspringt der völligen Unkenntnis vom Wesen des wahren Handels. Es hat sich gegenüber früheren Zeiten in gewissen Punkten verändert, es hat sich aber nicht grundsätzlich geändert. Heute wie stets ist der Handel, auch der Rohstoffhandel, nicht in erster Linie warenmäßig, sondern marktmäßig orientiert. Heute wie stets erfordert Handeln eine genaue Kenntnis der Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Diese Kenntnis bildet aber keinen abgeschlossenen Wissensfundus, sondern sie ist im Tempo der Zeit, d. h. heute wesentlich schneller als vor 20 oder gar vor 50 Jahren, laufend zu ergänzen. Handel treiben heißt also: dauernd an der Front stehen, heißt: nicht von Renten zehren, auf die man durch den einmal erfolgten Aufbau eines Geschäftes Anspruch zu haben glaubt. Die Front liegt nicht, wie man im Zeitalter der amtlichen Exportförderung vielfach anzunehmen scheint, nur im Ausland; auch das Inland bietet ungenutzte Absatzmöglichkeiten genug, wie man in Deutschland allzu oft erst dann erfährt, wenn eine ausländische Ware ungeachtet bestehender Wirtschaftsschwierigkeiten plötzlich ihren Markt findet. Darnach stellt sich der *Erfolg* im Handel dar als Ergebnis richtiger Einschätzung der Lieferungs- und Absatzmöglichkeiten, eine Einschätzung, die

nicht aus Kartotheken gewonnen werden kann, sondern der schöpferischen Phantasie des individuellen Händlers bedarf.

Damit ist die Mission des Handels in unserer Zeit gekennzeichnet: Er bildet das letzte *Bollwerk des Individualismus*, der Selbstverantwortlichkeit, in der kollektivistischen Gegenwart, die die Verantwortungen derart verschachtelt, daß sie praktisch nicht geltend zu machen sind. Der Individualismus des Handels bildet seine Stärke und gleichzeitig seine Schwäche: seine *Stärke*, weil er die Errichtung und Fortführung von Handelsbetrieben auch heute noch mit relativ geringem Kapital, ohne die Apparatur der „namenlosen Gesellschaft“ gestattet; seine *Schwäche*, weil das Handelsunternehmen nach wie vor auf zwei Augen steht und verfallen muß, wenn diese Augen müde werden, ohne daß rechtzeitig für einen Nachfolger gesorgt ist. Vorbedingung für eine Renaissance des Handels bildet die Selbsterkenntnis dieses seines eigensten Wesens und der Stolz auf diese Eigenart.

Aus der Erkenntnis und der mit ihr gewonnenen Selbstsicherheit ergibt sich darnach zwanglos das System der *neuen Offensive*: unermüdlich durch Studium der Produktions- und der Absatzmöglichkeiten auf den Ausgleich beider hinzuwirken, also zugleich die Produktion wie den Verbrauch anzuregen. Allerdings bedarf es zweier Voraussetzungen, soll der Handel wahrhaft produktiv arbeiten können: Es muß ihm die Möglichkeit gegeben werden, unter erträglichen Bedingungen *Leihkapital* zum Unterhalt größerer, gegen Entwertung tunlichst gesicherter Läger aufzunehmen — das ist abhängig von einer Neuorientierung der Banken hinsichtlich der Produktivität des Handels —, und der Druck jederzeit möglicher *staatlicher Eingriffe* muß von ihm genommen werden. Tatsächlich ist eine Expansion des Handels ohne Freiheit des wirtschaftlichen — und, darf man hinzufügen, auch des politischen und geistigen — Lebens kaum möglich. Diese Freiheit kann ihm aber nicht in den Schoß fallen; er wird um sie heute wie vor Jahrhunderten kämpfen müssen. Damit wird er aber gerade seine Mission in das volle Licht des Tages rücken und wertvolle Aufbaukräfte der Nation um sich scharen. Was gegenwärtig leider keine Ausnahme bildet, daß man den Handel als dürres Reis am lebendigen Baum der Wirtschaft bezeichnet, wird sich dann angesichts der Vitalität der Händler von selbst als abstrus erweisen. Mag der aufgezeigte Weg beschwerlich erscheinen, er muß beschritten werden, soll nicht die Unvereinbarkeit der Produktion mit den Absatzmöglichkeiten (— die Falschproduktion, nicht etwa die Übererzeugung) — auch grundsätzliche Anhänger des Individualismus zur Planwirtschaft treiben.



## Glossen

### Hoover-Plan und Reichsbahn-Finanzen

Als die *Dawes-Kommission* nach einer „gerechten“ Verteilung der Reparationslast suchte, kam sie zu dem Ergebnis, daß man nicht die ganzen Verpflichtungen dem Reichshaushalt aufbürden dürfe, sondern daß man die Industrie (durch die Industrie-Obligationen) und die Reichsbahn unmittelbar zu den Reparationsleistungen heranziehen solle. Der *Young-Plan* hat die direkte Belastung der Industrie vollkommen aufgehoben, den Dienst der Reichsbahn aber bestehen lassen. Der *Hoover-Plan* äußert sich über die Frage, wie die durch ihn ermöglichte Entlastung zwischen Reichsbahn und Staatshaushalt aufgeteilt werden solle, nicht. Man sollte zwar zunächst annehmen, daß die von der Reichsbahn gezahlte „Reparationssteuer“ in Höhe von 660 Mill. RM eine Steuer wie jede andere sei, deren Zahlung von einer Entlastung des Reichshaushalts unabhängig ist. Aber gegen diese Auffassung können zwei Argumente vorgebracht werden: Erstens ist diese (im Reichsbahngesetz ausdrücklich als „Reichssteuer“ bezeichnete) Summe nicht an das Reich, sondern unmittelbar auf das Konto der BIZ zu zahlen; zweitens entspricht der Betrag genau dem *nichtgeschützten* Teil der deutschen Annuität, und gerade auf diesen ungeschützten Teil bezieht sich die Sonderregelung, die wegen des französischen Widerstands am Hoover-Plan vorgenommen werden mußte. Auf die Zahlung der ungeschützten 660 Millionen wollte Frankreich nicht verzichten; aber es hat sich damit einverstanden erklärt, daß diese Summe (nach Abzug bestimmter Posten) von der BIZ zurückgeliehen wird. *Wem* zurückgeliehen wird? Nicht dem Reich (denn an Regierungen darf die BIZ keine Darlehen geben!), sondern der *Reichsbahn*, und das Problem ist jetzt, ob die Bahn diesen von der BIZ zurückgezählten Betrag an das Reich weitergeben soll oder nicht. Will man diese Frage unter dem Gesichtspunkt steuerlicher „Gerechtigkeit“ betrachten, so muß man wohl zu dem Ergebnis kommen, daß die Verknüpfung von Reichsbahn-Reparationssteuer und ungeschützter Young-Annuität zu zufällig ist, und daß die besondere Form der Zahlung dieser Steuer (unmittelbar an die BIZ) eine zu geringe Bedeutung hat, als daß man in den 660 Millionen eine Last sehen dürfte, die nur die Reichsbahn, nicht aber das Reich angeht; man müßte also unter diesem Gesichtspunkt eine Weitergabe des strittigen Betrags an das Reich fordern. Aber wichtiger als die Frage der steuerlichen „Gerechtigkeit“ kann der Gesichtspunkt der *Zweckmäßigkeit* sein — und hier erscheint es durchaus diskutabel, daß das Reich der Bahn einen Teil der Reparationssteuer überläßt. Ein endgültiges Urteil hierüber hängt von einer *Klärung der Finanzlage* der Reichsbahn ab.

### Unklarheiten über die Finanzlage der Reichsbahn

Die Finanzlage der Reichsbahn ist gegenwärtig keineswegs durchsichtig. Die Einnahmen und Ausgaben weichen in diesem Jahr von den entsprechenden Zahlen des (Normal-) Jahres 1929 derart ab, daß sich genaue Schätzungen über die Entwicklung in den folgenden Monaten nur mit wichtigen Vorbehalten

durchführen lassen. Die Reichsbahn selbst rechnet mit einem Einnahmerückgang (gegenüber 1929) von 1,4 Milliarden und mit einer Ausgabenminderung von etwa 900 Mill. RM. Unserer Schätzung nach dürfte sich der Einnahmerückgang auf etwa 1,3 Milliarden stellen, während die Ausgaben, wenn der geringe Verkehrsumfang anhält und die sparsame Wirtschaftsführung beibehalten wird, um rund 1 Milliarde verringert werden könnten. Aber es ist müßig, eine derartige — notwendig unzureichende — Prognose jetzt schon stellen zu wollen. Wichtiger ist die Tatsache, daß der Status der Reichsbahn nach wie vor recht flüssig ist, so daß eine unmittelbare Gefahr für die Betriebsführung nicht besteht. Auch die Pläne, die Reichsbahn in großem Umfange in den Dienst des *Arbeitsbeschaffungs-Programms* zu stellen, werden die Liquidität der Gesellschaft nicht beeinträchtigen. Denn die Vergabung von Aufträgen zur Arbeitsbeschaffung ist von der Reichsbahn konsequent an die Bedingung geknüpft worden, daß ihr die dafür benötigten Mittel bar zur Verfügung gestellt werden. 100 Mill. RM werden vorläufig für diesen Zweck verwandt (60 Mill. RM aus dem Krisenfonds des Reichs, 40 Mill. RM aus den durch Gehaltskürzung ersparten Beträgen). Weitere 100 Mill. RM, die der Stahlwerksverband zur Verfügung stellen sollte, werden — eine zweite Unklarheit in der gegenwärtigen Finanzlage der Gesellschaft — möglicherweise nicht gewährt, nachdem sich der Stahlwerksverband seinerseits (wegen der Anspannung auf den Kreditmärkten) einen entsprechenden Betrag nicht beschaffen konnte. Diese 200 Mill. RM, die den wichtigsten Teil des Arbeitsbeschaffungs-Programms der Reichsregierung in der letzten Notverordnung darstellten, sollten in der Hauptsache für das von der Reichsbahn besonders gepflegte Oberbau-Erneuerungsprogramm eingesetzt werden. Anders steht es mit einem Plan, der kürzlich von der deutschen Wagenbau-Vereinigung wieder einmal aufgeworfen wurde. Die Waggonfabriken haben in einer Denkschrift ihre Notlage geschildert und auf Grund der Zahlen über den Wagenbestand der Reichsbahn den jährlichen Erneuerungsbedarf auf etwa 20 000 Wagen im Werte von 180 Mill. RM angegeben. Die Reichsbahn — so fordern sie — müsse möglichst bald ihre Aufträge erteilen, da es ihre Pflicht sei, einen Ausgleich zwischen Zeiten guter und schlechter Konjunktur zu schaffen. Die Reichsbahn-Verwaltung aber vertritt den Standpunkt, ihr Wagenbestand sei gegenwärtig so groß, daß sie auf drei Jahre keine Achse neu zu bestellen brauche; wenn die Wagenbau-Vereinigung aus dem großen Park auf einen beträchtlichen Ersatzbedarf schließt, so lautet also der Schluß der Reichsbahn genau umgekehrt. Die größere Autorität gebührt in diesem Streit der Reichsbahn; sie allein kann ihren wirklichen Bedarf erfassen. Andererseits ist sie sich aber darüber klar, daß eine solche Drosselung der Aufträge an die Waggon-Industrie, wie sie in den letzten Monaten durchgeführt wurde, letzten Endes auch für sie von Nachteil sein kann. Es ist deshalb anzunehmen, daß sie die Wünsche der Waggonfabrikanten schließlich doch — wenn auch nur zu einem Bruchteil — befriedigen wird. Die Waggon-Industrie hat sich erboten, „die Finanzierung der jetzt zu erteilenden Aufträge



solange durchzuführen, bis die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft aus ihren Betriebseinnahmen die Ausgaben des normalen Betriebsbedarfs wieder selbst decken kann“. Welche Bedeutung eine derartige Finanzierungsaktion für die Lage der Reichsbahn haben würde, das ist die dritte Unklarheit, die gegenwärtig besteht.

#### Neue Machtgruppierung in der Filmindustrie

Innerhalb der deutschen Filmindustrie war die Hegemonie der Ufa bisher unbestritten; an Kapitalmacht und Produktionsumfang stand sie an der Spitze aller Filmproduzenten. Neuerdings machen sich jedoch Tendenzen bemerkbar, die auf eine Schwächerung ihrer Vormachtstellung hinzielen. Ein Block, der vorläufig aus der *Süd-Film AG* und der *Deutsches Lichtspiel-Syndikat AG* (DLS) besteht und dem sich andere Unternehmungen (Terra-Film?) wahrscheinlich anschließen werden, verspricht ein Gegengewicht gegen die Ufa zu bilden. Die anregende, vermittelnde und stärkende Bedeutung, die in anderen Branchen bei ähnlichen Kombinationen den Banken zuzukommen pflegt, fällt in der Filmindustrie neuerdings den *Apparate-Firmen*, in diesem Fall der Tobis (Ton-Bild-Syndikat) zu. Während die Tobis bereits seit mehreren Jahren an der DLS aktienmäßig beteiligt ist, stammt ihre enge finanzielle Verknüpfung mit der Süd-Film AG aus der jüngsten Zeit, nämlich aus den Schwierigkeiten, in die die Süd-Film durch ihre *Differenzen mit der Ufa* geraten war. Die Eigenproduktion der Ufa reicht bekanntlich zu einer dauernden Belieferung ihrer zahlreichen eigenen Lichtspieltheater nicht aus; die Ufa ist vielmehr darauf angewiesen, in großem Umfang fremde Filme zu entleihen. Ihr wichtigster Filmlieferant ist die Süd-Film AG, die selbst nicht produziert, aber viele — und großenteils bedeutende — Filme in- und ausländischer Produktion in Verleih hat. Wegen der Zahlung der Leihgebühren eines ihrer letzten Filme, der „City Lights“ von Chaplin, kam es nun zu erheblichen Differenzen; das Vorgehen der Ufa ließ dabei den Eindruck entstehen, als ob sie die Süd-Film stark zu schädigen beabsichtige. Der Interessengegensatz zwischen den großen *Apparate-Firmen* kam hinzu: Die Ufa, die fast ausschließlich mit Klangfilm-Apparatur arbeitet, soll gewünscht haben, bei dieser Gelegenheit die Tobis in ihren Interessenkreis zu ziehen (offiziell sind zwar Klangfilm und Tobis befreundet; tatsächlich herrschen jedoch zwischen ihnen starke Gegensätze). Diese Bestrebungen wären um so mehr zu verstehen, als die Ufa durch die neuen *Film-Ateliers*, die von der Tobis errichtet werden, eine wesentliche Einbuße bei der Vermietung ihrer Babelsberger Ateliers erleiden kann. Der durch die Tobis (und auch durch den englischen Kontrahenten der Süd-Film, die British International Pictures Ltd.) gestützte neue Block hat jedoch seine Selbständigkeit gegenüber der Ufa erhalten können. Die Interessengemeinschaft, in der die Zusammenarbeit von Süd-Film und DLS zum Ausdruck kommt, läßt beide Unternehmungen als selbständige Bezugsquellen von Filmen für die Theaterbesitzer bestehen; durch gemeinsamen Einkauf von Rohfilmen und durch Aufstellung eines (nach Stoff und Stars einheitlichen) Produktionsprogramms sollen wesentliche wirtschaftliche Erfolge in Zukunft erzielt werden.

Die Verwaltung der Schubert & Salzer Maschinenfabrik AG hatte sich vor einigen Monaten ermächtigen lassen, 2¼ Mill. RM eigene Aktien zum Kurse von 140—150 % zurückzukaufen, nachdem sie bereits 2¼ Mill. RM zu 105 % erworben hatte. Dieser Beschluß war angefochten und in erster Instanz für nichtig erklärt worden. Ob das Urteil zu billigen ist, kann ohne Kenntnis seiner Begründung nicht gesagt werden. Wohl aber verdient das *wirtschaftliche Problem*, das durch die Ausführungen der Gesellschaft vor Gericht klarer gestellt ist als vorher, eingehende Beleuchtung (vgl. auch Nr. 9, S. 436). Die Gesellschaft betont den Zwang, zwischen *Umsatz und Kapital* ein bestimmtes Verhältnis innezuhalten. Sie behauptet, bei einem auf den fünften Teil zurückgegangenen Umsatz eine Verminderung des (ursprünglich 16 Mill. RM betragenden) Aktienkapitals auf 11 Mill. RM durchführen zu müssen; das Betriebskapital sei zu groß geworden, als daß es aus dem Umsatz verzinst werden könnte. Außerdem wird es für unbedingt erforderlich erklärt, durch Herabsetzung des Aktienkapitals bedeutende Schäden in der *Ertragsfähigkeit* zu vermeiden. Die „bedeutenden Schäden“ können nur daraus entspringen, daß die Zinseinnahmen — ebenso wie der Umsatzgewinn — der *Versteuerung* (Körperschaftsteuer) unterliegen und deshalb den Aktionären nur in stark verkürztem Umfang zugeführt werden können. Es ist in der Tat nicht zweckmäßig, dauernd überschüssige Kapitalien durch eine Aktiengesellschaft anlegen zu lassen, ganz abgesehen von den oft unerfreulichen Erfahrungen, die man mit einer derartigen Kapitalverwertung hat machen müssen. Solange die Gesellschaft aus ihrer eigentlichen (produzierenden) Tätigkeit Gewinn zu erzielen vermag, solange könnte man in dem Rückkauf eigener Aktien zu günstigen Kursen eine Maßnahme erblicken, die den Interessen der Aktionäre entspricht. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob bei dem scharf gesunkenen Umsatz von Schubert & Salzer eine rentable Betätigung des Unternehmens in der Fabrikation noch gegeben ist. Möglicherweise liegt ein steuerpflichtiger Betriebsgewinn überhaupt nicht mehr vor, so daß die Zinseinnahmen nicht versteuert zu werden brauchen, weil sie lediglich den Betriebsverlust zum Ausgleich bringen. Liegen die Dinge so, dann ist der oben erwähnte *steuerliche Vorteil* — zunächst jedenfalls — illusorisch. Bei ungünstiger Geschäftsentwicklung könnte darüber hinaus der Fall eintreten, daß sich der heute noch günstig erscheinende *Rückkaufskurs* als zu hoch erweist. Es ist z. B. damit zu rechnen, daß die Debitoren starke Abschreibungen erfordern und sich die Lage der Gesellschaft dadurch wesentlich verschlechtert. So gibt der Aktienrückkauf, an dem bei einer ersten Betrachtung vom finanziellen Standpunkt der Aktionäre nicht viel auszusetzen zu sein scheint, bei näherer Untersuchung zu vielen Bedenken Anlaß — ganz unabhängig von den mannigfachen Einwänden, die aus rechtlichen Gründen, vom Standpunkt der Gläubiger und bei dem häufig berechtigten Mißtrauen gegen die Verwaltungen mancher Aktiengesellschaft generell gegen Aktienrückkäufe geltend zu machen sind.



---

**Die Verluste bei Nordwolle: 200 Millionen!**


---

Es schien schon Überraschung genug, als man vor 14 Tagen erfuhr, daß ein so stolzes Unternehmen wie die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei nicht nur seine Reserven verloren hat, die immerhin ein Drittel seines Kapitals ausmachen, sondern darüber hinaus noch eine scharfe *Sanierung* in Aussicht stellen muß. Selbst derjenige, der bei jener Veröffentlichung schon befürchtet hatte, daß sich als Ergebnis der angekündigten Prüfungen noch Schlimmeres herausstellen werde, hat eine *ernste Überraschung* erlebt: Nicht allein das ganze Eigenkapital von rund 100 Mill. RM ist verloren, sondern noch weitere 100 Mill. RM dazu! Eine Insolvenzerklärung ist unter diesen Umständen nur dann zu vermeiden, wenn die Gläubiger, die inzwischen mit 259 Mill. RM festgestellt worden sind, auf rund 40 % ihrer Forderungen freiwillig verzichten. Welches die wirklichen Ursachen dieser Verluste sind, weiß man bis jetzt noch nicht zuverlässig. Das übersteigerte Selbstgefühl der Verwaltung hat offenbar sowohl in der Organisation des gesamten Konzerns wie in der Geschäftspolitik der letzten Jahre zu schweren und verlustreichen Mißgriffen geführt. Daß man dabei in hohem Umfang mit zinspflichtigen fremden Mitteln arbeitete, hat die Sache weiter verschlimmert. Aber die Verluste sind so umfangreich, daß man zunächst glauben muß, sie seien auf diese Weise allein nicht zu erklären; wie weit persönliche Unzulänglichkeiten und andere noch unbekannte Ursachen zu den Verlusten beigetragen haben, wird also noch aufzuklären sein. Der Verlustherd, bei dem formell das Defizit entstanden ist, scheint in der Hauptsache *jene mysteriöse Tochtergesellschaft* zu sein, von der wir schon vor zwei Wochen sprachen: die N. V. Handel Mij „Ultra Mare“ in Amsterdam, die den Direktoren offenbar als „Verschiebehahn“ diente. Sie ist durch gegenseitige Verbindlichkeiten so eng mit Nordwolle verknüpft, daß man sie nicht etwa fallen lassen und Nordwolle allein sanieren kann. So bleibt also nur eine Möglichkeit, eine Zahlungseinstellung zu vermeiden: Die Bilanz muß durch den Gläubigerverzicht ausgeglichen werden. Eine starke Ermutigung für die Gläubiger bedeutet es dabei, daß *neues Kapital* von immerhin 50 oder 80 Mill. RM bereits in Aussicht steht. Eigenartigerweise kommt dieses Kapital vom *Reich*, dessen verantwortliche Instanzen offenbar der Überzeugung waren, daß die gesamte Wirtschaftslage durch einen völligen Zusammenbruch der Nordwolle eine unerträgliche Belastung erfahren würde. Es ist schwer, in einer solchen Situation zu entscheiden, ob diese Subventionspolitik gerechtfertigt ist oder nicht. Zum mindesten muß jede Möglichkeit offengehalten werden, daß sich das Reich später von diesem Engagement auf Kosten der Verantwortlichen entlastet. Als Verantwortliche wird man dabei keineswegs allein die unmittelbar schuldigen Direktoren, die Herren Lahusen, betrachten dürfen. Mögen sie auch noch so kühne Mittel zur Verschleierung ihrer Geschäfte und Verluste benutzt haben, so kann das den Aufsichtsrat und das Bankenkonsortium nicht von der Verantwortung für die großen Fehler, die hier gemacht wurden, entlasten.

---

**Beginn des Abbaus im Linoleum-Konzern**


---

Das Zusammentreffen einer übereilten Expansion mit der Krise hat den internationalen Linoleumkonzern mit den schweren Abschreibungslasten bepackt, die er in den nächsten Jahren zu bewältigen hat, und überdies ist auch sein Geschäftsertrag naturgemäß von der Krise berührt worden. Das war das Bild, das man vor ein paar Wochen aus Geschäftsbericht und Generalversammlung empfing, und wir zogen damals schon die Konsequenz, daß es nun darauf ankomme, in sparsamster Wirtschaft für eine Anpassung der Kosten an die veränderte Situation zu sorgen. Diese Anpassung scheint im Gang zu sein. Es erfolgen Einsparungen an Personal und Gehältern und — ein weithin sichtbares Symptom — die *Stilllegung* von zwei weiteren Betrieben. Bei dem Zusammenschluß der deutschen Fabriken, mit dem die Konzernbildung begann, hatten diese im ganzen sieben Betriebe: die Linoleumfabriken Hansa und Ankermarke in Delmenhorst sowie die Linoleumfabrik Maximiliansau je einen, Schlüsselmarke und Germania je zwei, nämlich einen Hauptbetrieb an ihren Stammsitzen Delmenhorst und Bietigheim und einen Zweigbetrieb im Berliner Wirtschaftsgebiet, in Cöpenick und Velten. Schon damals waren diese Werke keineswegs voll ausgenutzt, und wenn sie zunächst alle weiter in Betrieb bleiben konnten, so lediglich deshalb, weil der Umsatz unter dem Einfluß der zunehmenden Bautätigkeit und wohl auch der erfolgreichen Propaganda ziemlich rasch wuchs. Gleichzeitig ergaben sich aber aus der Fusion beträchtliche Verminderungen in der Inanspruchnahme der Betriebe, und zwar auf verschiedenen Wegen. Zunächst wurde die Zahl der Muster, die vorher unsinnig hochgetrieben war, stark reduziert, was eine bessere Ausnützung der Maschinen gestattete, denn diese hatten bis dahin einen erheblichen Teil der Arbeitszeit nicht produzieren können, weil der häufige Musterwechsel viel Zeit erforderte, angeblich bis zu 50 % der gesamten Arbeitszeit. Dann hat man die einzelnen Sorten, die bis dahin in fast allen sieben Betrieben hergestellt worden waren, so auf die Betriebe verteilt, daß sie nur noch an einer oder — die wichtigeren — an zwei Stellen fabriziert wurden. Das bedeutete naturgemäß wieder eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit. Und schließlich kamen anscheinend auch noch technische Fortschritte hinzu, die sich aus dem systematischen Vergleich der Betriebe ergaben, so daß schon seit längerer Zeit eine Konzentration der Erzeugung in einer geringen Zahl von Fabriken möglich gewesen wäre. Man hat bereits zweierlei in dieser Richtung unternommen. Es wurde in Delmenhorst der dem großen Betrieb von Schlüsselmarke benachbarte Betrieb von Ankermarke mit diesem zu einem einheitlichen Werk verbunden, während der Betrieb von Hansa und das Werk in Cöpenick stillgelegt wurden. Nun läßt man die Stilllegung von Velten und Maximiliansau folgen, so daß außer dem vereinigten Delmenhorster Werk nur noch das frühere Germania-Werk in Betrieb ist, nicht allein die größte der Fabriken, sondern auch noch in den letzten Jahren modernisiert, ebenso wie Delmenhorst. Wir möchten annehmen, daß diese beiden Werke bei voller Ausnutzung imstande sein werden, so viel oder mindestens annähernd so viel zu produzieren, wie



der Konzern in seinem besten Jahr von Deutschland aus absetzen konnte. Unter diesen Umständen bedeutet die Stilllegung zweifelsohne eine nicht unerhebliche Ersparnis, die man billigen muß. Aber andererseits muß es in dieser Situation doch sehr fraglich erscheinen, ob sich die in der letzten Generalversammlung vom damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden vorgetragene Gedankengänge über die Bewertung der stillgelegten Betriebe aufrechterhalten lassen. Er ging davon aus, daß jeder Industriebetrieb einer Produktionsreserve bedürfe und deshalb seine Maximalkapazität über der durchschnittlichen Beschäftigung halten müsse. Die Bewertung der ganzen betriebsfähigen Anlage müsse aber einheitlich erfolgen, und die zeitweilig nicht ausgenutzten Teile brauchten dabei nicht anders behandelt zu werden als die übrigen, wenn man nur im ganzen vorsichtig bewerte und abschreibe. Die stillgelegten Fabriken seien aber nichts anderes als die an einigen Stellen zusammengezogenen Produktionsreserven des Konzerns; man halte sie völlig imstand und werde sie im Fall des Bedarfs wieder in Betrieb setzen. Das klingt sehr schön, ist aber doch nur dann richtig, wenn man mit einiger Sicherheit voraussehen kann, daß man innerhalb der nächsten Konjunkturperiode wieder zur Ausnutzung der gesamten Kapazität kommt. Gerade dies kann aber nun als ausgeschlossen gelten. Selbst wenn der Absatz sich so stark erholen sollte, daß die beiden großen Werke Bietigheim und Delmenhorst nicht ausreichen, wird man doch nur einen oder höchstens zwei der stillgelegten Betriebe wieder in Gang setzen. Man sollte sich also darauf einstellen, daß mindestens zwei dieser Werke zum dauernden Abbau bestimmt sind, um nicht durch eine Vogel Strauß-Politik zu unnötigen und letzten Endes doch unproduktiven Aufwendungen für Instandhaltung zu kommen. Im Interesse des Konzerns möchte man wünschen, daß in dieser Frage wie in anderen, die nun bei der Einschränkung des Apparats akut werden, innerhalb der Verwaltung nicht etwa eine Front entstehe, auf deren einer Seite die Persönlichkeiten, die den Aufbau des Konzerns vollzogen haben, ihn weiter verteidigen, während die neuen Mitglieder des Aufsichtsratspräsidiums und der Generaldirektion auf der anderen infolgedessen den Abbau als ihre entscheidende Mission auffassen. Eine solche Front könnte nur dazu führen, daß frühere Fehler nun mit umgekehrtem Vorzeichen wiederholt werden. Eine Einstellung aller Beteiligten auf einen Umbau im nötigen und vernünftigen Ausmaß würde gewiß ein besseres Ergebnis bringen. Alles kommt auf die Anpassung der alten Führung an die veränderte sachliche und persönliche Situation an.

---

**Der Begriff  
„Unabdingbarkeit“  
bei Tarifverträgen**

---

Man schreibt uns: „Zu den wichtigsten Errungenschaften der Revolution gehört der Ausbau des

deutschen Arbeitsrechts, insbesondere die Ausgestaltung des Tarifvertragswesens. Ein anerkannter oder für allgemeinverbindlich erklärter Tarifvertrag ist 'unabdingbar'; sein Inhalt — Lohnhöhe, Arbeitszeit, Urlaub usw. — gilt als das Mindestmaß dessen, was im einzelnen Arbeitsvertrag dem Arbeitnehmer eingeräumt werden muß. Jede Vereinbarung, die diesen Mindestanforderungen nicht genügt, ist insoweit unwirksam. Der Lohn- und Gehaltsanspruch erwächst

stets in Höhe des im Tarifvertrag fixierten Minimums, auch wenn im Arbeitsvertrag ein niedrigerer Lohn vereinbart ist und ausgezahlt wird. Aber — und hier liegt eine wesentliche Lockerung des Begriffs der Unabdingbarkeit — jeder Arbeitnehmer kann, nachdem dieser Anspruch entstanden ist, auf seine Geltendmachung rechtswirksam verzichten. Es ist durchaus möglich, daß er bei der Auszahlung des untertariflichen Lohnes, freiwillig und ausdrücklich, auf die Zahlung des Restes Verzicht leistet. Es bedarf dazu nicht einmal der schriftlichen Form. Diesen Umstand haben sich die Arbeitgeber in manchen kleinen und mittelgroßen Betrieben zunutze gemacht, um eine untertarifliche Entlohnung durchzuführen, und als Waffe gegen eine solche Praxis ist daraufhin durch Druck von Seiten der Gewerkschaften in einige Tarifverträge die Klausel aufgenommen worden, daß 'ein Verzicht auf tarifmäßige Entlohnung in irgendeiner Form unwirksam ist'. Eine solche Bestimmung ist indessen in einem soeben veröffentlichten Urteil des Reichsarbeitsgerichts für bedeutungslos erklärt worden (Urteil vom 18. April 1931; RAG 456/30):

Die unabdingbare Wirkung eines Tarifvertrages erstreckt und beschränkt sich auf denjenigen Inhalt, der nach dem Willen der Vertragsparteien bestimmt und seiner Art nach auch geeignet ist, in die einzelnen Arbeitsverträge einzugehen... Solche Bestimmungen werden sich in aller Regel auf den Inhalt des Arbeitsverhältnisses selbst... beziehen. Dagegen liegt die Frage, ob und inwieweit der Arbeitnehmer nach Entstehung seines Gehaltsanspruches über dieses ihm endgültig erwachsene... Recht wirksam verfügen oder darauf verzichten kann, außerhalb des Rahmens des Arbeitsverhältnisses und ist daher einer Regelung durch den Tarifvertrag nicht zugänglich.

Dieses Urteil verdient eine kritische Würdigung. Es mag sein, daß seine praktische Bedeutung nicht sehr groß ist, zumal das Reichsarbeitsgericht recht hohe Anforderungen an einen wirksamen Verzicht auf den Restlohn stellt (insbesondere darf der Verzicht nicht unter dem Druck einer wirtschaftlichen Not ausgesprochen sein). Aber auf der anderen Seite muß die *Einengung dessen, was rechtswirksamer Inhalt eines Tarifvertrags sein kann*, befremden. Das Gericht spricht in seinem Urteil ausdrücklich davon, daß sich die Bestimmungen der Tarifverträge 'in aller Regel' auf den Inhalt des Arbeitsvertrags beziehen. Warum aber soll eine Klausel, welche die *Wirksamkeit* eines solchen Vertrags sicherstellen will, *nicht* Inhalt des Vertrags sein können? Es ist der Sinn des ganzen Tarifvertragsrechts, dem wirtschaftlich schwächeren Teil, dem Arbeitnehmer, das im Tarif festgelegte Minimum zu garantieren. Wo liegt das — wirtschaftliche oder arbeitsrechtliche — Bedürfnis, jene Bindung, die eine Unabdingbarkeit *unter allen Umständen* statuiert, für unwirksam zu erklären?"

---

**Die Spartätigkeit  
der Arbeiter**

---

Seit die „Kaufkrafttheorie der Löhne“, die in ihrer extremen Form behauptet, daß jede Lohnerhöhung eine Steigerung des *Verbrauchs* bedeutet, an Anhängern gewann, wurde der Frage ein großes Interesse entgegengebracht, welche Rolle die *Spartätigkeit bei den Angestellten und Arbeitern* innerhalb der gesamten Sparkapitalbildung Deutschlands spiele. Die Untersuchungen der Friedrich List-Ge-



sellschaft und die vom Statistischen Reichsamt durchgeführten Haushaltsrechnungen von Angestellten und Arbeitern kamen zu dem Ergebnis, daß die Kapitalbildung aus Arbeitereinkommen immerhin eine nennenswerte Größe darstellt. Einen weiteren Einblick in diese Fragen gewährt die kürzlich veröffentlichte Erhebung über die Sparkapitalbildung bei den Konsumvereinen (vgl. „Wirtschaft und Statistik“ Jahrg. 1931, Nr. 10). Im ganzen ist zwar der Umfang des bei den Konsumvereinen angesammelten Sparkapitals recht gering; der Gesamtbestand an Spareinlagen betrug am Ende des Jahres 1930 nur 447 Mill. RM, d. h. nur 3,2 % des gesamten statistisch erfaßten Sparkapitals. Beachtlich ist hingegen das rasche Tempo, in dem diese Einlagen anstiegen. Während die übrigen Sparinstitute den Einlagenbestand der Vorkriegszeit noch längst nicht erreicht hatten, konnten die Konsumvereine den Vorkriegsstand weit überschreiten. Im Vergleich zum Jahre 1913 betrugen die Spareinlagen am Jahresende 1930 bei den Konsumvereinen 644 %, bei den landwirtschaftlichen Genossenschaftsbanken 82 %, bei den landwirtschaftlichen Spar- und Darlehnskassen 72 %, bei den Sparkassen (ohne die aufgewerteten Einlagen) 55 %. Zweifellos hat die hohe Aufwertung der Spareinlagen durch die Konsumvereine (teilweise 40 % und mehr) den Zufluß von Spargeldern stark begünstigt. Im übrigen erklärt sich das Anwachsen der Einlagen daraus, daß das Spargeschäft der Konsumvereine vor dem Krieg noch im Aufbau begriffen war, während die Sparkassen und Genossenschaftsbanken damals einen großen Einlagenbestand angesammelt hatten. Dennoch ist die Entwicklung der Konsumvereins-Sparkassen erstaunlich groß. Sie kann die Annahme rechtfertigen, daß Spartätigkeit und Sparwille eines Teils der Arbeiter und Angestellten in der Nachkriegszeit eher zu- als abgenommen haben. Man braucht dabei nicht nur auf die nach der Inflation eingetretenen Lohnsteigerungen und Gehaltsaufbesserungen zu verweisen; mindestens ebenso große Bedeutung kommt den Veränderungen auf der *Ausgabenseite* zu, die in Wandlungen der Haushaltsgröße und der Haushaltsführung begründet sind. Die Geburtenbeschränkung hat sich in der Arbeiterschaft während der letzten Jahre mit großer Geschwindigkeit ausgebreitet — die Kinderzahl je Familie ist überaus stark gefallen — und mit dieser Entwicklung verband sich eine Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit. Diese Wandlungen müssen, wie die Haushaltsrechnungen zeigen, eine starke Entlastung der Haushalte zur Folge haben, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Einkommenszuwachs nicht ganz zur Steigerung der Lebenshaltung verwandt worden ist, sondern teilweise den Weg in die Sparkassen der Konsumvereine gefunden hat.

---

**Deutschlands  
Zahlungsbilanz im ersten  
Halbjahr 1931**

---

Die von der Reichs-Kredit-Gesellschaft im letzten Halbjahresbericht vorgenommene „Vorschätzung“ der deutschen Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 1931 ergänzt das Bild der von Dr. Konrad Zweig kürzlich untersuchten Zahlungsbilanz des vergangenen Jahres (s. Nr. 27 S. 1071). Die Charakteristika sind die gleichen geblieben: *Handels- und Dienstbilanz* sind mit über 1 Milliarde RM aktiv, und die *Kapital-einfuhr* ist weiter auf 200 Mill. RM (ausschließlich

des Rediskontkredits der Reichsbank) gesunken, während die *Kapitalausfuhr* im ersten Halbjahr rund 1,4 Milliarden beträgt. Seit dem 1. Juli dieses Jahres sind darüber hinaus ungefähr 500 Millionen RM abgezogen worden. Diese Kapitalausfuhr hat aber nicht zu einer größeren Warenausfuhr, sondern ausschließlich zu Gold- und Devisenabgaben der Reichsbank geführt. Seit der Reichstagsauflösung im August 1930 ist der Zinsmechanismus der internationalen Geldmärkte fast völlig außer Kraft. Die Kreditströme fließen aus psychologischen wie politischen Motiven entgegen dem Zinsgefälle, das Ende Juni 1931 auf über 8 % gegenüber den ausländischen Geldmärkten angestiegen ist. Die Aktivität der Handelsbilanz rührt, wie im Vorjahre, aus einem scharfen Rückgang der Einfuhr und einem geringeren Rückgang der Ausfuhr her. Die Abdeckung der starren deutschen Verpflichtungen — Reparationen und Auslandszinsen — ist also wiederum in der Hauptsache durch Einschränkungen des inneren Konsums (infolge weiterer Lohnsenkung, Einführung von Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Steuererhöhung) erzwungen worden. An Auslandsanleihen wurden im ersten Halbjahr nur 105 Mill. RM gewährt. Durch Aktienverkauf sind 120 Millionen bei Gelegenheit der Bewag-Transaktion eingeflossen. Dennoch ist die Devisen-Situation durch diese wiederum vorzüglich fiskalischen Zwecken dienenden Kredite nicht wesentlich erleichtert worden, da sie in der Hauptsache aus bestehenden Markguthaben eingezahlt wurden. Die wichtigste in der Zahlungsbilanz zum Ausdruck kommende Tatsache ist der *Abfluß von fast 2 Milliarden RM* ausländischer (hauptsächlich amerikanischer und englischer) Gelder; das sind mehr als 15 % der gesamten Kreditoren, die die Kreditbanken Ende Mai auswiesen. Zusammen mit den Abflüssen an Auslandsgeldern, die schon in den Monaten September bis November 1930 stattgefunden haben, dürften die ausländischen Kreditoren — ausschließlich der Rembours-Kredite — auf weniger als 50 % der Höchstsumme vom Frühjahr 1930 zurückgegangen sein. In den zuletzt genannten Zahlen ist die Kapitalflucht des Publikums noch nicht enthalten; außerdem kommt in ihnen die — seit einigen Monaten deutlich zu beobachtende — Zurückhaltung in der Überführung von Exportdevisen nach Deutschland nicht zum Ausdruck. — Es handelt sich zwar bei diesen Zahlen zunächst um Schätzungen, die schon wegen des frühen Zeitpunkts, in dem sie veröffentlicht werden, mit großen Vorbehalten aufzunehmen sind. Dennoch ist anzunehmen, daß sie mit den endgültigen Zahlen (die übrigens ebenfalls großenteils auf Schätzungen beruhen) im wesentlichen übereinstimmen.

---

**Das Wiener Haus  
Rothschild nimmt Kredit auf**

---

Man schreibt uns aus Wien: „Ein ganz ungewöhnlicher Zustand: Das Bankhaus Rothschild in Wien muß seit einiger Zeit Kredit in Anspruch nehmen. Das hat zu Gerüchten über Schwierigkeiten Anlaß gegeben, und es hieß, daß Louis Rothschild Geschäft und Umsatz in Österreich liquidieren wolle. Davon ist wohl keine Rede. Der Zusammenbruch der Österreichischen Credit-Anstalt, die Schwierigkeiten der Ungarischen Creditbank, noch mehr aber das Moratorium der Amstelbank, an der Rothschild und die Österreichische Credit-Anstalt je zur Hälfte be-



teiligt sind, brachten große Verluste, wenn auch lange nicht so groß, wie gerüchtweise verlautet, vor allem aber eine *Vertrauenseinbuße*. Rothschild besitzt die Witkowitz Eisenwerke und ist als Konsorte seiner Banken an vielen Industrieunternehmungen in Österreich und den Nachbarstaaten beteiligt. Das Privatvermögen umfaßt Großgrundstücke, Häuser, riesige Landgüter und sehr wertvolle Kunstschätze. Mit dem Rückgang der Aktienkurse hat sich wohl der Wert des Aktienbesitzes stark vermindert. Wesentlich ist, daß er nicht oder nur sehr schwer realisierbar ist. Die großen flüssigen Mittel des Bankhauses, sein Kennzeichen — denn zu allen Zeiten war Rothschild nicht Geldnehmer, sondern immer -geber —, wurden weniger durch die Anzahlung bei der Österreichischen Credit-Anstalt als durch das Fälligwerden von Haftungen für die Amstelbank aufgezehrt, ja mehr als das: sie reichten nicht mehr aus, sondern das Bankhaus mußte Geld aufnehmen, wohl nur bei den Schwesterbanken, aber es wurde doch bekannt. Daß die Amstelbank trotz der Erfüllung der Haftverpflichtungen Rothschilds ein Moratorium nachsuchen mußte, hat seinen Grund darin, daß Rothschild nicht auch jenen Teil der Haftungen, der auf die Credit-Anstalt entfällt, erfüllen wollte.“

---

#### Ungarische Schatzscheinanleihe — Ungarische Kreditbank

---

Man schreibt uns: „Eine halbamtliche ungarische Erklärung besagt, daß die ungarische Regierung

durch Intervention der BIZ mit einem internationalen Bankensyndikat eine eineinhalbjährige Schatzscheinanleihe von 4 Mill. £ so gut wie abgeschlossen habe. Eine weitere Million Pfund Sterling wird bei den Budapester Banken untergebracht. Die Bedingungen dieser Anleihe sind noch nicht veröffentlicht. Über ihren Zweck gibt es verschiedene offiziöse Deutungen: Die schon längst in Aussicht genommene langfristige Staatsanleihe konnte infolge der ungünstigen Geldmarktverhältnisse bisher nicht begeben werden, man habe daher kurzfristige Vorschüsse auf die Anleihe in Anspruch nehmen müssen, die nun durch die längerfristigen Staatsscheine konsolidiert werden sollen. Dann aber heißt es wieder, daß ein besonderer Fall die Begebung der Anleihe unaufschiebbar gemacht habe und daß man von der Anleihe eine fühlbare Erleichterung der Finanzlage des Staates und des Geldmarktes erwarte. Was geht da wirklich vor? Ungarn, das gleich Österreich vom Völkerbund saniert worden ist, steht auch unter Kontrolle eines internationalen Komitees, von dem wohl nur eine Zustimmung zu einer Investitionsanleihe zu erhalten ist, nicht aber zu einer Anleihe zur Deckung eines Budgetfehlbetrages, es sei denn, Ungarn befinde sich in einer ähnlichen Bedrängnis, in der Österreich durch die Credit-Anstalt geraten ist. Das dürfte auch bis zu einem gewissen Grad der Fall sein. Die ungarischen Finanzen haben sich in den letzten zwei Jahren sehr ungünstig gestaltet. Es ist dies eine Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise, vor allem der Agrarkrise. In den ersten sieben Monaten des laufenden Budgetjahres sind die Einnahmen — gegen das Vorjahr — von 475 auf 415 Mill. Pengö gefallen, und in den nächsten 5 Monaten ist mit einem weiteren Ausfall zu rechnen. Die Einnahmehinderung sollte durch Sparmaßnahmen ausgeglichen werden, die aber bisher wohl kaum eine

wesentliche Wirkung gehabt haben. Aber nur ein kleiner Teil der Schatzscheinanleihe dürfte zur Defizitdeckung, das heißt zur Rückzahlung kurzfristiger Kredite, die der Staat bei den ungarischen Banken aufgenommen hat, verwendet werden. Was geschieht nun mit dem übrigen Anleiheerlös? Die Banken selbst waren es, die auf die Rückzahlung der Kredite durch den Staat bestehen mußten. Wie fast alle Nachbarländer Österreichs, ist auch Ungarn (und dies nach Deutschland wohl am stärksten) von der Mißtrauenskrise betroffen worden. Die westlichen Geldgeber zogen ihre Kredite ab, aber auch die inländischen Einleger kündigten zum Teil ihre Guthaben bei den Banken. Die Ungarische Nationalbank, deren Gold- und Devisenschatz nur verhältnismäßig wenig die gesetzlich vorgeschriebene Höhe übersteigt, konnte der Wirtschaft gegen diese Entwicklung auf die Dauer keine ausreichende Stütze bieten. Von Ende April bis Ende Juni hat sich der Gold- und Devisenbestand der Notenbank um 37 auf 136 Mill. P vermindert, das Wechselportefeuille hat sich um 16 auf 279 Mill. erhöht, der Geldmittelumlauf ist von 436 auf 432 Mill. zurückgegangen. Immerhin ist die Notendeckung von rund 40 auf 33 % gesunken. Im übrigen werden die Devisenabzüge des Auslandes aus Ungarn auf insgesamt etwa 100 Mill. P geschätzt. — Vielleicht hätte sich die Lage in Ungarn nicht so kritisch zugespitzt, wenn es nicht dort auch einen besonderen Krisenherd gäbe, nämlich die *Ungarische Allgemeine Kreditbank*, die zweite Rothschild-Bank im Gebiet der alten österreichisch-ungarischen Monarchie. Zwischen der Österreichischen Credit-Anstalt und der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank gibt es längst keine gegenseitige Aktienbeteiligung mehr. Hingegen ist bei beiden Louis Rothschild beteiligt; er hat in Wien und Budapest die Präsidentenstelle inne. Wesentlich ist, daß die zwei Rothschild-Banken viele gemeinsame Geschäfte haben und daß sie viele industrielle Konzernunternehmungen gemeinsam beherrschen. Grund genug, daß sich nach dem Fall der Österreichischen Credit-Anstalt auch gegen die Ungarische Allgemeine Kreditbank großes Mißtrauen richtete. Die Ungarische Allgemeine Kreditbank ist das größte ungarische Kreditinstitut, das 41,4 Mill. P Aktienkapital und 23,2 Mill. P Reserven ausweist und dafür noch für 1930 9 % gegen 11 % Dividende i. V. verteilt hat. Die fremden Gelder betragen Ende 1930 345 Mill. P, sie waren zu 38 % in Kassebeständen, Bankguthaben und Wechsel angelegt. Die Debitoren betragen 216 Mill. P. An Beteiligungen werden 55 Mill. P ausgewiesen, an Wertpapieren 18 Mill. P. Diese Zahlen geben natürlich kaum einen Einblick in die wirkliche Lage der Bank, die den größten Industriekonzern von den ungarischen Banken besitzt und bei der somit auch ein sehr großer Teil der Debitoren auf Kredite an Konzernunternehmungen entfällt. Die schwere Wirtschaftskrise Ungarns, die dort bereits seit Ende 1928 fühlbar ist, also länger als in Österreich oder gar in der Tschechoslowakei, hat auch die Ungarische Allgemeine Kreditbank, das Geldinstitut eines sehr großen Teils der ungarischen Industrie, schwerer betroffen als andere ungarische Banken. Die gegenwärtige Mißtrauenskrise hat ihr das Durchhalten zumindest außerordentlich erschwert, und es ist anzunehmen, daß nun auch in Ungarn der Staat — schon wegen der wichtigen Stellung dieser



Bank in der ungarischen Wirtschaft — einspringen und wahrscheinlich den größeren Teil des Schatzscheinanleihe-Erlöses zur Stützung der Bank verwenden wird. Trotz der Dementis, ist wohl die Kreditbank der „besondere Fall“, der die Begebung der Staatsanleihe unaufschiebbar gemacht hat.“

### Ein neues Abkommen im Uhrengewerbe

Im Uhrengewerbe ist das Verhältnis zwischen Industrie und Handel von jeher besonders eigenartig gewesen. Stärker als in allen anderen Branchen ist der Uhrenhändler ein Fachhändler, ein „Uhrmacher“; größer als bei anderen Artikeln ist die Unfähigkeit des Käufers, ohne sachkundige Beratung den Wert des Artikels richtig einzuschätzen. Diese Sachlage erklärt es, daß lange Zeit *Fabrikmarken* im Uhrengewerbe unbekannt waren, während der Uhrenhandel, der sich vermöge seines stark ausgeprägten Standesbewußtseins straff organisiert hatte, zwei bedeutende *Handelsmarken* („Alpina“ und „ZentRa“) ausgebildet hat. Mit dem Vordringen der Warenhäuser, die in Stapelartikeln (vor allem in Weckuhren) immer größere Umsätze erzielten, tauchten zahlreiche neue Probleme auf, die seinerzeit von Dr. *Hans Brückmann* im *MdW* dargestellt wurden (s. Jahrgang 1930, Nr. 42, S. 1944). Im ganzen hat der Uhrenfachhandel seine Forderungen gegenüber der Industrie stets durchsetzen können. Es ist zwar während der letzten Jahre eine ganze Reihe von Verstößen gegen die Abmachungen zwischen Industrie und Handel festgestellt worden; vor allem tauchten bei den Warenhäusern häufig die inzwischen in stärkerem Umfang geschaffenen *Fabrikmarken-Artikel* auf. Aber die Stellung des Uhrenfachhandels blieb doch stets außerordentlich stark; mit Erfolg hat er sich z. B. dagegen gewehrt, daß die Fabriken Markenware mit Preisbindungen für den letzten Verkäufer auf den Markt brachten (er befürchtete, daß die Uhr dadurch immer stärker ein „vertretbares“ Gut werden könne). Auch ein neues Abkommen, das zwischen den führenden Uhrenfabriken und dem Zentralverband der deutschen Uhrmacher abgeschlossen wurde, stellt im ganzen einen Erfolg des Handels dar. Mit Ausnahme einiger Sonderartikel (elektrische Uhren, Sparuhren usw.) werden danach in Zukunft alle Uhren mit *Fabrikmarken ausschließlich durch die Uhrenfachgeschäfte* abgesetzt; ein kompliziertes und vielfach gesichertes System von Vertragsstrafen und Sperren soll verhindern, daß diese Bestimmung umgangen wird. Im einzelnen enthält der Vertrag zwar nur in Nebenpunkten eine grundsätzlich neue Regelung. Es scheint aber, daß eine lückenlose Durchführung nunmehr gesichert ist. Dieser Erfolg des Fachhandels ist nicht ohne weiteres zu begrüßen. In den letzten Jahren sind viele Artikel mit *Fabrikmarken* entstanden, die sich durchaus zum Verkauf in Warenhäusern eignen. Gerade dadurch, daß die Warenhäuser auf den Absatz markenloser Artikel beschränkt werden, kann der Konsument, der die Qualität dieser Ware nur schwer zu beurteilen vermag, leicht benachteiligt werden.

### Die Otavi-Gesellschaft in der Depression

Die *Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft* hat im Jahre 1930 offenbar versucht, die Folgen der rückgängigen Metallpreise durch Produktionssteigerungen auszugleichen. Dieser Versuch ist aber offensichtlich nicht geglückt. Die *Erzförderung* ist von 184 000 auf 215 000 t gestiegen, dagegen konnten an fremde Hütten nur 45 000 t Erz abgesetzt werden gegen 53 000 t im Vorjahr. Auch die eigene Hüttenproduktion ist etwas erhöht worden, sie belief sich auf 15 000 t Kupferstein (im Vorjahr 15 000 t) und 3661 t Werkblei (im Vorjahr 2802 t). Auch hiervon sind erhebliche Bestände auf Lager geblieben. Die Politik eines Ausgleiches rückgängiger Erlöse durch erhöhte Produktion ist demnach an der Ungunst der allgemeinen Verhältnisse gescheitert. Das kommt auch im *Gewinnergebnis* deutlich zum Ausdruck: Die Einnahmen sanken von 902 000 auf 571 000 £, und wenn auch die allgemeinen Unkosten sowie die reinen Betriebsausgaben im Bergbau gesenkt und die Abschreibungen um 45 000 £ ermäßigt worden sind, so

bleibt doch nur ein Reingewinn von 11 000 gegen 155 000 £ im Vorjahr. Hieraus wird *eine Dividende nicht verteilt*, während 1929 noch 16% % ausgeschüttet wurden. Die Frage ist, ob diese Dividendenpolitik nicht etwas rigoros ist. Einerseits hat die *Otavi-Gesellschaft* in den vorangegangenen Jahren trotz relativ hoher Ausschüttungen sicherlich große Reserven angesammelt; zweitens hat sie in ihren Vanadium-Betrieben auch noch im Jahre 1930 — bei verringertem Absatz — Gewinne erzielt, die freilich nicht direkt über ihr eigenes Gewinnkonto gelaufen sein dürften. In Fachkreisen ist man der Auffassung, daß *Otavi* selbst bei Stilllegung der *Tsumeb-Grube* aus dem Vanadium-Geschäft im Jahre 1930 noch eine (wenn auch nicht große) Dividende hätte verteilen können. Die Stilllegung wird übrigens ernstlich erwogen. Es scheint, daß man Mitte Juni hierzu bereits entschlossen gewesen ist; dann brachte jedoch der „Hoover-Boom“ auch für die Rentabilität des Erzbergbaus in *Tsumeb* vorübergehend bessere Aussichten. Inzwischen ist der Kupferpreis erneut ermäßigt worden, und wenn auch Blei und Zink etwas besser als Mitte Juni notieren, so dürfte die Generalversammlung vielleicht doch von der beabsichtigten Stilllegung unterrichtet werden. Von den *Beteiligungen* der Gesellschaft hat die *Otavi Exploring Syndicate Ltd.*, deren Kapital sich zu etwa 45 % im Besitze der *Otavi Minen- und Eisenbahngesellschaft* befindet, befriedigend gearbeitet; hier handelt es sich um die oben erwähnten Vanadiumvorkommen. Dagegen ist die *Bauxit Trust AG* erwartungsgemäß dividendenlos geblieben.

### Personalia

Die Generalversammlung der *Rütgerswerke-AG* wählte folgende Herren in den Aufsichtsrat: Oberbürgermeister Dr. *Külz* (Dresden), Bürgermeister Dr. *Fritz Elsas* (Berlin), Bankier Dr. *Julius Mankiewicz* (Firma Jacob S. H. Stern in Frankfurt a. M.) und Rechtsanwalt Dr. *Wilhelm Köppel* (Berliner Handels-Gesellschaft).

Am 30. Juni ist Geheimrat *Felix Heimann* aus Gesundheitsrücksichten aus dem Vorstande der *Reichs-Kredit-Gesellschaft* ausgeschieden; seine Zuwahl in den Aufsichtsrat wird demnächst erfolgen.

Das Vorstandsmitglied der *Commerz- und Privat-Bank*, Generalkonsul *Friedrich H. Neubourg*, der Leiter der *Auslandsabteilung* des Instituts, ist am 9. Juli im Alter von 51 Jahren gestorben.

Der Seniorchef des vor einiger Zeit von der *Dresdner Bank* übernommenen Bankhauses *Reinhold Steckner* in Halle a. S., Geheimrat Dr. *Emil Steckner*, ist im Alter von 84 Jahren gestorben.

Auf seinen Wunsch ist Konsul *Eugen Naumann* am 1. Juli aus der Leitung der *Leipziger Filiale* der *DD-Bank* ausgeschieden.

Am 1. Juli ist Dr. rer. pol. h. c. *Ferdinand Bausback* aus der Bankfirma *Hugo Oppenheim & Sohn*, Berlin, als persönlich haftender Gesellschafter ausgeschieden, bleibt aber als stiller Gesellschafter beteiligt. Dr. *Bausback* gehört jetzt der *Verwaltung* der *Ullstein AG* an.

Zum Generaldirektor der *Österreichischen Credit-Anstalt* wurde vom Ministerrat Finanzminister a. D. Dr. *Alexander Spitzmüller* bestimmt; als neue Vorstandsmitglieder sind ferner der bisherige Generaldirektor der *Österreichischen Kontrollbank für Industrie und Handel*, Dr. *Franz Rottenberg*, der Direktor der *Hauptbank für Tirol und Vorarlberg*, Dr. *Joseph Joham*, sowie Ingenieur *E. Heller* berufen worden. Der bisherige Leiter des Vorstandes, Dr. *Ludwig von Neurath*, ist zurückgetreten.



An der Kölner Universität wurde Professor Dr. *Bruno Kuske*, der Wirtschaftshistoriker der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät, zum Rektor für das Jahr 1931/32 gewählt.

Die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Bonn hat Ministerialdirektor *Friedrich Trendelenburg* wegen seiner Verdienste um das Konkordat und den protestantischen Kirchenvertrag zum Ehrendoktor ernannt.

Die Technische Hochschule zu Breslau hat dem Generaldirektor der Schlesische Bergwerks- und Hütten-AG in Beuthen, *Bergrat Franz Drescher*, die Würde eines Ehrendoktors der Ingenieurwissenschaften verliehen.

Das Vorstandsmitglied der Porzellanfabrik Kahla, Direktor *J. F. Scheid*, wurde von der Technischen Hochschule in Dresden zum Ehrendoktor ernannt.

Die Technische Hochschule Charlottenburg hat den Direktor der Orenstein & Koppel AG, *Hugo Schröder*, und den Generaldirektor der Großkraftwerk Franken AG, *Carl Coninx*, zu Ehrensenatoren ernannt.

Der Ordinarius für neuere und mittlere Geschichte, insbesondere Wirtschaftsgeschichte, an der Universität Münster, Professor Dr. *Hermann Wätjen*, ist zum außerordentlichen Mitglied der „Maatschappij der Nederlandsche Letterkunde te Leiden“ ernannt worden.

## Literatur

*Finanzen und Steuern im In- und Ausland*, bearbeitet vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1930, Reimar Hobbing. 896 Seiten. — Preis 10 RM.

Dieses Handbuch stellt sozusagen den Rechenschaftsbericht der großen finanzstatistischen Abteilung des Reichsamts dar, die in den Jahren seit 1925 aufgebaut worden ist. Die Fülle des gebotenen Materials, die man hier mit einem Blick überschauen kann, und die Sorgfalt der wissenschaftlichen Durcharbeitung läßt es erneut bedauern, daß vornehmlich diese Abteilung in ganz ungewöhnlichem Maße den jüngsten Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen ist, und zwar in einem Grade, der nicht nur gewisse an sich noch erträgliche Vereinfachungen — insbesondere Zusammenfassung der Ergebnisse mehrerer Jahre — nötig machen, sondern wichtige Zweige des neuen Arbeitsgebiets zum Absterben bringen wird. — Das Werk enthält nicht nur eine Zusammenfassung der Steuerstatistik und der Ausgabenstatistik im üblichen Sinne des Wortes, sondern bringt darüber hinaus ein umfassendes verwaltungswissenschaftliches Material als Beurteilungsgrundlage eines internationalen Finanz- und Steuervergleichs. Bei Durchsicht entdeckt man immer neue statistische Zusammenstellungen. Der *Verwaltungsaufbau* der vornehmlich behandelten ausländischen Staaten (Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Vereinigte Staaten) ist in übersichtlichen Tabellen zusammengestellt, so daß ohne allzu große Mühe die organisatorische Struktur dieser Staaten verglichen werden kann; die wichtigsten Unterschiede werden in einem besonderen Textteil herausgearbeitet. In gleicher Weise ist das Material über den Finanzausgleich in den ausländischen Bundesstaaten (Österreich, Schweiz, Vereinigte Staaten) auf eine verwaltungswissenschaftliche Grundlage gestellt. Auch die Lehre von der Schuldenpolitik erfährt eine wichtige Bereicherung durch die Darstellung des Verhältnisses von Staatshaushalt und Kassengebarung im Ausland; der Finanzpolitiker wird auch das statistische Material zur Entwicklung der Finanzen anderer ausländischer Staaten, das nur in Anlehnung an die Originalausweise, ohne systematische Aufarbeitung gegeben werden konnte, dankbar begrüßen.

Auf Einzelheiten kann hier um so weniger eingegangen werden, als es sich zum größten Teil um Auszüge aus den zahlreichen Sonderpublikationen des Reichsamts handelt, die jeweils ihre besondere Würdigung schon erfahren haben. Einige kurze Bemerkungen mögen hier immerhin am Platz sein, um auf wünschenswerte Ergänzungen hinzuweisen. So ist in der Detailübersicht der Steuereinnahmen, die ohnehin nur bis 1927/28 geht, nicht überall die wünschenswerte Spezialisierung vorgenommen: über die Entwicklung der Lohneinkommensteuer, der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer getrennt kann man sich nur bis zum Jahr 1926 orientieren. Ein entsprechendes Beispiel auf der Ausgabe Seite stellt die Statistik der Kriegsversorgungs Ausgaben dar, wo wir — ebenso wie übrigens im Reichshaushaltsplan — eine getrennte Aufstellung der Kriegsrentenbeträge vermissen, die für Witwen und Waisen bezahlt werden, so daß für

den Außenstehenden ein Urteil über die zukünftige Entwicklung nicht möglich ist. Auffällig ist weiter, daß man in dem zweiten Hauptteil in den Vergleichstabellen, die die Statistik der ausländischen Finanz behandeln, davon abgesehen hat, jeweils den behandelten ausländischen Staaten die entsprechenden Ergebnisse für Deutschland zur Seite zu stellen. Meist läßt sich das aus dem ersten Teil ergänzen, wenn auch häufig nur mit erheblicher Mühe. Eine oder die andere interessante, für das Ausland vorgelegte Statistik fehlt für Deutschland, so z. B. die Verteilung des Volkseinkommens auf fundiertes und unfundiertes Einkommen. Für solche Ergänzungen ließe sich dadurch Raum schaffen, daß nicht in so weitgehendem Maße, wie es geschehen ist, die Umrechnung ausländischer oder inländischer Geldbeträge in *Vorkriegskaufkraft* vorgenommen wird, besonders dort nicht, wo ein Vergleich mit der Vorkriegszeit nicht gegeben wird; so ließen sich die Bestimmungen über die tarifliche Einkommensteuerermäßigung am einfachsten in Reichsmark wiedergeben statt in einer doppelten Tabelle in Auslandswährung und in Mark von Vorkriegskaufkraft.

Dies sind natürlich nur nebensächliche Bemerkungen. Im ganzen muß man dem Reichsamt für die Fülle des gebotenen Materials um so mehr dankbar sein, als es für den einzelnen auf die Dauer nicht möglich wäre, die zahlreichen Einzelpublikationen finanzstatistischen Inhalts zu erwerben.

Kiel

Hans Neisser

*Hundhausen, Carl: Kundenwerbung amerikanischer Banken* (Financial Advertising). Berlin 1929. Verlagsbuchhandlung Leopold Weiß. 350 Seiten. — Preis 36 RM.

Den Deutschen wird oft der Vorwurf einer allzu gläubigen Übernahme amerikanischer Geschäftsgepflogenheiten gemacht. Der Leser des Hundhausenschen Buches gelangt schnell zu der Erkenntnis, daß dieser Vorwurf für das Gebiet der Bankenreklame nicht zutrifft. Die Arbeit will den Sinn und den Aufbau der Werbetätigkeit der amerikanischen Banken aufzeigen. Die Art und Weise, wie die allgemeinen Probleme der Bankpropaganda sowie die technischen Einzelheiten über Finanzanzeigen, Kostenrechnung, Insertionspläne usw. behandelt werden, macht das Buch zu einer wertvollen Lektüre und — dank ausgezeichnete Literatur- und Stichwortangaben — auch zu einem brauchbaren Nachschlagewerk.

In einem besonderen Kapitel unternimmt Hundhausen den Versuch, den deutschen Leser von den Vorteilen der amerikanischen Bankwerbung zu überzeugen; er gelingt ihm aber nicht überzeugend. Die Verhältnisse in den beiden Ländern sind nicht vergleichbar. Das Kriterium einer erfolgreichen Bankreklame ist ein kapitalkräftiges Publikum, an das sie sich wenden kann. In Deutschland trifft sie im wesentlichen Kreise, die zum großen Teil bereits Kunden der Sparkassen oder der Versicherungsgesell-



schaften sind, und man hat sich bekanntlich in den letzten Jahren bemüht, durch rücksichtsvolle Werbemethoden Reibungen zwischen den Banken und Sparkassen nach Möglichkeit zu vermeiden. Damit sind der Werbetätigkeit bestimmte Grenzen gesetzt. Daneben spielte aber auch der Unkostenfaktor immer eine erhebliche Rolle. Es darf nicht vergessen werden, daß in den Vereinigten Staaten die Ausgestaltung der Bankreklame in eine Zeit stärksten Konjunkturaufstieges fiel. Das ständige Anwachsen der Bilanzzahlen mußte eine regelmäßige Propagandatätigkeit auf statistischer Vergleichsgrundlage herausfordern. Heute ist es auch drüben ruhiger geworden. Der Anzeigenindex der Magazine, Tageszeitungen usw., zunächst noch bemerkenswert widerstandsfähig gegen die Konjunkturfälle, zeigt gerade in den letzten Monaten einen starken Abstieg. Die Banken beschränken sich mehr und mehr auf die rein sachliche Wiedergabe ihrer Geschäftszahlen und eine Darstellung ihres „Service“, die den propagandistischen Zweck hinter dem informativ-statistischen zurücktreten läßt. Die trübe Börsenlage zwingt zu einer maßvollen Sprache, „headlines“ und Bilder sind bescheidener geworden.

Viele Versprechungen, die in Werbeschriften oder Inseraten in den Jahren des Aufschwunges dem Kapitalisten gemacht wurden, nötigen heute zu einem Lächeln, aber trotzdem hat man beim Durchblättern des Hundhausenschen Buches im allgemeinen nicht den Eindruck, daß es schlechte oder unwürdige Reklame gewesen sei. Wir können hinsichtlich der Form und des logisch-knappen Inhalts der Finanzanzeigen viel von der amerikanischen Bankwerbung lernen, ohne von unserer grundsätzlichen Zurückhaltung in der Werbefrage abgehen zu brauchen.

Berlin

Dr. Robert Arzet

Schulze, F. W.: *Die Warenkunde des Kolonialwaren-Einzelhandels*. Berlin 1930. Edeka-Verlagsgesellschaft m. b. H. 204 Seiten. — Preis 5 RM.

Der Verfasser, ein alter praktischer Fachmann des Kolonialwaren-Einzelhandels, hat dieses Buch „aus der Praxis für die Praxis“ geschrieben. Das hat seinen Vorteil und seine Nachteile. Der Nachteil liegt darin, daß das Buch ein wenig unsystematisch aufgebaut ist und vielleicht auch jenen größeren Zusammenhängen nicht voll Rechnung trägt (oder tragen will), in denen die Waren des Kolonialwaren-Einzelhandels stehen. Aber diese Nachteile werden dadurch aufgewogen, daß das Buch für die Kreise, für die es bestimmt ist, große Vorzüge besitzt. In mehr als 50 Abteilungen schildert es alle wichtigen Warengruppen, die für den Kolonialwaren-Einzelhandel überhaupt in Frage kommen, von den getrockneten Früchten bis zu Milch und Milcherzeugnissen, von den Fischkonserven bis zum Kaffee, von der Gurke bis zu den Ölen und Fetten. Besonders eingehende Behandlung erfährt der Kaffee, bei dem auch auf Einzelheiten, wie Marke, Geschmacksunterschiede der einzelnen Herkünfte, Röstung, Kaffeemischungen usw. eingegangen wird. Die Behandlung des Tees ist fast ebenso ausführlich, obgleich der Tee bekanntlich in Deutschland keine sonderlich große Rolle spielt; angesichts der außerordentlich verschiedenen Arten von Tee, die auf dem Markt sind, ist diese Ausführlichkeit trotzdem sehr zu begrüßen. Ob es notwendig war, in vielen Fällen die gesamten auf die Waren bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen (Lebensmittelgesetz) ausführlich wiederzugeben, ist eine Frage, die wohl von verschiedenen Lesern verschieden beurteilt werden wird. Bedeutsamer erschiene uns für zukünftige Auflagen eine etwas stärkere Berücksichtigung der *Vorstufen* vor dem Kolonialwaren-Einzelhandel, d. h. der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und Handelsformen. Insbesondere bei Waren geringerer Wichtigkeit — Gewürze, getrocknete Früchte usw. — enthält das Buch eine Menge sonst schwer zugänglichen Stoffes.

Berlin

Hans Hirschstein

Heinecke, Dr. G. E.: *Revision des Young-Plans!* Berlin 1931, Reichsverband der Deutschen Industrie. 63 Seiten.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie legt eine kurze Darstellung des historischen Ablaufs der Reparationsfrage und eine zusammenfassende Übersicht über die unter dem neuen Plan geltenden Bestimmungen vor. Im Anschluß daran werden die Revisionsgründe — moralische, rechtliche, historische, politische, wirtschaftliche — diskutiert und die im Rahmen des Young-Plans sowie die außerhalb des Planes liegenden Möglichkeiten, eine neue Regelung zu finden, untersucht. Dabei wird auf die Feststellung Wert gelegt, daß eine Revision auch im gesamt-europäischen und weltwirtschaftlichen Interesse liegt und eine entschiedene Herabsetzung der Verpflichtungen auf evolutionärem Wege das sicherste Mittel darstellt, revolutionäre Lösungsversuche zu vermeiden.

Schneider, Gustav, *Vorsteher des Gewerkschaftsbundes der Angestellten: Die geistigen Grundlagen der GDA-Arbeit*. (Schriftenreihe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Nr. 51.) Berlin 1930. Sieben-Stäbe-Verlags- und Druckereigesellschaft mbH. 32 Seiten.

Das Heft enthält die Niederschrift des Vortrags, den Gustav Schneider am 21. September 1930 in München auf dem 5. Deutschen Angestelltentag des Gewerkschaftsbundes der Angestellten gehalten hat. Der Verfasser setzt sich für eine Demokratisierung des Wirtschaftslebens ein, bekämpft aber die „sozialistische“ Wirtschaftsdemokratie Naphtalis. Schneider verurteilt den Klassenkampf und vertritt die Anschauung, daß nur der freie, geordnete Rechtsstaat die Menschheit weiterführen kann. Mit besonderer Schärfe wendet er sich gegen die Kartellwirtschaft und die Überspannung der Zölle.

## Zeitschriften - Literatur

Neisser, Hans: *Der Gegensatz von „anschaulich“ und „rational“ in der Geschichte der Volkswirtschaftslehre*. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 65. Band, 2. Heft. Tübingen 1931.

Der Gegenstand von *Edgar Salins Geschichte der Volkswirtschaftslehre* ist nicht der „Inhalt“ der einzelnen nationalökonomischen Theorien, sondern ihr „Geist“. Durch Aufstellung des Begriffspaares anschauliche und rationale Theorie sucht er diesen Geist zu erfassen. Reicht aber dieses einfache Begriffsschema aus, um der Vielgestaltigkeit der nationalökonomischen Lehren gerecht zu werden? Hans Neisser weist in dem vorliegenden Aufsatz an mehreren Beispielen nach, daß dies keineswegs der Fall ist. Der *Merkantilismus* war nicht ein so einheitliches Gebilde und kann nicht so deutlich als „politische Wissenschaft“ charakterisiert werden, wie Salin es darstellt. Noch weniger ist die Darstellung der *klassischen Nationalökonomie* als rationale Theorie geeignet, das Wesen z. B. Ricardos zu erfassen. Gerade bei Ricardo finden sich vielmehr zahlreiche Ansätze zu einer anschaulichen Lehre; sowohl in der Auswahl der einzelnen Probleme wie in ihrer Behandlung war Ricardo keineswegs „aller Anschauung bar“. Daß Salin dadurch wesentliche Leistungen Ricardos nicht erkennen kann, daß er *Thünen* (der als Vertreter deutscher Theorie von Salin zu den anschaulichen Theoretikern gerechnet wird) in wichtigen Punkten umdeuten muß, daß er schließlich den Leistungen *Max Webers* (nicht dem Menschen) verständnislos gegenübersteht: das alles sind deutliche Zeichen dafür, daß sich die nationalökonomischen Lehren nicht in ein so problematisches (und von Salin nicht eindeutig geklärtes) Begriffsschema wie das der anschaulichen und der rationalen Theorie einfangen lassen.



# Briefe an den Herausgeber

## Fehler der ländlichen Siedlungspolitik

Düsseldorf-Oberkassel, 1. Juli 1931

Zu meinen Ausführungen unter dieser Überschrift in Nr. 20 des MdW hat Landrat *Kranold-Steinhaus* in Nr. 23 ausführlich darzulegen versucht, daß die von mir an der Siedlungspolitik geübte Kritik geeignet sei, falschen, z. T. heute glücklicherweise überwundenen Tendenzen eine Stütze zu geben. Er vertritt insbesondere den Standpunkt, daß die Einfuhr an *Eiern, Erzeugnissen der Milch, an Gemüse und Obst* gemindert werden könnte, wenn die neugeschaffenen Siedlungen sparsam mit Land ausgestattet würden, „weil nur dadurch die Produktion der Siedler in diejenigen Zweige der Landwirtschaft gezwungen werden könne, die noch am ehesten eine Ausdehnung der Produktionsmasse bei den heutigen oder mäßig gesunkenen, aber immer noch rentablen Preisen erlaubten“. Ich bin der Ansicht, daß *Kranold-Steinhaus* mit diesem Vorschlage das Pferd vom Schwanz her aufzäumt. Man kann unmöglich zwangsweise eine bestimmte Produktionsrichtung herbeiführen, wenn die wirtschaftliche Erkenntnis über die Richtigkeit in den Köpfen der Wirte noch nicht vorhanden ist. Wenn diese Erkenntnis bereits vorhanden wäre, würde ich mit *Kranold-Steinhaus* wohl weitgehend übereinstimmen. Doch darüber herrscht wohl in den Fachkreisen restlos Übereinstimmung, daß der Import an den oben genannten Produkten nicht etwa deshalb notwendig ist, weil wir sie heute im Inland nicht schon erzeugen könnten, sondern weil die Auslandsware wegen ihrer besseren und gleichmäßigeren Beschaffenheit trotz hoher Zollmauern den deutschen Markt erobert hat und die schlechte und ungleichmäßigere Erzeugung der deutschen Landwirte niedrigere und daher unrentable Preise erzielt. Das A und O der deutschen Agrarkrise, soweit von ihr auch die bäuerlichen Betriebe betroffen sind, gipfelt in erster Linie in der unzureichenden geschäftlichen Schulung der Masse der deutschen Landwirte und der Vernachlässigung der Anforderungen des Marktes und des Konsums.

Über die zweckmäßigste *Größe des vorherrschenden Siedlungstyps* bestehen im allgemeinen zwei verschiedene Anschauungen. Die Landwirte fordern fast übereinstimmend die spannfähige Bauernstelle in Größe von 60 bis 100 Morgen. Siedlungen geringerer Größe, namentlich die sogenannte Einspänner- und Kuhbauernstelle, werden dagegen vorwiegend von Nichtlandwirten propagiert. Sie erstreben in erster Linie ein zahlenmäßig großes Siedlungsergebnis, das aber nicht ohne weiteres identisch ist mit einem wirtschaftlich vertretbaren Ergebnis.

Im Rahmen dieser Zeitschrift würde es zu weit führen, auf die Entgegnungen von *Kranold-Steinhaus* zu antworten, soweit landwirtschaftlich-betriebstechnische Fragen berührt werden. Dagegen soll noch einmal auf den *Preis der Siedlungsgüter und der Neusiedlungen* kurz eingegangen werden. *Kranold-Steinhaus* gibt zu, daß bis 1928, ja teilweise bis 1930, die Siedlungsgüter zu teuer bezahlt worden seien. Er meint, daß in letzter Zeit viele Siedlungsgesellschaften nur noch in der Zwangsversteigerung kauften und zwar zu einem niedrigen Preise. Demgegenüber gibt es aber auch Siedlungsunternehmungen, die bis in die neueste Zeit hinein Gutspreise von 3000 bis 4000 RM je Hektar zugebilligt haben. Hierbei ist das Inventar nicht einmal berücksichtigt. In der Denkschrift der Direktoren des deutschen Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen, die erst jüngst veröffentlicht wurde, wird für Ostpreußen ausgeführt, daß das zur Aufteilung erworbene Land in den letzten beiden Jahren mit 928 RM je Hektar im Durchschnitt bezahlt worden sei, während der kapitalisierte Ertragswert nur 175 bis 200 RM betragen habe. Die Überbezahlung der Siedlungsgüter beträgt also 400—500 %.

Die alte Erfahrung, daß der Staat als Käufer teuer kauft, hat sich nicht nur bei der Ansiedlungskommission, sondern auch in neuester Zeit wieder bestätigt. Solange die Planwirtschaft nicht die Arbeitsmethoden, die Geschäftskunde und die Denkformen der Privatwirtschaft angenommen hat, solange besteht auch auf dem Gebiete der Siedlung die Gefahr, daß die errichteten Neusiedlungen wegen des zu hohen Landpreises nicht lebensfähig sind. Bei der Preisbildung der Güter ist heute die volkswirtschaftlich wichtige Funktion des Marktes ausgeschaltet zuungunsten der Neusiedler. Die Folgen werden bald greifbar in Erscheinung treten.

Unter Abschnitt V führt *Kranold-Steinhaus* aus, daß ihm unklar geblieben sei, was die von mir geschilderte *Kapitalbelastung* eigentlich bedeuten solle, da der Siedler doch nicht den doppelten Zinssatz gegenüber der Vorkriegszeit zu zahlen habe. Hierzu sei bemerkt: Ist der herrschende Zinsfuß 4 %, so hat ein Landgut mit einem Reinertrag von 40 000 RM einen Ertragswert von 1 Million RM. Ist der Zinsfuß dagegen doppelt so hoch, so beträgt der Ertragswert nur die Hälfte. Je höher der Zins des Geldes steht, um einen so niedrigeren Wert hat der Boden. Bei der gesunkenen Kaufkraft des Goldes um ein Drittel beträgt der theoretische Wert, um bei diesem Beispiel zu bleiben, 750 000 RM. Bezogen auf den Preis für siedlungsfertiges Land von 1100 RM je Hektar nach der Stabilisierung gegenüber 1400 M vor dem Kriege heißt das nichts anderes, als daß in den Landpreisen, welche die Siedler zahlen, die gesunkene Rentabilität der Landwirtschaft bis heute nicht zum Ausdruck gekommen ist.

Der Siedler zahlt in Preußen von dem Restkaufgeld abzüglich des Hauszinssteuerdarlehns rund 70 Jahre lang eine 5 %ige gleichbleibende Rente. Diese setzt sich zusammen aus 4,8 % Zinsen und 0,2 % Amortisation. Die Amortisation ist also ganz minimal, und so kommt es, daß heute fast eine ganze Siedlergeneration länger die Schulden zu tilgen hat als bei einer Amortisation von ½ %. In den ersten 20 Jahren ist die Tilgung der Schuld so gering, daß die Kinder der ersten Generation einen fast voll verschuldeten Besitz übernehmen. Der ersten Siedlergeneration bleibt die Freude am Arbeitserfolg durch Herabminderung der Schuldenlast vorenthalten, ein psychologisches Moment von großer Bedeutung. Verbilligung der Siedlungen durch Herabdrücken des Ankaufspreises der Güter, Abkürzung der Rentenfrist und Vereinfachung und Verbilligung der Siedlungsgebäude, die aber den wirtschaftlichen Anforderungen dennoch genügen müssen, sind die notwendigen Voraussetzungen einer produktiven Siedlungspolitik. Gegenüber den Bauernländern Dänemark und Holland besteht in der deutschen Landwirtschaft eine unkaufmännische Verschwendung von Gebäudekapital. Würde dieses überflüssige Gebäudekapital der Wirtschaftsführung zugute kommen, würde die Rentabilität wesentlich gesteigert werden.

Regierungsrat Dr. Frese

## Bayerische Vereinsbank

Kredit- und



Hypotheken-Bank

Niederlassungen an allen  
größeren Plätzen des rechtsrheinischen Bayern



# Marktberichte

## Die Konjunktur

In der zweiten Hälfte des Monats Juni ist die Zahl der *Arbeitslosen* um 58 000 zurückgegangen, d. h. in einem Umfang, der trotz seiner geringen Größe immerhin über das saisonübliche Maß ein wenig hinausgeht. Am 30. Juni waren bei den Arbeitsämtern noch 3 962 000 Arbeitslose gemeldet. Es ist anzunehmen, daß der saisonmäßige Tiefpunkt des Jahres 1931 diese Zahl nicht wesentlich unterschreiten wird; denn die Entlastung pflegt in den Monaten Juli und August nur sehr gering zu sein. Gegenüber dem Maximum der diesjährigen Arbeitslosigkeit Mitte Februar beträgt der Rückgang etwas mehr als 1 Million, während er im Vorjahr, in dem der winterliche Höhepunkt allerdings um etwa 600 000 Arbeitslose niedriger lag, bis Ende Juni nur 725 000 betrug. Die Zahl der in der *Krisenfürsorge* unterstützten Arbeitslosen ist in der zweiten Junihälfte weiter um rund 6000 gestiegen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ging hauptsächlich von der Landwirtschaft und einigen verarbeitenden Industrien aus; in großem Umfang handelt es sich dabei um vorläufig nur kurzfristige Beschäftigungen.

Die Umsätze der *Warenhäuser* lagen im Mai wertmäßig um 3,4 % unter der entsprechenden Vorjahrszeit. Da sich die Umsätze seit langem unter den Vorjahrsumsätzen bewegt hatten, erscheint dies Verhältnis als ungewöhnlich günstig. Bei einem Vergleich mit den Vorjahrszahlen muß jedoch berücksichtigt werden, daß das Pfingstfest im Jahre 1930 auf den 8. Juni fiel, während es in diesem Jahr am 24. Mai lag. Das Pfingstgeschäft der Warenhäuser fiel deshalb im vorigen Jahr teilweise in den Juni, während es sich 1931 ganz im Mai abspielte. Ob neben diesem Einfluß des Pfingstfestes andere Faktoren zu der Erhöhung der Warenumsätze beigetragen haben, läßt sich aus dem vorliegenden Zahlenmaterial nicht erkennen. Es ist jedoch möglich, daß das warme Wetter im Mai d. J. und die vorangegangene Zurückhaltung der Käufer zu einer verstärkten Bedarfsdeckung beigetragen haben. In Anbetracht der Preissenkung darf man annehmen, daß die mengenmäßigen Umsätze im Mai 1931 beträchtlich über denen des Vorjahres gelegen haben.

## Der Geld- und Kapitalmarkt

### Keine Entlastung

Die Entlastung, die im Juli eingetreten ist, blieb angesichts der fortgesetzten Devisenabflüsse und der Kreditrestriktion minimal. Am 8. Juli kostete *tägliches Geld* immer noch 8 bis 9½ %, war also nicht unter dem Lombardsatz zu haben. Der *Privatdiskont* betrug 7 %; aber die Reichsbank nahm Wechsel und Bankakzepte nur unter den bekannten Beschränkungen an. Diese *Restriktionen* veranlassen häufig die Industrieunternehmungen und Banken, nach dem Fortfall einer Zentralreserve ihre eigenen *Separatreserven* zu halten; daß diese Verhältnisse die *Exportdevisenablieferung* nicht fördern, ist klar. Mit einer Aufhebung der Restriktion ist fürs erste nicht zu rechnen, da die Devisenabflüsse auch nach dem Zustandekommen der Einigung in Paris nicht aufgehört haben.

1931	Berlin				Frankfurt a. M.		
	Privatdiskont lange Sicht	kurze Sicht	Tägliches Geld	Monats- geld	Waren- wechsel	Scheck- tausch	Waren- wechsel
2. 7.	7	7	8½—10½	7½—9½	—	8	—
3. 7.	7	7	8½—10½	7½ 9½	—	8	—
4. 7.	7	7	8½—10	7½ 9½	7¾	7½	7¾
6. 7.	7	7	9—11	½ 9½	7¾	8	7¾
7. 7.	7	7	8—11	7½—9½	7¾	8	7¾
8. 7.	7	7	8—9½	7½—9½	7¾	8	7¾

### Undurchsichtige Reichsbanktransaktionen

Die durchschnittlichen Abflüsse betragen nach wie vor täglich 50 Mill. RM, so daß die Reichsbank nach Erschöpfung des Aushilfskredits von 100 Mill. \$, den seit langen Jahren laufenden, bisher noch nie ausgenützten *Bereitstellungskredit* der Golddiskontbank in Anspruch nahm. Im Ausweis vom 7. Juli tritt dieser Kredit merkwürdigerweise gar nicht in Erscheinung. Man ersieht nur, daß die *Devisenbestände* bei unverändertem Goldbestand in der ersten Juliwoche um 72 Mill. RM gewachsen sind. Aber unter den *Passiven* zeigt sich nur eine Steigerung der sonstigen Verbindlichkeiten, die auf die *Inanspruchnahme* der restlichen 100 Mill. RM des Aushilfskredits zurückzuführen ist, und auch *Indossamentsverbindlichkeiten* sind in keiner Weise sichtbar geworden. Da allerdings diesmal der Erhöhung der sonstigen *Passiven* keine Steigerung der sonstigen *Aktiven* (wie sie im *Ultimo-Ausweis* durch Abzweigung von *Wechseln* zugunsten der ausländischen Notenbanken erfolgt war) entspricht, liegt die Vermutung nahe, daß die Reichsbank der Golddiskontbank gleichzeitig *Wechsel* oder *Effekten* aus *diesem* Konto übergeben hat, wenn nicht überhaupt der Kredit in der Weise gewährt ist, daß die Golddiskontbank einfach den *Devisenerlös* bei der Reichsbank in *Mark* konvertiert hat. Das Ganze ist jedenfalls in ein unerträgliches *Dunkel* gehüllt, und die Reichsbank ist schlecht beraten, daß sie nicht wenigstens in einem genauen *Kommentar* über ihre neuen, in aller Welt beachteten *Transaktionen* Rechenschaft ablegt.

Berlin Mittelkurs:	2. 7.	3. 7.	4. 7.	6. 7.	7. 7.	8. 7.
New York .....	4,213	4,213	4,213	4,213	4,213	4,213
London .....	20,49	20,50	20,50	20,50	20,50	20,50

### Neue Kredite sind nötig!

Jedenfalls ist auch der Golddiskontbankkredit nahezu aufgebraucht, und es taucht die Frage auf, in welcher Weise sich die Reichsbank bei einer Fortdauer der *Kreditabzüge* die notwendigen *Devisen* beschaffen will. Nachdem die Wirtschaft sich bereit erklärt hat, der Golddiskontbank eine *Ausfallbürgschaft* von 500 Mill. RM zur Verfügung zu stellen, ist Reichsbankpräsident *Luther* nach London gefahren, offenbar um über die Aufnahme eines größeren *Kredits* zu verhandeln.

## Die Warenmärkte

Die Entspannung der politischen Lage nach der endgültigen Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich über den *Hoover-Plan* ist bisher ohne merkliche *Rückwirkung* auf die *Warenmärkte* geblieben. Eine *Beruhigung* ist unverkennbar, eine *Geschäftsbelebung* und eine *Klärung* der Verhältnisse ist aber erst zu erwarten, wenn sich die Entspannung auch in der *Kreditlage* auswirken kann. Man darf nicht außer Acht lassen, daß *markttechnische* Verhältnisse, die bei dem bevorstehenden *Übergang* von einem *Erntejahr* zum anderen nicht zu unterschätzen sind, für die *Marktlage* wesentlich mitbestimmend sind. Das spricht im besonderen mit bei der *Beurteilung* der Lage an den

### Getreidemärkten,

auf denen sich in täglich zunehmendem Maße das Interesse auf die *Ernteaussichten* richtet. In Deutschland hat das *Geschäft* auch nach der Entspannung der politischen Atmosphäre noch keine *Belebung* erfahren. Die Käufer sind zurückhaltend, da sich die *Aussichten* für unsere *Ernte* eher noch gebessert haben und die *Ansicht*, ob die bisherigen *Preisrückgänge* den Verhältnissen entsprechen, stark geteilt sind. Das *inländische Angebot* wurde von Tag zu Tag *reichlicher*, und die Käufer wiesen zur *Begründung*



ihrer ablehnenden Haltung auf die Möglichkeit neuer Regierungsmaßnahmen hin. Erst in den letzten Tagen der Woche änderte sich das Bild unter dem Eindruck der aus fast allen Gegenden Deutschlands gemeldeten starken Regenfälle. Die Weizenpreise zeigen immerhin gegen die vorhergegangene Woche einen Rückgang um 2—3 RM. Roggen wurde nur wenig beachtet, obwohl das Herauskommen der neuen Ernte schon für die Mitte des Monats erwartet wird. Die Ernte der neuen Wintergerste ist in vollem Gange; es kommen ausgezeichnete Muster mit einem Naturalgewicht von etwa 65 kg an den Markt.

In den *Vereinigten Staaten* nimmt die Winterweizen-ernte bei zumeist vorzüglicher Witterung ihren Fortgang. Nach den letzten privaten Schätzungen wird mit dem Rekord-ertrag von 700 Mill. bushels (gegen 649 Mill. bushels der amtlichen Schätzung des Vormonats und 604 Mill. bushels Vorjahrsernte) gerechnet. Für Sommerweizen lauten die Schätzungen auf etwa 195 Mill. bushels gegenüber einer Vorjahrsernte von 247 Mill. bushels. In *Kanada* ist noch nicht zu übersehen, wie weit die Regenschäden ausgeglichen werden konnten; die letzten Schätzungen lauteten auf 250 Mill. bushels. *Polen* hat nach der ablehnenden Haltung Deutschlands gegen eine Verlängerung der Roggenkonvention die Absicht, noch in den ersten Erntemonaten den Export zu forcieren, um sich in den Besitz dringend nötiger Barmittel zu setzen. Die Gründung eines polnischen Getreide-Verkaufsbüros in Danzig ist bereits genehmigt. Man rechnet damit, daß trotz der zu erwartenden — nicht allzu günstigen — Ernte bereits im Herbst 200 000—250 000 t Roggen von Polen exportiert werden. In *Bulgarien* sind die Ernteaussichten trotz der großen Überschwemmungen nach wie vor gut. Der Raps ist eingeeerntet und hat einen Ertrag von 1200—1300 kg je Hektar gebracht. In *Südslavien* ist das Gesetz über die Getreide-Ein- und Ausfuhr in Kraft getreten; die Zoll-ämter dürfen seit dem 2. Juli die Ein- und Ausfuhr von Weizen, Korn und Weizenmehl nicht zulassen. — Die Lage auf den

#### Metallmärkten

war uneinheitlich. Einen stark spekulativen Einschlag zeigte die Preisentwicklung für *Kupfer*, auf die schon im letzten Bericht hingewiesen wurde. Am 8. Juli hat das Internationale Kupferkartell in New York den Verkaufspreis für Elektrolytkupfer cif europäischer Häfen herabgesetzt und zwar für Juli, August, September auf 8,77½ (bisher 9,27½) Cents. In diesem Beschluß kommt am besten zum Ausdruck, daß die vorhergegangenen Preis-erhöhungen keine Folge einer verstärkten Konsumnachfrage, sondern lediglich durch Spekulation bedingt waren. Weder in Amerika noch in England oder Deutschland hat sich bei den Verbrauchern irgendwelche Kauflust eingestellt. In sachlich urteilenden Kreisen ist man der Ansicht, daß die Kupfervorräte, die infolge des Rückgangs der Nachfrage und der erst späten und nur teilweisen Einigung über die Produktionseinschränkung immer noch sehr beträchtlich sind, bei ungefähr gleichbleibender Nachfrage erst in etwa zwei Jahren wieder auf den normalen Umfang von 200 000 t herabgehen werden.

Von der rückläufigen Tendenz für Kupfer wurde der ganze Metallmarkt mitgerissen. Die offizielle Markt-tendenz von den großen Handelsplätzen wurde nahezu gleichlautend als lustlos gemeldet, und damit wird zu-treffend auch die Stimmung gekennzeichnet, die für *Zinn*, *Zink* und *Blei* das Abbröckeln der Preise zur Folge hatte. — Auf den

#### Kolonialwarenmärkten

herrschte bei sehr kleinem Geschäft eine abwartende Haltung vor. Eine Belegung erfuhren die Umsätze auf dem *Zuckermarkt*, dem eine regere Exportnachfrage und ein optimistisch aufgemachter Wochenbericht der New Yorker Firma Willet & Gray sowie der Wochenbericht einer bekannten Londoner Zuckermfirma einige Käufer zu-führten. Die Magdeburger Zuckernotierung gibt dieser

Tendenzbesserung in einer leichten Preiserhöhung Aus-druck. Im *Reishandel* bewirkten die fester lautenden Meldungen vom Osten eine vorübergehende Befestigung. Die Preisentwicklung auf dem *Kaffeemarkt* war durch eine bessere Tendenzmeldung von der New Yorker Börse nur wenig berührt, Terminware auf Kontrakt I stellte sich sogar etwas niedriger, da Brasilien leicht ermäßigte Preise meldete. — Auf dem

#### Baumwollmarkt

konnte sich die schon im letzten Bericht gekennzeichnete Hoover-Erholung behaupten. Begünstigt wurde die Be-wegung durch freundlichere Tendenzberichte aus New York im Zusammenhang mit Bremer Berichten über Ostindische Baumwolle, für die sich japanische Nachfrage erkennen ließ. Anregend wirkten auch die Berichte über den Verlauf des in Paris abgehaltenen 15. internationalen Baumwoll-Kongresses, an dessen Arbeiten von deutscher Seite leb-hafter Anteil genommen wurde. So hat der Arbeitgeber-verband der Baumwoll-Spinner Deutschlands eine Denk-schrift vorgelegt, in der die Entwicklung der deutschen Baumwollindustrie in der Nachkriegszeit und ihre gegen-wärtige Lage eingehend geschildert wird. Ein deutscher Antrag auf Intensivierung der Baumwollpropaganda fand Annahme, und es ist ein Sonderausschuß eingesetzt worden, in dem Vertreter Deutschlands, Frankreichs, der Schweiz und drei weiterer Baumwolle konsumierender Länder Eu-ropas mitarbeiten sollen. Der Ausschuß soll sich mit der Frage der Propaganda beschäftigen und dem nächsten Kongreß einen entsprechenden Bericht vorlegen.

## Die Effektenmärkte

### Berliner Börse

#### Nach kurzer Erholung weiterhin abgeschwächt

Die schon in der vorigen Woche beobachtete rückläufige Entwicklung der Kurse setzte sich bei ziemlich ruhigem Geschäft weiter fort. Diese Gestaltung der Tendenz bildete insofern eine Überraschung für die Börse, als man auf Grund der endgültigen Einigung über den Hoover-Plan und der Bildung eines Garantiekonsortiums der Großfirmen allgemein mit einer Besserung der Stimmung gerechnet hatte. Am Dienstag zeigte sich zwar eine verhältnismäßig kräftige Erholung als unmittelbare Folge der Meldungen von der Einigung über das Reparationsfeierjahr; in den führenden Werten des Terminverkehrs kam es — begün-stigt durch Materialmangel — zu Kurssteigerungen von 8—10 %. Jedoch blieb die freundlichere Stimmung nicht erhalten. Bereits am Mittwoch zeigte die Börse eine recht nervöse und matte Tendenz, obwohl gerade an diesem Tage die Nachricht über das Zustandekommen des Garan-tiekonsortiums veröffentlicht wurde.

Die Gründe für die weiterhin mangelnde Kaufneigung liegen hauptsächlich in der anhaltend starken Nachfrage auf dem *Devisenmarkt*, die am Donnerstag wieder erneut zunahm, so daß die Reichsbank Abgaben im Umfange von etwa 50 Mill. RM vornehmen mußte. Der Reichsbank-Ausweis vom 7. Juli, der eine etwas bessere Deckung der Reichsbanknoten erkennen ließ, fand demgegenüber keine erhebliche Beachtung. An der Börse befürchtet man offen-bar, daß die Reichsbank zu noch schärferen Kreditrestrik-tionen gezwungen sein werde.

Ein weiteres Moment für die schwache Haltung bildete die Versteifung des *Geldmarkts*, auf dem Tagesgeld zeit-weise mit 8½—11 % genannt wurde. Dieser hohe Satz führte vielfach zu Abgaben für Geldbeschaffungszwecke und trug dazu bei, daß sich vor allem auf dem Renten-markt keine freundlichere Stimmung durchsetzen konnte. Im übrigen verwies man auf den kürzlich veröffentlichten Quartalsbericht des Stahlvereins, der die wenig erfreu-liche Lage der deutschen Schwerindustrie beleuchtet. Vor-übergehend war auch das Ausland mit größeren Verkaufs-orders am Markt; hier dürfte der überaus ungünstige Ein-druck des *Nordrolle*-Status eine große Rolle gespielt



haben. Die Aktien der Norddeutschen Wollkammerei, die jetzt endlich aus dem Terminkurszettel verschwunden sind und nur zum Einheitskurs notiert werden, erreichten am Mittwoch einen Rekordtiefstand von 2¼ %, nach 7½ % zu Beginn der Berichtswoche; am Donnerstag trat bei einem Umsatz von etwa 50 000 RM nom. eine Erholung auf 3 % ein.

Etwas regerem Interesse begegneten dagegen *Kunstseidenwerte*, da das Zustandekommen des neuen Syndikats (s. S. 1108) und die Hoffnungen auf ein Wiederanziehen der Garnpreise stimulierend wirkten. Nach dem scharfen Kursrückgang in der vorhergehenden Woche zeigte sich anfangs größere Kaufneigung für *Schubert & Salzer*. Man weist darauf hin, daß von dem für das abgelaufene Jahr ausgewiesenen Bruttoertrag von 7,71 Mill. RM mehr als die Hälfte auf Zinseinnahmen entfielen. Die Tatsache, daß der Umsatz des Unternehmens im neuen Jahr stark gesunken ist, dürfte also, wie man an der Börse neuerdings meint, nicht in voller Schärfe auf das Gewinnergebnis des Jahres 1931 einwirken.

Auf dem *Einheitsmarkt* blieb das Geschäft ziemlich ruhig, die Kurse tendierten in der Mehrzahl wieder nach unten. Eine festere Haltung bekundeten vorübergehend Norddeutsche Eiswerke, wobei man auf den Einfluß der warmen Witterung verwies. Schwach lagen Vereinigte Berliner Mörtel, da man einen weniger günstigen Abschluß als im Vorjahr, für das 9 % Dividende verteilt wurden, erwartet. Mix & Genest kamen am Mittwoch mit 85 % wieder zur Notiz (letzter Kurs 100 % am 16. Juni). Görnlitzer Waggon waren mit 62 % stark gedrückt; neuerdings nimmt man an, daß die früher gehegten Dividende-Erwartungen in Höhe von 7—8 % nicht berechtigt sind.

## Frankfurter Börse

Der Anfang der Berichtszeit stand voll unter dem Eindruck der Unsicherheit über den Ausgang der sich so lange hinziehenden französisch-amerikanischen Verhandlungen. Trotz der Hoffnung auf einen baldigen Abschluß war die Zurückhaltung wegen der verschärften Kreditrestriktion der Reichsbank groß. Das Publikum ist seit einiger Zeit wieder ganz aus dem Markte ausgeschieden, so daß die Banken wegen Mangels an Aufträgen ziemlich untätig geblieben sind, während die Kulisse nicht wagen konnte, Engagements einzugehen. Starke Verstimmung schufen die Devisenanforderungen. Immerhin führte der Ausblick auf das Gelingen der Hoover-Aktion vorübergehend zu verhältnismäßig hohen Kursen; so notierte die *Farbenaktie* bis 159½, *Siemens* bis 159½. Für *Kunstseidenwerte* brachte der Konventionsabschluß ebenfalls etwas höhere Kurse.

Ein Rückschlag trat jedoch am Wochenschluß ein, als der amerikanische Widerstand gegen das, was Paris als Einigungsformel proklamiert hatte, bekannt wurde. Schließlich reagierte die Börse nach dem Zustandekommen der Vereinbarungen nicht mehr mit dem Elan, der eingetreten wäre, wenn nicht allzu viel Zeit durch die Verhandlungen verloren worden wäre. So kam es wohl zu Kurserhöhungen, aber Lustlosigkeit und Unsicherheit blieben bestehen. Selbst die Bekanntgabe des neuen Kreditorganisationsplanes wirkte erst nach Zögern stimmungsbelebend, als vom Ausland gute Aufnahme des Projektes bekannt wurde.

Verhältnismäßig das meiste Interesse fanden *Elektroaktien*, die auch vom Ausland beachtet blieben. *Kaliverte* waren beeinträchtigt durch die schlechten Absatzzahlen im Juni. *Kohlen- und Eisenaktien* hatten stillen Markt; für *Harpen* konnte sowohl per Termin wie per Kasse nur sporadisch eine Notiz festgestellt werden. Von *Kupferwerten* waren Otavi durch den Abschluß gedrückt, die übrigen aber von den Zuckungen auf dem Kupfermarkt wenig berührt; Hirsch ist seit Tagen ohne Notiz. Auf dem *Bauaktienmarkt* schwankten Wayss & Freytag zwischen 23 und 27; von *Warenhauswerten* notierte Karstadt zwi-

schen 29 und 24½. Für *Inag* konnte der Kurs bisher noch nicht festgestellt werden; *Reiniger, Gebbert & Schall*, die bei kleinem Angebot schon längere Zeit gestrichen Brief sind, rechnet man mit etwa 60 % gegen zuletzt 70.

Der *Einheitsmarkt* machte die Bewegung der Großmärkte kaum mit. Das Geschäft bewegte sich in engsten Grenzen. Von *Hesser Maschinen* war ein kleiner Betrag gesucht; nach längerer Periode der Geldstreichung kam schließlich etwas Material zu 142 (+ 2) heraus. Für *Chemische Albert* wurde nach Briefstreichung ein stark ermäßigter Kurs von 29½ (37¼) notiert; später war das Papier auf 33,9, dann 35¼ erholt. *Niederrheinische Lederwerke Spier* wurden mit 20 nach 25, *Kavag* mit 62 (68½), dann rückgängig bis 58 und wieder erhöht auf 60 % notiert. Für *Voigt & Haefner* fand das seit Tagen bestehende Angebot schließlich zu kaum verändertem Kurse (98¼ nach 99) Aufnahme. Vomag-Vorzugsaktien 42 nach 48, Gebrüder Roeder 62 nach 66, Seil Wolff 25 nach 30, dann aber wieder ohne Interesse. Große Casseler Straßenbahn-Stammaktien sollten wegen des Angebots einer kleinen Summe von 51½ auf 45 gedrückt werden; doch wurde die Notierung auf Veranlassung des Börsenvorstandes ausgesetzt, später stand der Kurs bei 47.

*Ohne Aufnahme* blieben nach wie vor Keramik, Sinalco, Hess.-Nass. Gas, ferner Süddeutsche Eisenbahn, Brauerei Henninger und nach vorübergehender Wiedernotierung Casseler Faßfabriken. Auch für Lederfabrik Deninger erfolgte zunächst keine Aufnahme; das Bezugsrecht auf die jungen Deninger-Aktien wurde, weil wertlos, nicht notiert. Geringe Nachfrage nach Ludwigshafener Walzmühle führte mangels Angebots zur Geldstreichung; schließlich wurden die Käufe bei 37½ (37) mit einem Drittel befriedigt, danach gab der Kurs auf 36½, dann 37 nach. Stärker gefragt waren zeitweise Beck & Henkel, die von 15 auf 19 % anzogen. Unter Druck lagen Frankfurter Hof 30 (34), Hilpert 49 (55) bei nur halber Abnahme, dann 50, und Wegelin 21 (24) auf die zu erwartende ungünstige Bilanz.

	2. 7.	3. 7.	4. 7.	6. 7.	7. 7.	8. 7.
Dt. Effecten- u. Wechselbank ..	93	93	93	93	94	94
Frankfurter Bank ..	86½	86	86½	86	86½	85
Frankfurter Hypotheken-Bank ..	123	128½	127¼	128	125¾	125
Cementwerk Heidelberg ..	55	55	—	51	63	52
Scheideanstalt ..	128	126¾	125	122¾	122½	120
Frankfurter Hof ..	—	—	—	—	30	30
Hanfwe. Rüssen-Immenstadt ..	45	45½	45	44½	41½	44½
Henninger Brauerei ..	—	112	110	—	—	B
Hochtief ..	62¾	62¼	62¼	62½	62½	60
Holzmann ..	—	78¼	77	72	76	75½
Main-Kraftwerke ..	84	70	—	63¼	—	60
Metalgesellschaft ..	60	59	59¾	55½	59¾	55½
Maschinenfabrik Moenus ..	28	82	—	—	29	—
Ludwigshafener Walzmühle ..	37½	37½	38½	38½	37	37
Tellus, Bergbau u. Hüttenind. ..	26	26	26	26	26	26
Verein f. chem. Industrie ..	52½	—	52½	—	50½	50

## Hamburger Börse

Stärker denn je war die Tendenz der Hamburger Börse von den allgemeinen Wirtschaftsvorgängen beeinträchtigt. Die amerikanisch-französischen Verhandlungen über den Hoover-Plan, die Unruhe an der Börse in New York, der ständige Devisenabzug aus Deutschland und die Restriktionsmaßnahmen, zu deren Fortsetzung sich die Reichsbank gezwungen sah, sowie unbestimmte Gerüchte über verstärkte Insolvenzen verschiedener Firmen ließen die Börse in einer nervösen und unbefriedigenden Stimmung verharren. Nur am Dienstag, als die Meldungen über eine Einigung in Paris eingetroffen waren, trat eine lebhaftere Geschäftstätigkeit in Erscheinung. Die Börse eröffnete an diesem Tag in fester Haltung, die Spekulation schritt zu Deckungen, und auch Meinungskäufe seitens des Publikums waren bei einigen Papieren festzustellen. Bereits am Mittwoch ließ jedoch die Stimmung wieder nach — großenteils unter dem Eindruck der niedrigen Schlußnotierungen an der New Yorker Börse und infolge einer gewissen Beunruhigung, die sich aus dem — zunächst mit Mißtrauen betrachteten — Rettungsplan der Wirtschaft (Bildung eines Garantiefonds) ergab.

Je allgemeiner die Faktoren sind, die auf die Kursbewegung Einfluß ausüben, je weniger die Verhältnisse bei einzelnen Gesellschaften für die Kurve von Bedeutung







gab sich trotz des Ultimos ein Rekordrückgang der diskontierten Wechsel, da der Zahlungsmittelbedarf durch Abziehung von Guthaben bei den Bundes-Reserve-Banken, die seit langem höher als gesetzlich notwendig sind, gedeckt wurde. Bemerkenswert ist die Zunahme der Maklerdarlehen, die seit Mitte April ständig im Absinken begriffen waren; sie deutet wohl darauf hin, daß sich das Publikum wieder stärker in der Spekulation engagiert. Der Ausweis der Federal Reserve Bank von New York zeigt ein neues Anwachsen der Goldbestände, die in den letzten Tagen durch Sendungen aus Südamerika noch verstärkt wurden. Bedenkt man, daß die zum Halbjahresultimo fällig werdenden Zins- und Dividendenzahlungen sicherlich ¼ Milliarden \$ überschreiten und die Rückziehung von kurzfristigem Geld aus Europa in großem Umfang vor sich gegangen ist, so wird man mit einer weiteren Verflüssigung des Geldmarkts rechnen müssen. Bei politischer Beruhigung müßte sie schließlich den Anlagemärkten, insbesondere dem Bondmarkt zugute kommen.

	1. 7.	2. 7.	3. 7.	6. 7.	7. 7.	8. 7.
U. S. Steel Corporat.	103	102 1/4	104 3/4	103 5/8	98 1/4	96 1/8
American Can Co. . .	112 1/8	111 5/8	113 7/8	112 3/8	108 3/4	107 5/8
Anaconda Copper . .	28 3/4	28 1/2	30 3/8	28 1/2	27 1/8	25 3/4
General Motors . . .	38 1/4	37 3/8	39 3/8	39	37	37 1/4
Chrysler . . . . .	22 1/2	22 3/4	24 1/4	24 1/8	22 1/4	22
General Electric . . .	44 5/8	43 1/4	44 3/4	44 3/8	42 1/2	42 1/4
Am. Tel. & Telegr. . .	18 1/2	18 5/8	18 3/4	18 1/2	17 7/8	17 1/2
Radio Corporation . .	20	20 1/8	20 7/8	20 1/2	18 3/4	17
Allied Chemical . . .	129 3/4	128 3/4	132	130	123	121 1/4
Standard Oil N. J. . .	38 7/8	38 7/8	39 1/8	39	37 1/2	37 3/4
Woolworth . . . . .	70 1/8	70 1/2	71 1/8	70 3/4	68 5/8	67 1/2
Pennsylv.-Railr. Co.	49 1/4	49 1/4	49 3/4	49	47 5/8	47 1/4
Aktienumsatz (1000)	1700	1300	2100	1000	3000	2400

# Statistik

## Monatsausweis der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

(Mill. Schweizer Fr)	30. 6. 1931		31. 5. 1931		30. 4. 1931	
	Fr	o/o	Fr	o/o	Fr	o/o
<b>Aktiva</b>						
Kasse und Bankguthaben . . . . .	11,2	0,6	8,9	0,4	7,5	0,4
Zinsgelder						
a) auf Sicht . . . . .	168,5	9,5	133,5	6,3	102,8	5,3
b) bis zu 3 Monaten . . . . .	594,0	33,4	1039,0	48,9	939,9	48,4
c) 3 bis 6 Monate . . . . .	24,7	1,4	29,7	1,4	7,3	0,4
Rediskontierbare Anlagen (Einstandspreis)						
a) Handelswechsel und Bankakzepte . . . . .	438,1	24,6	455,9	21,4	443,4	22,8
b) Schatzwechsel . . . . .	293,1	16,5	210,4	9,9	203,9	10,5
Andere Einlagen (Einstandspreis)						
a) bis zu einem Jahr . . . . .	211,2	11,8	188,4	8,9	189,3	9,7
b) von 1 bis 2 Jahren . . . . .	29,5	1,6	46,0	2,1	37,6	1,9
c) über 2 Jahre . . . . .						
Sonstige Aktiva . . . . .	10,1	0,6	14,2	0,7	12,6	0,6
<b>Passiva</b>						
Stammkapital 500 000 000 (begeben 410 250 000)						
davon eingezahlt . . . . .	108,5	6,1	106,0	5,0	103,5	5,3
Reserven						
Gesetzl. Reservefonds . . . . .	0,6		0,6		—	—
Dividenden-Reservefonds . . . . .	1,1	0,2	1,1	0,2	—	—
Allgemeiner Reservefonds . . . . .	2,2		2,2		—	—
Besondere Einlagen						
a) Treuhänderannuitäten . . . . .	154,1	8,7	154,2	7,3	154,6	8,0
b) Einlage der deutschen Regierung . . . . .	77,0	4,3	77,1	3,6	77,3	4,0
c) Garantiefonds der französischen Regierung . . . . .	68,8	3,9	68,8	3,2	68,8	3,5
Einlagen auf Sicht						
a) Zentralbanken						
für eigene Rechnung . . . . .	588,9	21,8	533,6	15,7	295,3	15,2
für Rechnung Dritter . . . . .	169,0	9,5	159,0	7,5	152,4	7,8
b) Sonstige Einlagen . . . . .	1,1	0,1	—	—	0,2	0,0
Einlagen bis zu höchstens 3 Monat.						
a) Zentralbanken						
für eigene Rechnung . . . . .	551,9	31,0	514,7	24,2	457,2	23,5
für Rechnung Dritter . . . . .	203,3	11,4	180,6	32,0	590,0	30,4
b) Sonstige Einlagen . . . . .	—	—	0,9	0,0	13,8	0,7
Einlagen von 3 bis zu höchstens 6 Monaten						
Zentralbanken						
für eigene Rechnung . . . . .	4,1	0,2	8,7	0,4	10,9	0,6
für Rechnung Dritter . . . . .	51,3	1,8	—	—	—	—
Gewinn zurückgestellt für Verteilung am 1. 7. 31 . . . . .	7,3	0,4	7,3	0,4	—	—
Sonstige Passiva . . . . .	11,2	0,6	11,2	0,5	19,3	1,0
Bilanzsumme . . . . .	1780,4	100,0	2126,0	100,0	1943,4	100,0

## Preußische Staatsfinanzen im Mai 1931

(Mill. RM)	Haushalts- solll + Vor- jahrs- reste	Mai 1931	April 1931	1. April bis 31. Mai 1931
<b>A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben</b>				
Aus dem Vorjahr:				
a) Zur Deckung restlicher Verpflichtungen aus dem Vorjahr zurückgestellte Restbestände . . . . .	171,584			
b) Zur Deckung des Fehlbetrages des Rechnungsjahres 1929 sind erforderlich . . . . .	121,312			
Bestand . . . . .	50,272			
<b>I. Einnahmen</b>				
1. Steuern:				
a) Landesteile (ohne b) . . . . .	1 706,379	129,407	66,990	196,379
b) Anteile der Gemeinden (Gemeindeverbände) usw. . . . .	1 391,711	113,907	68,821	182,728
Steuern insgesamt . . . . .	3 098,090	243,314	135,811	379,125
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe . . . . .	59,284	0,076	8,160	8,236
davon Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe . . . . .	0,300	0,489	0,889	1,952
Verbleiben . . . . .	58,984	- 0,387	7,271	6,884
3. Sonstige Einnahmen:				
Justiz . . . . .	227,796	13,613	8,195	21,808
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung . . . . .	32,794	1,454	1,627	3,081
Übrige Landesverwaltung <sup>b)</sup> . . . . .	474,788	32,243	26,508	58,741
Einnahmen insgesamt . . . . .	2 496,691	176,320	110,591	286,911
(abzüglich der Steuerüberweisungen an Gemeinden usw. und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)				
<b>II. Ausgaben</b>				
1. Verwaltung des Innern . . . . .	418,605	29,471	29,428	58,899
2. Justiz <sup>4)</sup> . . . . .	388,737	26,915	23,006	49,221
3. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung . . . . .	785,768	53,914	58,308	107,222
4. Volkswohlfahrt . . . . .	95,881	2,870	2,167	4,827
5. Wohnungswesen . . . . .	89,065	1,605	0,590	2,085
6. Schuldendienst . . . . .	58,801	5,171	2,121	7,292
7. Versorgungsgebühren . . . . .	220,187	17,889	17,272	34,661
8. Sonstige Ausgaben . . . . .	291,470	25,905	29,238	48,843
ausgaben insgesamt . . . . .	2 452,274	182,640	151,120	318,760
Mithin: Mehrausgabe . . . . .	—	—	40,529	26,849
Mehreinnahme . . . . .	43,417	13,880	—	—

<b>B. Einnahmen und Ausgaben auf Grund von Anleihegesetzen</b>				
Aus dem Vorjahr:				
Mehrausgabe . . . . .	RM 82,651			
<b>I. Einnahmen</b>				
Insgesamt . . . . .	—	10,000	10,000	—
darunter: (Anleihen) . . . . .	—	(10,000)	(10,000)	—
<b>II. Ausgaben</b>				
1. Landeskulturwesen . . . . .	—	0,142	0,142	0,284
2. Verkehrswesen . . . . .	—	0,518	0,005	0,521
3. Verschaffende Arbeitslosenfürsorge . . . . .	—	8,468	4,152	12,618
4. Wohnungswesen . . . . .	—	—	—	—
5. Sonstige Ausgaben der Höchstverwaltungen . . . . .	—	—	—	—
6. Zuschüsse und Neuinvestitionen für Unternehmungen und Betriebe, sowie Vermögen . . . . .	—	0,887	0,884	0,951
darunter: Domänen und Forsten . . . . .	—	0,867	0,084	0,951
Bergwerke . . . . .	—	—	—	—
Verkehrsunternehmungen . . . . .	—	—	—	—
Elektrizitätswerke . . . . .	—	—	—	—
ausgaben insgesamt . . . . .	—	9,993	4,381	14,374
Mithin: Mehrausgabe . . . . .	—	9,993	14,381	14,374
Mehreinnahme . . . . .	—	—	—	—

<b>C. Abschluß</b>				
<b>I. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben</b>				
Bestand aus 1930 . . . . .				50,272
Mehrausgaben 1. April bis 31. Mai 1931 . . . . .				26,849
				23,423
<b>II. Einnahmen und Ausgaben auf Grund von Anleihegesetzen</b>				
Vorschuß aus 1930 . . . . .				82,651
Mehrausgaben 1. April bis 31. Mai 1931 . . . . .				24,372
				107,025
Bleibt Bestand . . . . .				83,602

<b>D. Stand der schwebenden Schulden Ende Mai 1931</b>				
Schatzanweisungen . . . . .				810,113
Darunter auf Grund von Anleihegesetzen . . . . .				(110,113)

1) Hier sind die planmäßigen Einnahmen und Ausgaben und die außerplanmäßigen Einnahmen und Ausgaben (ausschl. Anleihefonds) berücksichtigt. — 2) Davon 4 570 Überschuß der Forstverwaltung bis Ende März 1931 aus dem seit 1. Oktober 1930 laufenden Forstwirtschaftsjahr 1931. — 3) Ohne Einnahmen bzw. Ausgaben an Steuern und an hinterlegten Geldern bei der allgemeinen Finanzverwaltung. — 4) Ohne Versorgungsgebühren.



Deutsche Reichsfinanzen im Mai 1931

(Mill. RM)	Haush.-Soll und Rechn.-Soll der Vorjahrsreste	Mai 1931	April 1931	1. April 1931 bis 31. Mai 1931
<b>A. Ordentlicher Haushalt</b>				
Fehlbetrag am Schluß des Rechnungsjahres 1929	1) 1 030,5			
<b>I. Einnahmen:</b>				
1. Steuern, Zölle und Abgaben	9 155,6	538,1	818,7	1 351,8
2. Dividende aus Reichsbahn-Vorzugsaktien	28,7	0,5	28,2	28,7
2a. Zuschuß des außerordentlichen Haushalts aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn	150,0	—	—	—
3. Überschüsse der Post und der Reichsdruckerei	214,8	—	14,9	19,9
a) Post	— 4,9	—	—	—
b) Reichsdruckerei	—	—	—	—
4. Aus der Münzprägung	—	0,4	—	0,4
4a. Anteil des Reiches am Reingewinn der Reichsbank	25,0	—	—	—
5. Reparationssteuer der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft	660,0	55,0	55,0	110,0
6. Sonstige Verwaltungseinnahmen	14,1	0,3	0,3	0,6
a) Arbeitsministerium	25,3	1,1	1,3	2,4
b) Wehrministerium	20,9	1,6	1,9	3,5
c) Justizministerium	34,4	3,3	1,1	4,4
d) Verkehrsministerium	78,1	6,3	6,2	12,5
e) Finanzministerium	35,9	1,6	1,6	3,2
f) Übrige Reichsverwaltung	—	—	—	—
Einnahmen insgesamt	10 447,7	608,2	924,2	1 632,4
<b>II. Ausgaben:</b>				
1. Steuerüberweisungen an die Länder	2) 2 965,8	180,6	264,5	445,1
2. Bezüge der Beamten und Angestellten (ausschl. Ruhegehälter s. 5.)	789,4	62,8	64,5	127,3
3. Versorgung und Ruhegehälter einschl. der Kriegesbeschädigtenrenten	1 648,1	143,4	143,8	287,2
4. Innere Kriegslasten	374,2	17,9	59,9	77,8
5. Reparationszahlungen	1 025,0	79,9	79,9	159,8
a) zu Lasten des Reichshaushalts	—	—	—	—
b) aus der Reparationssteuer der Dtsch. Reichsbahn-Gesellsch.	660,0	55,0	55,0	110,0
6. Sonstige äußere Kriegslasten	108,7	9,1	18,2	—
7. Sozialversicherung	437,1	34,6	39,2	73,8
8. Knappschaft	11,0	1,7	—	1,7
9. Invalidenversicherung	35,0	—	—	—
10. Kleinrentnerfürsorge	400,0	48,6	50,7	99,3
11. Krisenunterstützung	—	—	—	—
12. Zahlung an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung zur Abgeltung der bei Durchführung der Krisenfürsorge entstehenden Kosten	20,0	2,4	2,5	4,9
13. Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge	35,5	0,4	—	0,4
14. Zinszuschüsse zu Darlehen der Dtsch. Ges. f. öffentl. Arbeit AG usw.	7,5	—	—	—
15. Arbeitslosenversicherung	—	—	—	—
16. Reichsschuld:				
a) Verzinsung und Tilgung	199,7	19,2	16,5	35,7
b) Außerordentliche Tilgung der schwebenden Schuld	42,0	—	—	—
c) Anleiheablösung	288,5	5,4	15,3	20,7
17. Schutzpolizei	190,0	15,8	16,8	31,6
18. Münzprägung	5,0	0,1	0,1	0,2
19. Sonstige Ausgaben	6,7	0,7	0,4	1,1
a) Reichstag	28,4	1,4	1,9	3,8
b) Auswärtiges Amt	28,3	2,7	1,1	3,8
c) Ministerium des Innern	79,0	3,7	5,3	9,0
d) Arbeitsministerium	—	—	—	—
e) Wehrministerium	290,2	19,4	8,4	27,8
Heer	165,8	9,8	3,8	13,1
Marine	54,7	0,3	0,7	0,7
D Ernährungministerium	145,4	8,6	6,7	15,6
E Verkehrsministerium	85,0	4,3	3,6	7,9
F Finanzministerium	95,7	1,9	2,4	4,2
I Allgemeine Finanzverwaltung	15,0	0,8	0,4	1,2
K Übrige Reichsverwaltung	—	—	—	—
20. Ausgaben insgesamt	10 615,2	729,7	850,7	1 580,4
Mehrausgabe	—	121,5	—	48,0
Mehreinnahme	—	—	78,5	—

C. Abschluß

A. Ordentlicher Haushalt

Fehlbetrag aus dem Vorjahr	1 030,5
Mehreinnahmen April bis Mai 1931	48,0
Mithin Fehlbetrag	1 078,5

B. Außerordentlicher Haushalt

Fehlbetrag aus dem Vorjahr	261,4
Mehreinnahmen April bis Mai 1931	5,3
Mithin Fehlbetrag	267,7

Fehlbetrag im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt ..... 1 346,2

D. Stand der schwebenden Schuld

	30. April 1931	31. Mai 1931
1. Unverzinsliche Schatzanweisungen	1 137,0	1 158,7
2. Umlauf an Reichswechseln	400,0	400,0
3. Kurzfristige Darlehen	128,5	201,5
4. Betriebskredit bei der Reichsbank	58,6	100,0
5. Schatzanweisungen für den Rumänien-Vertrag vom 8. Febr. 1929	—	—
6. Verpflichtungen aus früheren Anleihe-Operationen	4,4	4,4
Stand der schwebenden Schuld	1 728,5	1 864,6

1) Nach Abzug von 43 Mill. RM aus der Tantiemensteuer und den erhöhten Zuschlägen zur Einkommensteuer, die vom Reichstag beschlossen, vom Reichsrat aber abgelehnt worden sind. — 2) Nach Abzug von 35 Mill. RM aus den erhöhten Zuschlägen zur Einkommensteuer, die vom Reichstag beschlossen, vom Reichsrat aber abgelehnt worden sind. — 3) Darunter 6,7 Mill. RM aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Ges. — 4) Darunter 13,0 Mill. RM aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Ges.

Reichsbank-Ausweis

(Mill. RM)	7. 7. 1931	30. 6. 1931	6. 6. 1931	7. 7. 1930
<b>Aktiva</b>				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile	—	—	—	177,212
2. Goldbestand (Barrengold) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1932 RM berechnet und zwar:	1 421,756	1 421,095	2 299,930	2 618,808
Goldkassenbestand	1 304,969	1 304,954	2 040,561	2 469,020
Golddepot (unbelastet) bei ausländ. Zentralnotenbanken	116,787	117,041	259,389	149,788
3. Deckungsfähige Devisen	370,989	299,574	112,956	422,728
4. a) Reichsschatzwechsel	3,420	73,640	54,510	—
b) Sonstige Wechsel und Schecks	2 654,992	2 578,687	1 709,450	1 646,270
5. Deutsche Scheidemünzen	84,3-4	77,991	176,995	139,690
6. Noten anderer Banken	8,788	2,318	12,939	14,838
7. Lombardforderungen darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel	224,477	356,179	69,876	55,827
8. Effekten	0,001	0,001	0,001	0,001
9. Sonstige Aktiva	1) 102,264	1) 102,765	1) 102,723	1) 101,102
	861,431	856,863	542,661	585,753
<b>Passiva</b>				
Grundkapital:				
a) begeben	150,000	150,000	150,000	122,788
b) noch nicht begeben	—	—	—	177,212
2. Reservefonds:				
a) gesetzlicher Reservefonds	57,920	57,920	57,920	58,915
b) Notenreservefonds für künftige Dividendenzahlung	46,235	46,235	46,235	46,224
c) Sonstige Rücklagen	233,176	233,176	233,176	271,000
3. Betrag der umlaufenden Noten	4 110,418	4 294,685	4 079,250	4 492,023
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	342,762	397,949	270,471	381,058
5. Sonstige Passiva	691,980	587,147	244,958	219,013
Bestand an Rentenbankscheinen	19,7	1,4	36,5	51,4
Umlauf an Rentenbankscheinen	409,0	426,3	396,2	397,3
Deckungsverhältnis %	49,6	4,1	59,2	67,7
Diskontsatz %	7	8	5	4
Lombardsatz %	8	8	6	5

1) Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Württ. Noten-B.
<b>I. Einnahmen:</b>				
Insgesamt	582,7	10,7	8,9	19,6
<b>II. Ausgaben</b>				
1. Wohnungs- und Siedlungswesen	12,7	1,9	—	1,9
2. Verkehrswesen (Ausbau der Wasserstraßen)	69,6	5,6	5,8	11,4
3. Rückkauf von Reichsschuldverschreibungen	—	—	—	—
4. Einlösungen von Reichsschatz-anweisungen und von Schuld-scheinen-Darlehen zur Fortführung be-gonnener Eisenbahnen	0,2	—	—	—
5. Darlehen zur Fortführung be-gonnener Eisenbahnen	—	—	—	—
5a. Zuschuß an den ordentlichen Haushalt (s. A. I. 2a)	150,0	—	—	—
6. Innere Kriegslasten	69,6	1,0	0,9	1,9
7. Sondereinlage bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	19,2	10,5	0,2	10,7
8. Übrige Reichsverwaltung	—	—	—	—
Ausgaben insgesamt	321,3	19,0	6,9	25,9
Mehrausgabe	—	8,3	—	6,3
Mehreinnahme	—	—	2,0	—
<b>Aktiva</b>				
Gold	28,559	21,032	8,123	8,180
Deckungsfähige Devisen	6,085	10,400	3,104	5,038
Sonstige Wechsel u. Schecks	50,811	48,113	18,164	17,186
Deutsche Scheidemünzen	0,044	0,097	0,024	0,006
Noten anderer Banken	2,071	7,569	0,021	0,472
Lombardforderungen	2,489	2,251	1,220	3,443
Wertpapiere	2,148	9,431	11,904	4,255
Sonstige Aktiva	8,013	9,371	14,692	31,224
<b>Passiva</b>				
Notenumlauf	68,910	69,145	19,262	23,743
Sonstige täglich fällige Ver-bindlichkeiten	1,920	10,784	9,564	—
Verbindlichkeiten mit Kün-digungsfrist	0,087	5,477	15,190	24,520
Sonstige Passiva	2,971	2,015	1,627	5,100
Weitergegebene Wechsel	7,719	0,001	1,518	2,219



# Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Rubrik werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

Einheit	1930								1931							
	Juni		Juli		Mai				Juni				Juli			
	25 16-21	26 23-28	27 30.6.-	28. 7.-12	19. 4.-9	20 11.-16	21. 18-23	22. 25-30	23. 1.-6	24. 8-13	25. 15-20	26. 22-27	27 29.6.-	28 4.7.-		
<b>Produktion</b>																
<b>Kohle</b>																
Deutschland	1000 t															
Ruhrrev. Steinkohle <sup>1)</sup> .....	374.4	345.6	332.7	325.9	281.1	291.9	284.9	291.2	295.4	279.8	273.8	270.4	—	—		
Koka <sup>1)</sup> .....	74.7	74.0	74.1	72.8	48.5	47.5	48.7	43.4	48.8	48.9	49.5	51.2	—	—		
Oberschlesien Steinkohle <sup>1)</sup> ..	59.7	66.7	68.4	65.0	52.9	56.5	47.8	67.0	62.5	62.8	49.9	62.7	—	—		
Großbritannien	1000 t															
Steinkohle .....	4 668	4 637	4 347	4 259	4 647	4 736	4 643	2 625	4 452	4 402	4 285	—	—	—		
Ver. Staaten von Amerika	1000 bbls <sup>2)</sup>															
Bituminöse Kohle .....	7 252	7 262	5 909	7 131	6 092	6 152	6 013	5 879	5 974	6 055	—	—	—	—		
Pennsylvania Anthrazit .....	1 001	1 332	894	1 127	926	794	1 147	1 266	868	771	—	—	—	—		
<b>Petroleum (Rohöl)</b>																
Ver. Staaten von Amerika <sup>3)</sup> ....	1000 bbls <sup>2)</sup>															
	2 598	2 610	2 582	2 531	2 488	2 427	2 437	2 482	2 474	2 463	2 482	—	—	—		
<b>Arbeitslosigkeit</b>																
<b>Deutschland<sup>4)</sup></b>																
Verfügbare Arbeitssuchende <sup>5)</sup> ..	1000															
Hauptunterstützungsempfänger i. d. Arbeitslosenversicherung <sup>6)</sup>	—	—	2 641	—	—	4 211	—	4 067	—	—	4 000	—	3 962	—		
i. d. Krisenunterstützung .....	—	—	1 469	—	—	1 718	—	1 579	—	—	1 476	—	1 414	—		
	—	—	865	—	—	914	—	929	—	—	933	—	940	—		
<b>Großbritannien<sup>1)</sup></b>																
Registrierte Arbeitslose <sup>7)</sup> .....	1 885	1 815	1 891	1 933	2 538	2 507	—	2 630	2 603	2 621	4 627	—	2 663	—		
<b>Umsätze und Geschäftsgang</b>																
<b>Güterwagenstellung</b>																
Deutschland gesamt .....	1000															
arbeitsfähig .....	756.4	798.8	784.4	771.9	690.9	608.1	701.1	590.9	670.6	700.4	678.6	685.8	—	—		
Ver. Staaten von Amerika .....	181.5	132.8	130.7	128.6	115.2	121.6	116.8	113.2	117.6	116.7	112.3	114.3	—	—		
	921	937	792	916	747	748	755	711	761	732	—	—	—	—		
<b>Einnahmen aus dem Güterverkehr</b>																
Großbritannien <sup>8)</sup> .....	1000 £															
	1 770	1 767	1 704	1 735	1 692	1 715	1 673	1 297	1 601	1 685	1 584	—	—	—		
<b>Postscheckverkehr</b>																
Deutschland (Lastschriften) <sup>9)</sup> ..	Mill. RM															
	1 210	1 575	1 431	1 411	1 229	991	1 201	1 293	1 139	1 147	1 030	1 247	—	—		
<b>Abrechnungsverkehr</b>																
Großbritannien	Mill. £															
London, gesamt <sup>10)</sup> .....	846	734	1 121	924	932	863	835	665	728	677	713	668	936	—		
Ver. Staaten von Amerika <sup>11)</sup> ..	18 082	11 583	13 503	8 798	9 958	8 380	9 647	7 852	9 141	8 247	9 139	—	—	—		
<b>Wechselproteste Deutschland<sup>1)</sup> 9)</b>																
Anzahl	343	309	294	312	296	219	266	284	244	252	257	214	—	—		
1000 RM	405	363	340	426	372	260	308	334	300	291	301	257	—	—		
<b>Vergleichsverfahren Deutschland</b>																
Konkurse	Anzahl															
Deutschland <sup>1)</sup> .....	38	37	38	36	44	51	39	32	39	39	44	38	35	—		
Ver. Staaten von Amerika <sup>12)</sup> .....	487	490	435	428	632	616	514	528	454	—	478	—	—	—		
<b>Preise</b>																
<b>Großhandelspreise<sup>17)</sup></b>																
<b>Deutschland<sup>18)</sup></b>																
I. Gesamtindex .....	1918 = 100	124.2	124.2	124.0	124.8	113.5	113.5	113.1	112.9	111.6	112.6	112.2	112.8	112.5		
II. Agrarstoffe .....	—	109.1	110.4	110.1	113.1	109.0	109.5	109.0	108.7	105.7	108.2	107.2	108.3	107.9		
III. Kolonialwaren .....	—	114.0	113.6	114.5	113.6	95.7	96.0	95.2	95.0	94.2	94.6	96.7	97.2	97.5		
<b>IV. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren .....</b>																
V. Industrielle Fertigwaren ..	—	151.1	151.1	150.9	150.9	137.4	137.2	137.0	136.9	136.7	136.7	136.7	136.5	136.5		
Produktionsmittel .....	—	188.3	183.3	193.2	188.2	131.3	131.2	131.1	131.0	130.9	130.9	130.7	130.7	130.7		
Konsumgüter .....	—	160.8	160.7	160.4	160.4	142.0	141.8	141.4	141.1	141.1	141.1	141.1	140.9	140.9		
Großbritannien <sup>19)</sup> .....	1918 = 100	111.1	110.8	110.9	110.9	83.8	82.9	82.2	80.9	80.1	80.1	80.0	80.2	81.2		
Frankreich <sup>20)</sup> .....	1928 = 100	546	544	541	—	489	489	489	480	480	477	474	478	—		
Ver. Staaten von Amerika <sup>16)</sup> ..	—	86.2	85.7	85.8	84.5	72.0	71.8	71.0	70.3	70.1	69.7	70.0	70.3	70.0		
<b>Großhandelsindizes</b>																
Weizen, Chicago, nächst. Termin	ots je bu <sup>21)</sup>	93 <sup>3/8</sup>	88 <sup>1/4</sup>	907 <sup>8</sup>	89 <sup>1/4</sup>	82	82 <sup>5/8</sup>	82 <sup>3/8</sup>	82 <sup>1/2</sup>	71 <sup>1/4</sup>	67 <sup>1/4</sup>	70	67 <sup>1/4</sup>	77		
märk., Berlin .....	RM je 1000 kg	294.50	297.50	287.00	283.50	297.75	286.00	284.25	289.00	274.00	275.00	275.00	275.00	270.00		
nächst. Term. .....	—	298.50	290.60	283.50	285.50	293.00	301.50	293.25	292.00	282.00	281.00	282.00	282.00	269.50		
Roggen, märk. .....	—	174.50	174.50	174.50	174.50	200.00	196.00	199.00	203.00	197.00	197.00	204.00	212.00	214.00		
nächst. Term. .....	—	174.00	169.50	168.50	161.50	204.50	205.50	205.00	203.00	193.00	195.50	203.00	204.00	193.50		
Weizenmehl, .....	RM je 100 kg	38.75	37.75	37.00	36.50	37.25	36.50	36.25	36.25	35.25	35.38	35.13	34.76	34.38		
Roggenmehl, .....	—	22.68	23.45	24.00	23.75	27.35	27.63	26.75	27.63	27.38	27.20	27.68	30.00	29.75		
Mais, New York .....	ots je bu <sup>22)</sup>	37 <sup>1/2</sup>	38	38 <sup>3/4</sup>	37 <sup>3/4</sup>	37 <sup>3/4</sup>	37 <sup>3/4</sup>	37 <sup>3/4</sup>	37 <sup>3/4</sup>	37 <sup>3/4</sup>	37 <sup>3/4</sup>	37 <sup>3/4</sup>	37 <sup>3/4</sup>	37 <sup>3/4</sup>		
Chicago, nächst. Termin ..	—	76 <sup>1/2</sup>	75	74 <sup>3/4</sup>	74 <sup>3/4</sup>	74 <sup>3/4</sup>	74 <sup>3/4</sup>	74 <sup>3/4</sup>	74 <sup>3/4</sup>	74 <sup>3/4</sup>	74 <sup>3/4</sup>	74 <sup>3/4</sup>	74 <sup>3/4</sup>	74 <sup>3/4</sup>		
Füttergerste, Berlin .....	RM je 1000 kg	174.50	178.00	178.00	175.00	237.00	237.00	237.00	234.50	221.00	218.00	214.00	192.50	188.00		
Hafer, .....	—	167.50	165.50	162.50	160.50	194.00	201.00	192.50	194.50	183.50	185.50	179.50	200.50	167.00		
Zucker, New York, nächst. Term	ots je lb <sup>23)</sup>	1.30	1.27	1.25	1.24	1.13	1.15	1.13	1.11	1.15	1.24	1.20	1.23	1.18		
London .....	sh je cw <sup>24)</sup>	6.0	5.9	5.9	5.7	6.1	6.2	6.4 <sup>1/2</sup>	6.1 <sup>1/2</sup>	6.4	6.4	6.3 <sup>1/2</sup>	6.4 <sup>1/2</sup>	6.1 <sup>1/2</sup>		
Magdeburg .....	RM je 50 kg <sup>25)</sup>	26.45	26.15	26.15	26.90	27.00	26.75	27.00	26.90	26.90	32.40	32.50	32.50	32.50		
Kaffee, Rio 7, New York .....	ots je lb <sup>26)</sup>	9 <sup>1/4</sup>	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9		
nächst. Term. .....	—	7.73	7.45	7.01	6.46	6.25	6.51	6.49	6.73	6.99	6.16	6.25	5.99	5.88		
Hamburg <sup>27)</sup> .....	RPF je 1/2 kg	40.50	40.76	41.50	39.00	34.00	33.00	31.50	31.00	32.50	33.38	35.13	33.38	33.63		
Kakao, Accra <sup>28)</sup> , London	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
nächst. Termin .....	sh je cw <sup>29)</sup>	34.0	34.0	30.6	30.0	19.6	19.0	19.0	19.0	17.0	17.4 <sup>1/2</sup>	17.0	22.6	20.8		
Hamburg .....	sh je 50 kg	37.8	37.8	37.8	37.9	22.8	22.0	21.6	20.6	20.0	20.6	22.6	26.0	23.6		
Reis, Burma II, London .....	sh je cw <sup>30)</sup>	13.0	13.0	13.0	12.0	7.0	7.1 <sup>1/2</sup>	7.4 <sup>1/2</sup>	7.4 <sup>1/2</sup>	7.0	6.10 <sup>1/2</sup>	6.7 <sup>1/2</sup>	6.1 <sup>1/2</sup>	7.3		
Leinsaat <sup>30)</sup> , nächst. Term. London	£ per lgr <sup>31)</sup>	7.15	0.17	17.7	18.12	10.15	10.7	10.2	10.5	9.15	9.15	9.15	10.10	10.10		
Kopra <sup>32)</sup> .....	—	18.0	18.17	19.0	18.12	13.10	13.10	12.12	12.5	11.0	11.2	11.13	12.15	14.63		
Schmalz, Chicago, nächst. Termin	ots je lb <sup>33)</sup>	9.52 <sup>1/2</sup>	9.40	9.42	9.45	8.20	8.21	7.72 <sup>1/2</sup>	7.42 <sup>1/2</sup>	7.95	7.95	7.95	8.25	8.42 <sup>1/2</sup>		
Baumwollöl, roh, N. Y. ....	ots je lb <sup>34)</sup>	8.19	8.15	7.90	7.90	6.37 <sup>1/2</sup>	6.37 <sup>1/2</sup>	6.37 <sup>1/2</sup>	6.37 <sup>1/2</sup>	6.90	6.90	6.90	6.50	6.50		
Gummi, first latex crepe, N. Y. ..	ots je lb <sup>35)</sup>	12 <sup>1/2</sup>	12	12	12	6	7	6	6	6	6	6	6	6		
London .....	sh je lb <sup>36)</sup>	0.6	0.6 <sup>1/2</sup>	0.6 <sup>1/2</sup>	0.6 <sup>1/2</sup>	0.2 <sup>1/2</sup>	0.3	0.3 <sup>1/2</sup>	0.3 <sup>1/2</sup>	0.3	0.2 <sup>1/2</sup>	0.3	0.3 <sup>1/2</sup>	0.2 <sup>1/2</sup>		
Hamburg, nächst. Term. ....	RM je 100 kg	112.50	110.00	110.00	112.50	66.25	65.63	58.75	57.50	65.00	56.25	56.25	56.25	51.25		
Baumwolle, middling, New York	ots je lb <sup>37)</sup>	13.55	13.25	13.65	13.15	9.70	9.90	9.10	8.65	8.35	8.25	8.95	9.70	9.95		
Liverpool .....	d je lb <sup>38)</sup>	7.50	7.44	7.70	7.57	5.48	5.45	6.01	4.82	4.84	4.61	4.74	6.22	6.54		
Wolle <sup>39)</sup> , dt. Inlandspreis <sup>40)</sup> .....	d je lb <sup>39)</sup>	5.25	5.25	5.30	5.30	4.88	4.47	4.09	3.92	3.78	3.98	4.04	4.39	4.48		
Kammzug <sup>41)</sup> .....	d je lb <sup>40)</sup>	18	18	18	18	20	21	20	20	19 <sup>1/2</sup>	19 <sup>1/2</sup>	19 <sup>1/2</sup>	20	20		
Jute, London, nächst. Termin ..	£ je lgr <sup>42)</sup>	22.12	22.12	22.20	20.12	16.7	16.10	16.50	16.50	16.7	16.12	16.7	16.10	16.10		
Haft, Manila, London .....	—	24.00	24.00	24.00	25.00	17.15	17.10	17.50	17.10</							



Einheit	1930								1931																																		
	Juni		Juli		Mai				Juni				Juli																														
	25.   26.   27.   28.   29.   30.   31.   1.   2.   3.   4.   5.   6.   7.   8.   9.   10.   11.   12.   13.   14.   15.   16.   17.   18.   19.   20.   21.   22.   23.   24.   25.   26.   27.   28.   29.   30.   31.																																										
<b>Großhandelspreise<sup>17)</sup></b>																																											
Kupfer, elektrolyt., New York ..	ots je lb <sup>11)</sup>	11,75	12,00	12,00	11,75	9,85	9,77 <sup>1/2)</sup>	9,27 <sup>1/2)</sup>	9,27 <sup>1/2)</sup>	8,77 <sup>1/2)</sup>	8,52 <sup>1/2)</sup>	8,57 <sup>1/2)</sup>	8,52 <sup>1/2)</sup>	9,27 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>	9,32 <sup>1/2)</sup>					
standard, London .....	£ je lg <sup>12)</sup>	47,24	43,17,8	56,10,0	48,7	40,0,0	40,8,9	38,17,6	37,16,1	35,1,3	35,3,9	34,7,6	37,7	38,10,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6	37,2,6			
London, 3 Monate .....	£ je lb <sup>13)</sup>	132,10,0	136,12,8	186,1,3	134,8,3	09,15,0	104,10,0	103,17,8	102,2,0	100,12,8	110,16,0	101,15,0	118,17	114,2,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	117,12,8	
Zinn, standard, London .....	£ je lb <sup>14)</sup>	134,10,0	138,10,0	137,8,3	136,2,6	06,2,8	105,15,0	108,5,0	103,10,0	102,0,0	102,0,0	107,6,0	110,10,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0	116,0,0		
Zinn, New York .....	ots je lb <sup>11)</sup>	4,62 <sup>1/2)</sup>	4,90	4,10	4,10	3,25	3,25	3,85	3,30	3,25	3,25	3,85	3,50	3,9	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00			
London, greifb. ....	£ je ton	16,8	16,50	15,19,8	15,15,0	10,10,0	10,12,6	10,10,0	10,12,6	9,16,8	10,5,0	11,0,0	12,7,6	18,8,9	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	
Blei, New York .....	ots je lb <sup>15)</sup>	5,40	5,25	5,2	5,25	4,0	3,75	3,75	3,75	3,75	3,75	3,75	4,0	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40	4,40		
London .....	£ je ton	17,17,8	18,0,0	18,1,8	18,0,0	11,18,9	11,11,3	11,10,0	11,7,0	10,18,9	10,17,6	11,5,0	12,17,6	18,8,9	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8	12,6,8
Silber, New York .....	ots je oz fine <sup>16)</sup>	34,18	33,38	33,75	33,50	28,25	28,00	27,25	26,75	23,50	26,50	26,63	28,25	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18	29,18
Barren <sup>16)</sup> London .....	d	15 <sup>12)</sup> / <sub>16</sub>	15 <sup>12)</sup> / <sub>16</sub>	15 <sup>12)</sup> / <sub>16</sub>	15 <sup>12)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	12 <sup>6)</sup> / <sub>16</sub>	2	12 <sup>6)</sup> / <sub>16</sub>	12 <sup>6)</sup> / <sub>16</sub>	12 <sup>6)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	
Barren <sup>16)</sup> London .....	d	15 <sup>12)</sup> / <sub>16</sub>	15 <sup>12)</sup> / <sub>16</sub>	15 <sup>12)</sup> / <sub>16</sub>	15 <sup>12)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	12 <sup>6)</sup> / <sub>16</sub>	2	12 <sup>6)</sup> / <sub>16</sub>	12 <sup>6)</sup> / <sub>16</sub>	12 <sup>6)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	13 <sup>9)</sup> / <sub>16</sub>	
<b>Einzelhandelspreise (Berlin)<sup>18)</sup></b>																																											
Roggenbrot, ortstüblich .....	RM je kg	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39	0,39		
Schweinefleisch (Bauschfleisch) .....	RM je Stck	2,01	1,99	2,40	1,8	1,37	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	1,35	
Butter (Molkerel) .....	RM je l	3,14	3,26	3,34	3,37	3,12	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05	3,05
Eier .....	RM je 12	0,11	0,11	0,11	0,12	0,10	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	0,09 <sup>1/2)</sup>	
Vollmilch, ab Laden .....	RM je l	0,26	0,30	0,30	0,31	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	0,29	
Brikette, frei Keller .....	RM je Ztr	1,70	1,70	1,70	1,70	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68	1,68
Steinkohle, frei Keller .....	RM je Ztr	2,41	2,41	2,41	2,41	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38	2,38
<b>Geld- und Kapitalmarkt</b>																																											
<b>Tägliches Geld<sup>19)</sup></b>																																											
Berlin .....	% p. a	2,98	3,08	5,25	4,08	5,31	4,50	5,53	5,63	5,42	5,50	7,54	7,61	9,40	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75	9,75		
London .....	% p. a	2,17	1,63	1,88	2,17	2,03	2,00	1,75	1,78	1,54	1,50	1,29	1,75	1,73	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63	1,63
Amsterdam .....	% p. a	0,73	0,75	1,65	1,63	1,58	1,58	1,03	1,03	1,62	0,83	0,53	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50	0,50
New York .....	% p. a	2,54	2,17	2,60	2,45	1,50	1,35	1,75	1,50	1,50	1,75	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50
<b>Langfristiges Geld<sup>20)</sup></b>																																											
Berlin Monatsgeld .....	% p. a	4,83	4,56	4,50	4,50	5,84	5,78	5,88	5,88																																		



Berliner Börsenkurse vom 2. bis 8. Juli 1931

(Einkaufskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

Main table containing various financial data sections: Heimische Anleihen, Ausländische Anleihen, Bank-Werte, Bahnen-Werte, Schiffahrts-Werte, Automobil-Werte, Chemische Werte, Elektrizitäts-Werte, Kali-Werte, Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien, Maschinen- und Metall-Fabrik-Aktien, Montan-Werte, Textil-Werte, Sonstige Werte. Each section lists securities with columns for Div. % and dates 2.7., 3.7., 4.7., 6.7., 7.7., 8.7.

1) Abschlagsdividende. — 2) RM je Stück = 200 Schilling. — \*) Dividendenabschlag.



Verantwortlich für die Redaktion: R. Bernfeld, Berlin W 62. — Für die Inserate: W. Hess. — Verlag: Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131. Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — Druck: Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Straße 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — Bezugspreis: Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifenband im Inland und in Österreich 15 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck: Berlin Nr. 149 296.

Finanzanzeigen in diesem Heft:

Actiengesellschaft Charlottenhütte: Bilanz und Dividende.  
Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation Aschaffenburg: Bilanz und Dividende.  
Bank für Brau-Industrie: Dividende.  
Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft: Bilanz.  
Rudolph Karstadt Aktiengesellschaft: Bilanz.  
Rütgerswerke Aktiengesellschaft: Bilanz.

## Bank für Brau-Industrie

Die auf 11% festgesetzte Dividende gelangt von heute ab bei den bekannten Zahlstellen zur Ausschüttung, und zwar für die Aktien mit den Nr. 1—10 000 sowie Nr. 209 661—213 200 und Nr. 213 401—234 650 auf die Gewinnanteilscheine Nr. 5, für die Aktien Nr. 10 001—209 650 auf die Gewinnanteilscheine für 1930/31.

Berlin  
Dresden, den 6. Juli 1931.

## Bank für Brau-Industrie

Dr. Krüger. Thieben. Behrend. Dr. Friedmann.

### Rütgerswerke - Aktiengesellschaft

Bilanz per 31. Dezember 1930

Besitz.	RM
Noch nicht eingezahltes Aktienkapital ..	6 000 000,—
Anlagen .....	29 585 005,—
Beteiligungen .....	33 618 003,91
Warenbestände .....	12 373 936,50
Effekten .....	344 929,47
Wechsel .....	791 810,64
Bar .....	89 003,44
Avaie .....	RM 2 785 910,07
Bankguthaben .....	2 586 092,30
Forderungen an Tochtergesellschaften und befreundete Unternehmungen .....	2 938 260,75
Schuldner .....	8 997 052,22
	<b>97 324 094,23</b>

Verbindlichkeiten.	RM
Grundkapital:	
Inhaberaktien .....	72 000 000,—
Namensaktien, vollgezahlt .....	8 000 000,—
Ordentliche Rücklage .....	8 466 633,77
Wohlfahrtsfonds .....	1 005 032,69
Avale .....	RM 2 785 910,07
Schulden an Tochtergesellschaften und befreundete Unternehmungen .....	1 681 120,40
Gläubiger .....	4 522 158,83
Reingewinn .....	1 649 148,54
	<b>97 324 094,23</b>

#### Gewinn- und Verlustrechnung für 1930

Soll.	RM
Steuern .....	1 763 419,56
Abschreibungen auf Anlagen .....	2 368 134,97
Reingewinn .....	1 649 148,54
	<b>5 780 703,07</b>
Haben.	RM
Gewinn-Vortrag .....	128 138,05
Bruttogewinn .....	5 652 565,02
	<b>5 780 703,07</b>

Berlin, den 3. Juli 1931

DER VORSTAND

# Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau.

Abschluß am 31. Dezember 1930

Gewinn- und Verlust-Konto.

Soll.	RM.
Geschäftskosten-Konto .....	1 390 502,70
Obligationszinsen-Konto .....	102 736,25
Erneuerungs- und Abschreibungsfonds-Konto .....	1 500 000,—
Bilanz-Konto	
Für den Überschuß .....	7 256 026,57
	<b>10 249 265,52</b>
Haben.	RM.
Vortrag aus 1929 .....	223 368,01
Zinsen-Konto .....	339 493,71
Konto der Beteiligungen .....	5 072 443,18
Konten der Gasanstalten, der Elektrizitätswerke und der Überlandzentralen	
Für die Bruttogewinne aus dem Betriebsjahre 1930 .....	4 613 960,62
Gewinnverteilung.	RM.
Überschuß .....	7 256 026,57
4 % Dividende .....	3 000 000,—
	4 256 026,57
Tantième an d. Aufsichtsrat .....	304 054,05
	3 951 972,52
5 % Restdividende .....	3 750 000,—
	201 972,52
Für Pensionen und Unterstützungszwecke .....	125 000,—
Vortrag für 1931 .....	76 972,52
	<b>10 249 265,52</b>

Bilanz-Konto.

Aktiva.	RM.
Kasse-Konto .....	117 763,60
Immobilien-Konto .....	150 000,—
Mobilien-Konto .....	1,—
Konto des Laboratoriums .....	1,—
Schuldner .....	10 671 841,74
Konto der Beteiligungen .....	74 341 997,37
Konten der Gasanstalten, der Elektrizitätswerke und der Überlandzentralen	
Für deren Bau- u. Betriebskapitalien	
Bürgschaften .....	72 092 452,63
	<b>157 374 057,34</b>
Passiva.	RM.
Aktienkapital-Konto, Stammaktien ....	75 000 000,—
Obligations-Konto .....	2 124 822,30
Ordentliche Rücklage-Konto .....	11 500 000,—
Erneuerungs- und Abschreibungsfonds-Konto .....	50 971 341,16
Versicherungs-Konto .....	2 299 266,41
Noch nicht abgehobene Dividende für 1927/28 .....	21 125,52
Noch nicht abgehobene Obligationszinsen	
Genußrechte-Tilgungsfonds-Konto .....	6 887,71
Konto der ausgelosten Genußrechte .....	328,50
	4 210,—
Gläubiger .....	8 190 049,17
Gewinn- und Verlust-Konto .....	7 256 026,57
Bürgschaften .....	72 092 452,63
	<b>157 374 057,34</b>

Der Vorstand der  
Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft.  
Heck, Generaldirektor.





# Rohre aller Art



nahtlos bis 650 mm  $\odot$   
überlappt geschweißt von 300 bis 4000 mm  $\odot$

Schmiedeeiserne Fässer / Lichtmaste / Leitungsmaste  
Grob-, Mittel- und Feibleche

**MANNESMANNRÖHREN-WERKE / DUSSELDORF**

## Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation Aschaffenburg.

Bilanz per 31. Dezember 1930.

Aktiva:		RM	RM	Passiva:		RM	RM
Fabrikanlagen in Aschaffenburg, Stockstadt a. M., Walsum a. Niederrhein:				Aktienkapital:			
a) Grundstücke	RM			Stammaktien .....		23 000 000,—	
Buchwert am 1. Januar 1930	1 906 890,—	1 947 910,—		Vorzugsaktien .....		200 000,—	23 200 000,—
Zugang in 1930 .....	41 020,—			Gesetzliche Rücklage .....			2 320 000,—
b) Gebäude				Wohlfahrts-Konto .....			200 000,—
Buchwert am 1. Januar 1930	6 609 060,—	6 751 070,—		Hypothekar-Darlehen <sup>2)</sup> .....		6 000 000,—	
Zugang in 1930 .....	142 010,—			Langfristiges Amortisations-Darlehen <sup>2)</sup> ..		2 500 000,—	
c) Maschinen und Apparate				abzüglich Amortisation .....		8 500 000,—	8 106 890,90
Buchwert am 1. Januar 1930	12 700 940,—	13 546 340,—		Abschreibungs- und Werkerhaltungs-Konto		6 438 000,—	
Zugang in 1930 .....	845 400,—			Zuweisung 1930 .....		1 562 000,—	8 000 000,—
d) Gleisanlagen, Fuhrpark, Utensilien usw.				Rückstellungen			
Buchwert am 1. Januar 1930	983 260,—			für fällige Dividende, Dezember-Löhne,			478 009,88
Zugang in 1930 .....	46 300,—	1 029 560,—	23 274 880,—	Berufsgenossenschafts-Beiträge usw.			
Bestände:				Kreditoren:			
an Roh-, Betriebs- und Werkstattmaterialien .....	2 240 641,—			Lieferanten-Schulden .....		3 342 792,86	
an Holz und Waldgütern .....	14 971 100,—			Bankschulden .....		12 168 037,24	15 508 830,10
an halbfertigen und fertigen Produkten	4 170 179,—			Bürgschaften und Holzabnahmeverpflichtungen .....		RM 5 463 500,—	
an Kasse .....	87 163,08			Gewinn- und Verlust-Konto:			
an Wechseln .....	698 087,67			Gewinn-Vortrag aus 1929 .....		300 355,42	
an Effekten und dauernden Beteiligungen <sup>1)</sup> .....	6 085 003,—	28 252 173,70		Reingewinn in 1930 .....		1 276 089,35	1 576 444,77
an Verwertungsaktien <sup>1)</sup> .....		387 500,—					
Debitoren:							
Debitoren einschließlich Holzvorschüsse	6 208 447,26						
Bankguthaben .....	146 673,27						
Guthaben bei Tochtergesellschaften .....	1 121 500,90	7 475 621,45					
Bürgschaften und Holzlieferungsansprüche .....	RM 5 463 500,—						
		59 390 175,15					59 390 175,15

<sup>1)</sup> Die Effekten, Beteiligungen und Verwertungsaktien sind gegenüber dem Vorjahre und dem Einführungsprospekt vom Oktober 1929 im wesentlichen unverändert geblieben.

<sup>2)</sup> Das Hypothekar- und langfristige Amortisations-Darlehen hat sich gegen den Stand vom 31. Dezember 1929 um 134 649,90 RM durch Amortisation vermindert.

### Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1930.

Debet:		RM	RM	Kredit:		RM	RM
1. General-Unkosten:				Gewinn-Vortrag aus 1929 .....			300 355,42
Allgemeine Unkosten .....	2 027 809,47			Betriebsgewinne und sonstige Einnahmen		7 737 956,64	
Gewinnanteil des Aufsichtsrates .....	73 718,55			Ertrag aus Effekten .....		8 191,79	7 746 147,43
Steuern .....	1 431 419,37	3 532 947,39					
2. Zinsen und Spesen für Hypotheken- und Bankschulden .....			1 375 110,69				
3. Abschreibungen auf Fabrikanlagen:							
auf Gebäude .....	264 500,—						
auf Maschinen und Apparate .....	1 178 000,—						
auf Gleisanlag., Fuhrpark Utensil. usw.	119 500,—	1 562 000,—					
4. Bilanz-Konto:							
Gewinn-Vortrag aus 1929 .....	300 355,42						
Reingewinn in 1930 .....	1 276 089,35	1 576 444,77					
		8 046 502,85					8 046 502,85

Für das Geschäftsjahr 1930 gelangt eine Dividende von 6% = RM 18,— unter Abzug der Kapitalertragsteuer auf die Dividendenscheine Nr. 14 ab 1. Juli 1931 zur Auszahlung, und zwar:

- bei der Gesellschaftskasse in Aschaffenburg,
- bei der Bayer. Vereinsbank München und Aschaffenburg,
- bei der Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Berlin, Frankfurt a. M., Dresden, Wiesbaden, München und Königsberg i. Pr.,
- bei der Dresdner Bank Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Wiesbaden, München, Königsberg i. Pr. und Aschaffenburg,
- bei der Firma C. G. Trinkaus Inh. Engels & Co., Düsseldorf,

bei der Maatschappij voor Chemische Waren, Rotterdam, bei dem Schweizerischen Bankverein, Zürich.

Aus unserem Aufsichtsrat sind ausgeschieden die Herren: Walter von Mayrhauser, Direktor der Bayerischen Vereinsbank München, Kommerzienrat Wilhelm Pfeiffer, Düsseldorf. Neu in den Aufsichtsrat sind gewählt die Herren: Konsul Hans van Gülp, Aachen, Direktor Herbert Gutmann, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, Berlin, Kommerzienrat Otto Hoesch, Pirna, Kurt Kraemer, Direktor der Dresdner Bank, Dresden. Aschaffenburg, den 30. Juni 1931.

Der Vorstand.



Verantwortlich für die Redaktion: R. Bernfeld, Berlin W 62. — Für die Inserate: W. Hess. — Verlag: Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131, Fernsprecher B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — Druck: Buchdruckerei Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Straße 29. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion auch wenn Rückporto beiliegt, keine Verantwortung. — Bezugspreis: Bei Postzustellung 12 RM pro Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland und in Österreich 15 RM, im übrigen Ausland 14 RM. Postscheck: Berlin Nr. 149 296.

Finanzanzeigen in diesem Heft:  
 Actiengesellschaft Charlottenhütte: Bilanz und Dividende.  
 Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation Aschaffenburg: Bilanz und Dividende.  
 Bank für Brau-Industrie: Dividende.  
 Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft: Bilanz.  
 Rudolph Karstadt Aktiengesellschaft: Bilanz.  
 Rütgerswerke Aktiengesellschaft: Bilanz.

## Bank für Brau-Industrie

Die auf 11% festgesetzte Dividende gelangt von heute ab bei den bekannten Zahlstellen zur Ausschüttung, und zwar für die Aktien mit den Nr. 1—10 000 sowie Nr. 209 661—213 200 und Nr. 213 401—234 650 auf die Gewinnanteilscheine Nr. 5, für die Aktien Nr. 10 001—209 650 auf die Gewinnanteilscheine für 1930/31.

Berlin  
 Dresden, den 6. Juli 1931.

## Bank für Brau-Industrie

Dr. Krüger. Thieben. Behrend. Dr. Friedmann.

### Rütgerswerke - Aktiengesellschaft

Bilanz per 31. Dezember 1930

Besitz.		RM
Noch nicht eingezahltes Aktienkapital ..		6 000 000,—
Anlagen .....		29 585 005,—
Beteiligungen .....		33 618 003,91
Warenbestände .....		12 373 936,50
Effekten .....		344 929,47
Wechsel .....		791 810,64
Bar .....		89 003,44
Avale .....	RM 2 785 910,07	
Bankguthaben .....		2 586 092,30
Forderungen an Tochtergesellschaften und befreundete Unternehmungen .....		2 938 260,75
Schuldner .....		8 997 052,22
		<b>97 324 094,23</b>

Verbindlichkeiten.		RM
Grundkapital:		72 000 000,—
Inhaberaktien .....		8 000 000,—
Namensaktien, vollgezahlt .....		8 466 633,77
Ordentliche Rücklage .....		1 005 032,69
Wohlfahrtsfonds .....		
Avale .....	RM 2 785 910,07	
Schulden an Tochtergesellschaften und befreundete Unternehmungen .....		1 681 120,40
Gläubiger .....		4 522 158,83
Reingewinn .....		1 649 148,54
		<b>97 324 094,23</b>

### Gewinn- und Verlustrechnung für 1930

Soll.		RM
Steuern .....		1 763 419,56
Abschreibungen auf Anlagen .....		2 368 134,97
Reingewinn .....		1 649 148,54
		<b>5 780 703,07</b>
Haben.		RM
Gewinn-Vortrag .....		128 138,05
Bruttogewinn .....		5 652 565,02
		<b>5 780 703,07</b>

Berlin, den 3. Juli 1931

DER VORSTAND

# Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft in Dessau.

Abschluß am 31. Dezember 1930

Gewinn- und Verlust-Konto.

Soll.	RM.
Geschäftskosten-Konto .....	1 390 502,70
Obligationszinsen-Konto .....	102 736,25
Erneuerungs- und Abschreibungsfonds-Konto .....	1 500 000,—
Bilanz-Konto	
Für den Überschuß .....	7 256 026,57
	<b>10 249 265,52</b>
Haben.	RM.
Vortrag aus 1929 .....	223 368,01
Zinsen-Konto .....	339 493,71
Konto der Beteiligungen .....	5 072 443,18
Konten der Gasanstalten, der Elektrizitätswerke und der Überlandzentralen	
Für die Bruttogewinne aus dem Betriebsjahre 1930 .....	4 613 960,62
	<b>10 249 265,52</b>
Gewinnverteilung. RM.	
Überschuß .....	7 256 026,57
4 % Dividende .....	3 000 000,—
	4 256 026,57
Tantième an d. Aufsichtsrat .....	304 054,05
	3 951 972,52
5 % Restdividende .....	3 750 000,—
	201 972,52
Für Pensionen und Unterstützungszwecke .....	125 000,—
Vortrag für 1931 .....	76 972,52
	<b>10 249 265,52</b>

### Bilanz-Konto.

Aktiva.		RM.
Kasse-Konto .....		117 763,60
Immobilien-Konto .....		150 000,—
Mobilien-Konto .....		1,—
Konto des Laboratoriums .....		1,—
Schuldner .....		10 671 841,74
Konto der Beteiligungen .....		74 341 997,37
Konten der Gasanstalten, der Elektrizitätswerke und der Überlandzentralen		
Für deren Bau- u. Betriebskapitalien		72 092 452,63
Bürgschaften .....	RM. 21 045 045,—	
		<b>157 374 057,34</b>
Passiva.		RM.
Aktienkapital-Konto, Stammaktien ....		75 000 000,—
Obligations-Konto .....		2 124 822,30
Ordentliche Rücklage-Konto .....		11 500 000,—
Erneuerungs- und Abschreibungsfonds-Konto .....		50 971 341,16
Versicherungs-Konto .....		2 299 266,41
Noch nicht abgehobene Dividende für 1927/28 .....		21 125,52
Noch nicht abgehobene Obligationszinsen		6 887,71
Genußrechte-Tilgungsfonds-Konto .....		328,50
Konto der ausgelosten Genußrechte ....		4 210,—
Gläubiger .....		8 190 049,17
Gewinn- und Verlust-Konto .....		7 256 026,57
Bürgschaften .....	RM. 21 045 045,—	
		<b>157 374 057,34</b>

Der Vorstand der  
 Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft.  
 Heck, Generaldirektor.





# Rohre aller Art



nahtlos bis 650 mm  $\varnothing$   
überlappt geschweißt von 300 bis 4000 mm  $\varnothing$

Schmiedeeiserne Fässer / Lichtmaste / Leitungsmaste  
Grob-, Mittel- und Feibleche

**MANNESMANNRÖHREN-WERKE / DUSSELDORF**

## Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation Aschaffenburg.

Bilanz per 31. Dezember 1930.

Aktiva:		RM	RM	Passiva:		RM	RM
Fabrikanlagen in Aschaffenburg, Stockstadt a. M., Walsum a. Niederrhein:				Aktienkapital:			
a) Grundstücke	RM			Stammaktien .....	23 000 000,—		
Buchwert am 1. Januar 1930	1 906 890,—			Vorzugsaktien .....	200 000,—	23 200 000,—	
Zugang in 1930 .....	41 020,—	1 947 910,—		Gesetzliche Rücklage .....			2 320 000,—
b) Gebäude				Wohlfahrts-Konto .....			200 000,—
Buchwert am 1. Januar 1930	6 609 060,—			Hypothekar-Darlehen <sup>2)</sup> .....	6 000 000,—		
Zugang in 1930 .....	142 010,—	6 751 070,—		Langfristiges Amortisations-Darlehen <sup>2)</sup> ..	2 500 000,—		
c) Maschinen und Apparate				abzüglich Amortisation .....	8 500 000,—		
Buchwert am 1. Januar 1930	12 760 940,—			Abschreibungs- und Werkerhaltungs-Konto	399 109,10	8 106 890,90	
Zugang in 1930 .....	845 400,—	13 546 340,—		Zuweisung 1930 .....	6 438 000,—		
d) Gleisanlagen, Fuhrpark, Utensilien usw.				Rückstellungen für fällige Dividende, Dezember-Löhne, Berufsgenossenschafts-Beiträge usw.	1 562 000,—		8 000 000,—
Buchwert am 1. Januar 1930	983 260,—			Kreditoren:			
Zugang in 1930 .....	46 800,—	1 029 560,—	23 274 880,—	Lieferanten-Schulden .....	3 342 792,86		
Bestände:				Bankschulden .....	12 166 037,24	15 508 830,10	
an Roh-, Betriebs- und Werkstattmaterialien .....	2 240 641,—			Bürgschaften und Holzabnahmeverpflichtungen .....	RM 5 463 500,—		
an Holz und Waldgütern .....	14 971 100,—			Gewinn- und Verlust-Konto:			
an halbfertigen und fertigen Produkten .....	4 170 179,—			Gewinn-Vortrag aus 1929 .....	300 355,42		
an Kasse .....	87 163,08			Reingewinn in 1930 .....	1 276 089,35	1 576 444,77	
an Wechseln .....	698 087,67						
an Effekten und dauernden Beteiligungen <sup>1)</sup> .....	6 085 003,—	28 252 173,70					
an Verwertungsaktien <sup>1)</sup> .....		387 500,—					
Debitoren:							
Debitoren einschließlich Holzvorschüsse	6 208 447,28						
Bankguthaben .....	145 673,27						
Guthaben bei Tochtergesellschaften .....	1 121 500,90	7 475 621,45					
Bürgschaften und Holzlieferungsansprüche .....	RM 5 463 500,—						
		59 390 175,15					59 390 175,15

<sup>1)</sup> Die Effekten, Beteiligungen und Verwertungsaktien sind gegenüber dem Vorjahre und dem Einführungsprospekt vom Oktober 1929 im wesentlichen unverändert geblieben.

<sup>2)</sup> Das Hypothekar- und langfristige Amortisations-Darlehen hat sich gegen den Stand vom 31. Dezember 1929 um 134 649,90 RM durch Amortisation vermindert.

### Gewinn- und Verlustrechnung per 31. Dezember 1930.

Debet:		RM	RM	Kredit:		RM	RM
1. General-Unkosten:				Gewinn-Vortrag aus 1929 .....			300 355,42
Allgemeine Unkosten .....	2 027 809,47			Betriebsgewinne und sonstige Einnahmen .....	7 737 955,64		
Gewinnanteil des Aufsichtsrates .....	73 718,55			Ertrag aus Effekten .....	8 191,78	7 746 147,43	
Steuern .....	1 431 419,37	3 532 947,39					
2. Zinsen und Spesen für Hypotheken- und Bankschulden .....			1 375 110,69				
3. Abschreibungen auf Fabrikanlagen:							
auf Gebäude .....	264 500,—						
auf Maschinen und Apparate .....	1 178 000,—						
auf Gleisanlag., Fuhrpark Utensil. usw.	119 500,—	1 562 000,—					
4. Bilanz-Konto:							
Gewinn-Vortrag aus 1929 .....	300 355,42						
Reingewinn in 1930 .....	1 276 089,35	1 576 444,77					
		8 046 502,85					8 046 502,85

Für das Geschäftsjahr 1930 gelangt eine Dividende von 6% = RM 18,— unter Abzug der Kapitalertragsteuer auf die Dividendenscheine Nr. 14 ab 1. Juli 1931 zur Auszahlung, und zwar:

- bei der Gesellschaftskasse in Aschaffenburg,
- bei der Bayer. Vereinsbank München und Aschaffenburg,
- bei der Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Berlin, Frankfurt a. M., Dresden, Wiesbaden, München und Königsberg i. Pr.,
- bei der Dresdner Bank Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Wiesbaden, München, Königsberg i. Pr. und Aschaffenburg,
- bei der Firma C. G. Trinkaus Inh. Engels & Co., Düsseldorf,

bei der Maatschappij voor Chemische Waren, Rotterdam, bei dem Schweizerischen Bankverein, Zürich.

Aus unserem Aufsichtsrat sind ausgeschieden die Herren: Walter von Mayrhauser, Direktor der Bayerischen Vereinsbank München, Kommerzienrat Wilhelm Pfeiffer, Düsseldorf.

Neu in den Aufsichtsrat sind gewählt die Herren: Konsul Hans van Gülpen, Aachen, Direktor Herbert Gutmann, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank, Berlin, Kommerzienrat Otto Hoesch, Pirna, Kurt Kraemer, Direktor der Dresdner Bank, Dresden.

Aschaffenburg, den 30. Juni 1931.

Der Vorstand.



# Rudolph Karstadt Aktiengesellschaft

Bilanz per 31. Januar 1931

Aktiva		RM.	Passiva		RM.
Grundstücke:	RM.		Aktienkapital .....		80 000 000,—
Bestand am 1. Febr. 1930	55 547 126,13		Gesetzlicher Reservefonds .....		23 421 633,40
Zugang .....	5 042 942,65		Hypothekarisch gesicherte 6%ige Dollar-		
	60 590 068,78		Obligations-Anleihe .... \$ 14 341 000,—		60 232 200,—
Abgang .....	13 030 138,—	47 559 930,78	Lindemann Amerika-Kred. \$ 882 326,40		3 705 770,88
Gebäude:			Hypotheken .....		36 036 693,56
Bestand am 1. Febr. 1930	85 489 549,91		Pensionsfonds.....		3 000 000,—
Zugang .....	21 460 412,22		Sonstige langfristige Verbindlichkeiten		26 212 350,—
	106 949 962,13		Guthaben d. Geschäftsführer u. Angest.		3 776 287,84
Abgang .....	16 151 903,77		Restschuld für gekaufte Grundstücke ..		375 064,74
	90 798 058,36		Warenkreditoren .....		32 645 341,10
Abschreibung .....	2 393 411,83	88 404 616,53	Sonstige Kreditoren und transitorische		
Inventar und Maschinen:			Posten .....		10 844 821,13
Bestand am 1. Febr. 1930	25 663 519,28		Bankschulden.....		75 070 881,18
Zugang .....	5 765 554,94		Akzpte .....		224 075,73
	31 429 174,22		Übernommene Bürgschaften 9 139 600,—		
Abgang .....	636 472,72				
	30 792 701,50	28 013 308,60			
Abschreibung .....	2 779 392,90				
Vorauszahlungen für Neubauten und					
Einrichtungen .....		9 331 811,67			
Beteiligungen und Wertpapiere (ein-					
schließlich Gutsbesitz) .....		32 152 572,80			
Hypothekenforderungen .....		3 641 373,04			
Forderungen für verkaufte Grundstücke		927 477,38			
Warenbestände .....		74 117 063,61			
Warendebitoren .....		17 753 266,43			
Sonstige Debitoren und transitorische					
Posten .....		14 935 552,96			
Wechselbestände .....		514 024,99			
Bankguthaben .....		13 493 382,65			
Kassen-, Postscheck- und Reichsbankbe-					
stände .....		1 514 600,29			
Verlust .....	23 745 592,72				
Gewinnvortrag aus 1929/30	559 454,89	23 186 137,83			
		355 545 119,56			355 545 119,56

## Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Januar 1931

Verlust		RM.	Gewinn		RM.
Unkosten:			Vortrag .....		559 454,89
Gehälter, Fabrikationslöhne, Allge-			Bruttogewinn.....		111 684 539,17
meine Unkosten usw. ....		78 937 726,04	Verlust .....		23 186 137,83
Zinsen und Bankprovisionen .....		12 987 738,04			
Steuern.....		13 100 015,56			
Abschreibungen auf Gebäude, Inventar					
und Maschinen .....		5 172 834,73			
		110 198 314,37			
Außerordentliche Abschreibungen .....		25 231 817,52			
		135 430 131,89			135 430 131,89

Vorstehende Bilanz für das Geschäftsjahr 1930 nebst Gewinn- und Verlustrechnung wurde in der Generalversammlung vom 27. Juni 1931 genehmigt.

Herr Dr.-Ing. e.h. Fritz Opel, Rüsselsheim a. M., wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt.  
Hamburg, den 27. Juni 1931.

**Rudolph Karstadt Aktiengesellschaft**  
Der Vorstand





# DRESDNER BANK

DIREKTION BERLIN W 56

EIGENKAPITAL RM 134000000

GENOSSENSCHAFTS-ABTEILUNGEN  
IN BERLIN UND FRANKFURT A. M.

ZENTRALKREDITINSTITUT DER GENOSSENSCHAFTLICHEN VOLKSBANKEN

## Actiengesellschaft Charlottenhütte, Düsseldorf

Bilanz am 31. Dezember 1930.

Aktiva.		RM.	Passiva.		RM.
Grundstücke und Gebäude .....		302 600,—	Aktienkapital:	RM.	
Beteiligungen und Wertpapiere .....		57 583 655,—	Aktien I. Gattung .....	20 000 000,—	
Schuldner .....		10 280 524,93	Aktien II. Gattung .....	483 000,—	20 483 000,—
Kassenbestand .....		14 395,95	Gesetzliche Reserve .....		20 000 000,—
Inventar-Konto .....		1,—	Langfristige Verpflichtungen .....		17 369 525,42
			Gläubiger .....		8 410 377,—
			Reingewinn:	RM.	
			Vortrag 1. Juli 1930 ....	397 655,78	
			Gewinn ab 1. Juli 1930 ..	1 520 618,68	1 918 274,46
					68 181 176,88
		68 181 176,88			68 181 176,88

Gewinn- und Verlustrechnung am 31. Dezember 1930.

Soll.		RM.	Haben.		RM.
Reingewinn:			Vortrag 1. Juli 1930 .....		397 655,78
Vortrag 1. Juli 1930 ....	397 655,78		Reingewinn nach Abzug aller Umkosten,		
Gewinn ab 1. Juli 1930 ..	1 520 618,68	1 918 274,46	Steuern, usw. ....		1 520 618,68
		1 918 274,46			1 918 274,46

Düsseldorf, den 31. Dezember 1930.

Der Vorstand.

Vorstehende Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Zwischengeschäftsjahr 1930 habe ich geprüft und die Übereinstimmung mit den Geschäftsbüchern festgestellt.

Düsseldorf, den 3. Juni 1931.

Wilhelm Demandt,

von der Industrie- und Handelskammer Siegen  
öffentlich angestellter und beeidigter Bücherrevisor,  
Treuhand V. D.-K.

In der heute stattgehabten Generalversammlung ist die Dividende für das Zwischengeschäftsjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1930 auf 7 % = RM. 70,— für je nom. RM. 1000,— Aktien I. Gattung Nr. 1—20 000 festgesetzt worden. Der Betrag ermäßigt sich um die Kapitalertragssteuer auf RM. 63,— je Aktie. Die Auszahlung erfolgt gegen Abgabe des Dividendenscheins für das Geschäftsjahr 1930/31 bei folgenden Einlösungsstellen:

in Berlin:	Darmstädter und Nationalbank, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Dresdner Bank, Berliner Handels-Gesellschaft, Bankhaus Carl Cahn, Bankhaus Delbrück, Schickler & Co.,	in Elberfeld:	Darmstädter und Nationalbank, Bergisch-Märkische Bank, Filiale der Deutschen Bank und Dis- conto-Gesellschaft,
in Köln:	Bankhaus J. H. Stein, Darmstädter und Nationalbank, Delbrück, von der Heydt & Co., Dresdner Bank, A. Levy, Bankgeschäft, A. Schaaffhausen'scher Bankverein, Filiale der Deutschen Bank und Dis- conto-Gesellschaft,	in Essen:	Darmstädter und Nationalbank, Dresdner Bank, Essener Creditanstalt, Filiale der Deutschen Bank und Dis- conto-Gesellschaft, Simon Hirschland, Bankgeschäft,
		in Siegen:	Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Siegen,

sowie bei den Gesellschaftskassen.

Der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Genußrechte unserer aufgewerteten Obligationen für den Schluß des Zwischengeschäftsjahres am 31. Dezember 1930 beläuft sich auf RM. 19,95.

Düsseldorf, den 3. Juli 1931.

Der Vorstand.